

FÜR EIN EHRLICHES ABKOMMEN

Von Zukunftsgedanken war die Ansprache Leonid Breshnews auf dem XIX. Kongreß des Leninischen Kommunistischen Jugendverbands der Sowjetunion durchdrungen. Es kann als symbolisch gelten, daß die neuen Friedensinitiativen auf dem Forum der jungen Erbauer des Kommunismus verkündet wurden.

Die Politik der aggressiven imperialistischen Kräfte hat die Menschheit an einen bedrohlichen Punkt gebracht. Die friedliebenden Länder und Völker müssen sich heute konsequent und geschlossen für den Frieden einsetzen. Anfang Juni beginnt die zweite Abrüstungssondertagung der UNO. Die UdSSR wird alles dazu tun, sie erfolgreich werden zu lassen.

Das Schlüsselproblem besteht heute darin, das nukleare Gegeneinander in Europa zu mindern. Die neue Runde der Genfer Verhandlungen UdSSR—USA wird zeigen, ob die Amerikaner den Wunsch zur Übereinkunft haben. Die UdSSR hat sich bekanntlich für die vollständige Beseitigung aller nuklearen Mittelstreckenwaffen in Europa ausgesprochen. Eine andere Initiative Moskaus besagt, solche Waffen sollten um mehr als das Dreifache reduziert werden. Der erste Vorschlag scheint dem Westen zu weitgehend, der zweite unzureichend. Die Sowjetunion ist bereit, beiderseits annehmbare Größen aufzufinden, sie würde auch einer stärkeren Reduzierung, selbstverständlich auf beiderseitiger Grundlage, zustimmen.

Die UdSSR hat vor kurzem einseitig die weitere Stationierung von Mittelstreckenraketen in ihrem europäischen Landesteil eingestellt und beschlossen, deren Anzahl herabzusetzen. Leonid Breshnew gab bekannt, man habe bereits mit dem Abbau einer wesentlichen Zahl dieser Raketen begonnen. Im Westen will mancher diese friedensdienlichen Aktivitäten in Zweifel stellen. Es wird behauptet, der Beschluß sei kein Hindernis, auch künftig sowjetische Raketen so zu stationieren, daß sie auch vom Transsural her westeuropäische Länder erreichen könnten. Leonid Breshnew erklärte, es würden keinerlei Mittelstreckenraketen zusätzlich dort stationiert, wo die BRD und andere westeuropäische Länder in ihrer Reichweite lägen. Die Entscheidung der UdSSR über das einseitige Einfrieren sieht auch die Einstellung der Vorbereitungen zur Stationierung der Raketen, einschließlich den Abbruch des Baus von Startanlagen für sie vor, betonte Leonid Breshnew.

Das Verlangen der USA, die UdSSR solle solche im östlichen Teil der Sowjetunion stationierten Raketen einfrieren oder überhaupt beseitigen, ist absurd. Man kann eine Entschei-

dung über diese Raketen fällen, aber nur durch Verhandlungen mit denen, in deren Händen Kernwaffen sind, die von unseren Raketen abgewehrt werden sollen. Und natürlich auf der Basis der Gegenseitigkeit.

Die Sowjetunion hat sich stets für unverzügliche und geradlinige Verhandlungen zu diesem Problem ausgesprochen. Jetzt verkündete auch Präsident Reagan die Bereitschaft der USA zur Wiederaufnahme von Verhandlungen. Nun ist es wichtig, daß sie sofort richtig angepackt werden. Der US-Präsident sprach von seinem Willen, sich für eine wesentliche Reduzierung der strategischen Rüstungen einzusetzen. Die UdSSR hat das immer getan. Dem Vorschlag Reagans ist allerdings zu entnehmen, daß die USA Verhandlungen über solche strategischen Rüstungen, die sie jetzt besonders intensiv entwickeln, überhaupt ausklammern möchten. Diese Haltung ist direkt auf die Beeinträchtigung der Sicherheit der UdSSR gerichtet und erlaubt es Washington gleichzeitig, die Programme zur Aufstockung der strategischen Rüstungen zu realisieren, um die militärische Überlegenheit über die UdSSR zu erzielen.

Leonid Breshnew sagte, damit die Verhandlungen erfolgreich verliefen, müßten sie wirklich das Ziel verfolgen, die strategischen Waffen zu reduzieren und abzubauen, und dürften nicht als Tarnung für eine Fortsetzung des Wettrüstens und die Untergrabung der entstandenen Parität dienen. Die Seiten müßten sie unter Berücksichtigung ihrer beiderseitigen legitimen Sicherheitsinteressen und im strikten Einklang mit dem Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit führen. Dabei müsse auch all das Positive bewahrt werden, das bereits erreicht wurde.

Ferner sei wichtig, alle Kanäle zur Fortsetzung der Hochrüstung bei strategischen Waffen in jeder Form zu blockieren. Das bedeutet, daß die Entwicklung neuer Arten strategischer Waffen entweder verboten oder nach koordinierten Parametern maximal eingeschränkt werden muß.

Leonid Breshnew machte folgendes Angebot: „Wir wären bereit übereinzukommen, daß die Waffen strategischer Bedeutung der UdSSR und der USA schon jetzt, sobald Verhandlungen beginnen, eingefroren werden. Und zwar in quantitativer Hinsicht. Und daß ihre Modernisierung maximal begrenzt wird. Ferner ist es notwendig, daß weder die USA noch die Sowjetunion irgendwelche Handlungen unternehmen, die zur Verletzung der Stabilität der strategischen Situation führen könnten. Ein solches, an und für sich wichtiges Einfrieren erleichterte auch einen Fortschritt zur radikalen Reduzierung und zum Abbau strategischer Rüstungen.“ Die neuen sowjetischen Initiativen bieten einen Weg zu einem ehrlichen und gerechten Abkommen.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 21 MAI 1982

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: S. GOLJAKOW (Stellv. Chefredakteur), A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. SCHELEPIN (Verantw. Sekretär), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Für ein ehrliches Abkommen	1
P. Naumow — Ureigenste Sache jedes Sowjetbürgers	5
B. Koslow — Der Friede kommt nicht von allein	6
G. Rjabow — Salut 7 bemannt	6
M. D. Naidoo: Einheit tut not	8
G. Staruschenko — Humane Mission (Interview)	8
O. Fomin — Naher Osten, Washingtons „neue Faktoren“	10
I. Titow — Großbritannien, Tories auf Kriegskurs	12
A. Baryschew — El Salvador, Freie Hand für Ultras	12
W. Golenkow — Portugal, Schlacht um die Verfassung	14
J. Tawrowski — Gegen Kernwaffen	15
Notizen ♦ Glossen	16
R. Simonian — Strategie der Globalaggression	18
V. Wassiljew — USA—China, Zwickmühle Taiwan	20
S. Goljakow — Schmutziges Spiel	23
W. Larin — Britische Komponente der Null-Option	24
W. Wjasow — Die französische Komponente	24
I. Bulai — Schaufenster Singapur	26
Biographisches: Ahmed Sékou Touré	27
W. Orlov — Die Wunderwelt der Makonde	28
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Im Moskauer Kongreßpalast des Kreml tagt der XIX. Kongreß des Leninschen Komsomol. Seine Delegierten repräsentieren mehr als 41 Millionen Mädchen und Jungen, die sich aktiv am Aufbau der kommunistischen Gesellschaft beteiligen.

Foto: A. Gustschin

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Plostschadj. Rufnummern: 229-88-72, 209-07-67 (Auskünfte). Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU. Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Plostschadj, Moskau.

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

Vom 9. bis zum 16. Mai hielt sich das Mitglied des Politbüros des ZK der Revolutionären Volkspartei Kampuchees, stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats und Außenminister der Volksrepublik Kampuchea Hun Sen zu einem offiziellen Besuch in der UdSSR auf, wo er mit Andrej Gromyko konferierte.

Am 14. Mai trafen Boris Ponomarew und der stellvertretende Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU Uljanowski mit einer Delegation des Afrikanischen Nationalkongresses unter dessen Generalsekretär Alfred Nzo zusammen.

Am 17. Mai traf auf Einladung des ZK der PVAP der Sekretär des ZK der KPdSU Russakow zu einem freundschaftlichen Arbeitsbesuch in Warschau ein. Er wurde am gleichen Tag vom Ersten Sekretär des ZK der PVAP und Ministerratsvorsitzenden der VR Polen Jaruzelski empfangen. Russakow traf ferner mit dem Politbüromitglied und Sekretär des ZK der PVAP, Außenminister der VR Polen Czyrek zusammen sowie mit dem Vorsitzenden der Hauptverwaltung der Gesellschaft für Polnisch-Sowjetische Freundschaft Wroński.

Am 13. Mai startete die Sowjetunion das Raumschiff Sojus T5 mit Oberstleutnant Beresowoi als Kommandant und Bordingenieur, Held der Sowjetunion, Fliegerkosmonaut der UdSSR Lebedew. Am 14. Mai koppelte Sojus T5 an die Raumstation Salut 7 an, die am 19. April 1982 auf die Erdumlaufbahn gebracht worden war (s. S. 6).

Vom 13. bis zum 16. Mai verlief in Nikosia der XV. Parteitag der Fortschrittspartei des werktätigen Volkes Zyperns, zu dem das ZK der KPdSU eine Grußbotschaft übermittelte, in der es heißt: „Die sowjetischen Kommunisten schätzen hoch den beachtlichen Beitrag Eurer Partei im Kampf des zypriotischen Volkes für Frieden und internationale Entspannung, für die Vereitelung der imperialistischen Pläne, Zypern in einen Militärstützpunkt der NATO zu verwandeln, für eine gerechte Lösung des Zypern-Problems durch die Zyprioten selbst auf Grundlage der UNO-Resolution.“ Der Parteitag wählte die neuen Führungsorgane. Zum Generalsekretär wurde Ezekias Papaioannou wiedergewählt.

Vom 14. bis zum 16. Mai fand in Dublin der XVIII. Parteitag der KP Irlands statt, dem das ZK der KPdSU eine Grußbotschaft übersandte, in der betont wird,



Am 18. Mai begann in Moskau der XIX. Kongreß des Leninschen Kommunistischen Jugendverbandes der UdSSR. Leonid Breschnew sprach dort von der Sorge um die Interessen des Volkes als Ehrensache des Komsomol. Unsere Bilder: Während der Ansprache Leonid Breschnews.

Fotos: S. Smirnow, A. Steschanow



daß „die sowjetischen Kommunisten den konsequenten Internationalismus der KP Irlands und ihre Treue zu den Idealen des Sozialismus und des Marxismus-Leninismus hoch bewerten“. Dem Parteitag wohnten Delegationen von kommunistischen und Arbeiterparteien bei, darunter eine Delegation der KPdSU unter dem Sekretär des ZK der KP Litauens Lioginas Sepetys. Den Rechenschaftsbericht hielt der Generalsekretär der KP Irlands Michael O'Riordan. Der Parteitag wählte das neue Landesexekutivkomitee der Partei.

Vom 14. bis zum 16. Mai tagte in Helsinki ein außerordentlicher Parteitag der KP Finnlands, an dem mehr als 520 Delegierte aus 17 Bezirksorganisationen der KPFI teilnahmen. Dem Parteitag wohnten rund 700 Gäste sowie Pressevertreter bei. Er wählte die neuen Führungsorgane der KPFI.

Am 14. Mai wurde dem Botschafter Großbritanniens in der UdSSR Ben Curtis Keeble im sowjetischen Außenministerium eine Erklärung vorgelegt. Die britische Regierung dehnt die Zone der Kampfhandlungen im Atlantik weiter aus und hat weite Räume der Hochsee für Schiffe und Flugzeuge willkürlich zu Sperrzonen erklärt. Dieses Vorgehen steht in eindeutigen Widerspruch zur Hochseekonvention von 1958, heißt es in der Erklärung. Bei der Ausdehnung ihrer militärischen Aktionen im Südatlantik hat sich die britische Seite, offenbar zu ihrer diplomatischen Absicherung, einige Male mit „Warnungen“ an

die sowjetische Seite gewandt, die völlig unangebracht sind und den Zweck verfolgen, den Gedanken einer „Mitbeteiligung“ der Sowjetunion am britisch-argentinischen Falkland-(Malwinen-)Konflikt hervorzurufen. Die Tatsachen zeugen jedoch davon, daß die sowjetische Seite nicht den geringsten Anlaß zu derartigen Erfindungen gibt, und das weiß man in London gut. Dem Botschafter Großbritanniens wurde ferner erklärt, die erwähnten „Warnungen“ und „Adressen“ der britischen Seite seien völlig unannehmbar, könnten sowjetischerseits nur als provokatorisch betrachtet werden und förderten nicht das Fortbestehen eines normalen Klimas in den sowjetisch-britischen Beziehungen.

Am 14. Mai endeten im Moskauer Ministerium für Außenhandel Verhandlungen über den Warenaustausch zwischen der UdSSR und der Islamischen Republik Pakistan für 1982. Im Ergebnis der Verhandlungen wurden ein Protokoll über gegenseitige Warenlieferungen sowie andere Dokumente unterzeichnet, die die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern im Jahre 1982 regeln. Danach wird die UdSSR Maschinen und Ausrüstungen, Rohstoffe und Konsumgüter an Pakistan liefern. Aus Pakistan eingeführt werden Baumwollstoffe, Konfektion, Teppiche und andere Konsumgüter.

Vom 10. bis zum 14. Mai verlief in Moskau die Weltkonferenz „Geistliche der Welt gegen die nukleare Bedrohung“ (s. S. 6).

Am 14. und 15. Mai tagte in Tokio eine internationale Konferenz gegen Kernwaffen, für Abrüstung und kernwaffenfreie Zonen, die von der Sozialistischen Partei Japans organisiert war. An ihr nahmen Vertreter von Parteien, demokratischen Bewegungen und Organisationen aus 17 Ländern teil. Der sowjetischen Delegation gehörten das Mitglied des ZK, Leiter der Abteilung Propaganda des ZK der KPdSU Tjashelnikow und der stellvertretende Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU Kowalenko an (s. S. 15).

Probleme des Kampfes für das Verbot chemischer Waffen wurden auf einem internationalen Symposium erörtert, das am 14. Mai auf Initiative des Wiener Friedensinstituts abgehalten wurde. Teilnehmer waren Wissenschaftler und Experten aus der BRD, der DDR, Österreich, Polen, Rumänien, der Tschechoslowakei, der UdSSR, Ungarn, den USA und Vietnam.

Am 17. Mai begann in Brüssel die unter UNO-Ägide im Rahmen der „UNO-Dekade der Frau“ einberufene internationale Konferenz „Die Frau und die Apartheid“.

In den letzten Tagen häufen sich Massenkundgebungen der Öffentlichkeit verschiedener Länder für den Frieden und gegen das Wetrüsten. Eine Friedensdekade begann in Griechenland. Eine am 15. Mai in Olympia entzündete Fackel wird zu Beginn der Abrüstungs-sondertagung der UNO nach New York gebracht werden. Die größte Friedenskundgebung in der Geschichte Österreichs fand am 15. Mai in Wien statt. In der zweitgrößten schwedischen Stadt Göteborg beteiligten sich Zehntausen-

de Friedensfreunde aus nordeuropäischen Ländern an einer grandiosen Antikriegsdemonstration. Mit Demonstrationen in der US-Hauptstadt und einer Kundgebung auf dem Lafayette Square endete der fünfjährige Aufenthalt der Teilnehmer des Friedensmarschs in Washington.



Am 12. Mai wurde in Termez [Usbekische SSR] eine Straßen- und Eisenbahnbrücke über den sowjetisch-afghanischen Grenzfluß Amudarja eingeweiht. An den Feierlichkeiten nahmen Partei- und Regierungsdelegationen teil. Sowjetischerseits unter dem Kandidaten des Politbüros des ZK der KPdSU und ersten Sekretär des ZK der KP Usbekistans Raschidow, seitens der DRA unter dem Generalsekretär des ZK der Demokratischen Volkspartei Afghanistans und Vorsitzenden des Revolutionsrats der DRA Karmal. Unser Bild: Bei der Einweihungsfeier der Brücke der Freundschaft

Foto: V. Budan, A. Gorokrik (TASS)

Lauf einer TANJUG-Meldung vom 14. Mai wurde gemäß der jugoslawischen Verfassung nach dem Ablauf der Amtszeit Sergej Kraighers der serbische Vertreter Petar Stambolić für das kommende Jahr neuer Präsident der SFRJ. Leonid Breschnew beglückwünschte Stambolić zu seiner Wahl. Auf der gemeinsamen Sitzung beider Häuser der Skupschtina wurde die Führung dieses höchsten Gesetzgebungsorgans des Landes gewählt. Vorsitzender der Skupschtina wurde Raif Dizdarević. Weiter gab es Wahlen in den Bundesexekutivrat. Dessen Vorsitzender wurde Milka Planinć. Als Außenminister wurde Lazar Mojsow bestätigt.

Am 13. Mai begann in Wien die 27. Verhandlungsrunde über den beiderseitigen Truppen- und Rüstungsabbau in Mitteleuropa.

Am 17. Mai begann in Luxemburg eine zweitägige NATO-Ratstagung auf Außenministerebene, die sich vor allem mit der Fortsetzung des Wetrüstens

und der Verstärkung der Kriegsvorbereitungen durch die NATO-Partner beschäftigte.

Großbritannien setzt die Eskalation des bewaffneten Konflikts im Südatlantik fort. Britische Flugzeuge bombardieren systematisch den Flughafen von Puerto Argentino (Port Stanley). Das britische Verteidigungsministerium gab bekannt, ein britischer Stoßtrupp habe die zu den Falklands (Malwinen) gehörende Insel Pebble (Borbon) durchkämmt, dort einen Militärstützpunkt angegriffen und elf argentinische Flugzeuge vernichtet. Der argentinische Armeestab dementierte diese Meldung. Am 16. Mai griffen britische Harrier-Jagdbomber zwei argentinische Transporter an und beschädigten sie.

Am 16. Mai fanden in der Dominikanischen Republik allgemeine Wahlen statt. Vorläufigen Schätzungen zufolge hat der Präsidentschaftskandidat der regierenden Dominikanischen Revolutionären Partei, Salvador Jorge Blanco, die meisten Stimmen erhalten.

Am 11. Mai traten die Werktätigen Portugals einem Aufruf der Intersindical (CGTP-IN) folgend aus Protest gegen die Repressionspolitik der Rechtsregierung in einen 24stündigen Generalstreik (s. S. 14).

Am 15. Mai konferierten in Hamburg BRD-Kanzler Schmidt und der französische Präsident Mitterrand.

Am 15. Mai traf der syrische Präsident Hafez Assad in Algier ein, wo er mit dem algerischen Präsidenten Bendjedid verhandelte. Assad hatte seine Reise in Tripolis unterbrochen, wo er mit dem libyschen Revolutionschef Ghaddafi sprach.

26 Tote und mehr als 300 Verletzte gab es am 16. Mai bei einem blutigen Überfall Israels auf die Bewohner des Westjordanufers und des Ghaza-Streifens, wo bereits mehr als 2 Monate antiisraelische Massendemonstrationen andauern.

Kairoer Massenmedien veröffentlichten die Anklageschrift gegen die moslemistische Terrororganisation „Al-Djihad al-Gedid“. Gegen 1225 Personen werden in diesem Fall Untersuchungen geführt. 322 Anführer wurden dem Gericht übergeben. Sie sind angeklagt der Verschwörung zum Sturz des bestehenden Regimes, der Ermordung Sadats, des Provokierens von Zwischenfällen und Unruhen. Die Staatsanwaltschaft beantragte für 299 Mitglieder dieser Organisation die Todesstrafe.

Vor kurzem war ich mit einer Gruppe ehemaliger Garibaldi-Partisanen aus Ligurien in der Sowjetunion. Wir hatten lange von dieser Reise und von der Begegnung mit den sowjetischen Bürgern geträumt, die mit uns zusammen gegen den gemeinsamen Feind, den Faschismus, kämpften, und wollten unsere alten Kampfgefährten in die Arme schließen. Wir kehrten mit der festen Überzeugung nach Italien zurück, daß die UdSSR Frieden will. Man weiß, wieviel das sowjetische Volk im letzten Krieg zu leiden hatte. Wir haben gesehen, wie bei Ihnen das Andenken an die für die Heimat Gefallenen geehrt wird, und konnten erneut erkennen, daß die sowjetischen Menschen zum Haß gegen den Krieg erzogen werden.

Saverio SAMPIETRO
Imperia, Italien

Ich las in Heft 16 die „Diskussion mit dem Leser“ Albert Pins, in der er jene zurückweist, die behaupten, die sowjetischen Werktätigen betrachteten ihren Staat als etwas ihnen Fremdes. Ich bin völlig mit der Meinung des Kommentators einverstanden. Wenn die sowjetischen Werktätigen ihren Staat so ansähen, wie manche das behaupten, hätte dann unser Volk im Großen Vaterländischen Krieg siegen und unter kompliziertesten Bedingungen die Gesellschaft des entwickelten Sozialismus aufbauen können?

N. DIANOW
Partei- und Arbeitsveteran
Gebiet Tschita, RSFSR

Ich muß häufig darüber nachdenken, was die kapitalistische Gesellschaft den einfachen Menschen eigentlich gibt. Für mich und die meisten jungen Leute wurde Kapitalismus zum Synonym für Arbeitslosigkeit, Elend und Gewalt. Man hat der Jugend die Ideale genommen, sie wird bewußt zersetzt und der Rauschgiftsucht und der Prostitution ausgeliefert. Sie verliert eine so herrliche Eigenschaft wie das Opferbringen für den Nächsten. Man lehrt uns Aggressivität. Die Herrschenden reden uns ein, daß alles, was das „heilige Recht auf Eigentum“ bedroht, keine Existenzberechtigung habe. Eusebio ZURDO RODRIGUEZ
Leganes, Spanien

UREIGENSTE SACHE JEDES SOWJETBÜRGERS

Pawel NAUMOW, stellvertretender Vorsitzender des Sowjetischen Friedenskomitees

Jeder bewußte Bürger unseres Landes weiß gut, was ein großer Krieg bedeutet. Die Zahl 20 Millionen wird im Westen manchmal als ermüdende Statistik völlig außer acht gelassen. Für uns aber stehen dahinter nicht nur 20 Millionen Mitbürger, die im zweiten Weltkrieg umkamen, was schon schrecklich genug ist, für uns heißt das auch, daß es in unserem Land keine einzige Familie gibt, die nicht vom Krieg betroffen worden wäre. Das aber war ein „konventioneller“, ein kernwaffenloser Krieg.

Wie Hiroshima und Nagasaki nach dem Atombombenangriff aussahen, weiß die Welt durch einige Fotos, die die Bombenausklinker selbst geschossen haben. Wir sowjetischen Bürger müssen uns diese Fotos nicht unbedingt eingehend betrachten, um uns das Entsetzen des Atombombenabwurfs vorstellen zu können. Solche völlig zerstörten und versengten Städte hat es bei uns Hunderte gegeben, der Dörfer waren Tausende. Und wir können uns deutlich das Bild des totalen Schreckens ausmalen, wenn es nicht gelingt, den Nuklearkrieg zu verhindern.

Deshalb beteiligen sich die sowjetischen Menschen so aktiv an der Bewegung gegen die Gefahr der nuklearen Katastrophe. Diese Bewegung muß bei uns nicht „von oben organisiert“ werden. Wer das im Westen behauptet, ist entweder ein bezahlter Hetzer oder leichtgläubig. Den sowjetischen Menschen veranlaßt nicht einmal die Angst um sein eigenes oder das Leben des Nächsten zur aktiven Friedensarbeit. Er handelt aus dem Gefühl der Pflicht gegenüber den im vorigen Krieg Gefallenen, im Bewußtsein der Verantwortung, die Heimat Erde für kommende Generationen bewahren zu müssen.

Die Aktivität der sowjetischen Friedensfreunde läßt sich in diesen Maitagen gut verfolgen. Der diesjährige Tag des Sieges am 9. Mai war auch der Tag des Abschlusses der Aktionswoche für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die auf Appell des Weltfriedensrats durchgeführt wurde.

Organisatoren der Aktionswoche waren bei uns das Sowjetische Friedenskomitee, der Sowjetische Friedensfonds sowie Republiks-, Regions- und Gebietsorganisationen der Friedensfreunde.

Im ganzen Land fanden Massen-

kundgebungen statt: im Holzverarbeitungs-kombinat in Karelien und bei Saur-Mogila bei Donezk, im Rostower Bauarbeiterpalast und im Werk „Kalitwaselmasch“, im Wladiwostoker Handelshafen und in der Festung von Brest. Alle Kundgebungen und Forderungen haben ein einheitliches Motiv: die Gefahr einer thermonuklearen Katastrophe abzuwenden, das Wettrüsten einzustellen, reale Schritte im Bereich der Abrüstung zu tun. Die sowjetischen Menschen äußerten Empörung über den Kurs der jetzigen Washingtoner Administration und der NATO, die die Spannungen auf dem europäischen Kontinent anheizen. Sie erklären sich solidarisch mit den Antikriegskundgebungen der westeuropäischen Öffentlichkeit, die gegen den Plan der NATO protestiert, in ihren Ländern neue nukleare US-Raketen zu stationieren und die Entwicklung friedlicher, gegenseitig vorteilhafter und gutnachbarlicher Kontakte zu behindern.

In Kiew, Dnepropetrowsk, Pawlodar, Astrachan und anderen Städten fanden vor kurzem Massenumzüge statt, denen sich spontan immer neue Teilnehmer anschlossen. In Leningrad organisierten die Friedensfreunde einen Marsch zu dem historischen Ort, wo das Vordringen der Faschisten aufgehalten wurde. In einigen Städten gab es Fackelmärsche gegen den Krieg.

So sahen die Maitage in der Sowjetunion aus. Nun liegt die Frühjahrs- und Sommerkampagne „Friedensmarsch '82“ vor uns, an der sowjetische Friedensfreunde aktivsten Anteil nehmen. Einzelne Marschrouten führen durch die Sowjetunion, sie werden Leningrad, Kalinin, Moskau, Smolensk, Minsk und Kiew berühren. Tausende sowjetische Menschen werden Teilnehmer und Zeugen dieser beeindruckenden internationalen Demonstrationen sein.

Der Juni wird von der zweiten Abrüstungs-sondertagung der UNO-Vollversammlung gekennzeichnet sein. Das wird ein vielschichtiges Ereignis unter Massenbeteiligung von Vertretern der internationalen Öffentlichkeit. In New York werden nicht nur die offiziellen Reden unserer Staatsmänner zu hören sein, sondern auch die Stimme der Repräsentanten der sowjetischen Öffentlichkeit.

In der Sowjetunion besteht eine Form der Beteiligung an der Bewegung der Friedensfreunde, die es wohl in keinem anderen Land gibt. Das ist der eigene finanzielle Beitrag zur Aufstockung des Friedensfonds, der seinerzeit beim Sowjetischen Friedenskomitee eingerichtet wurde. Vorsitzender des Fonds ist gegenwärtig Schachweltmeister Anatoli Karpow. Die Anzahl der Spender aber ist kaum zu zählen.

In der Kropotkinskaja Uliza 10 in Moskau, wo sich der Friedensfonds befindet, gehen Briefe, Geldanweisungen und Wertpakete säckeweise ein. In der UdSSR bestehen 350 000 Kommissionen zur Förderung des Fonds, die mehr als vier Millionen Aktivisten vereinen. Nur ein Volk, das das wahre Elend des Krieges erfahren hat, kann selbst das Letzte geben, damit sich dieses Elend nicht wiederhole.

„Schon bei der ersten Schlacht im September 1941 verlor ich 9 Kampfgefährten. Meine unentgeltliche Arbeit soll ihnen ein persönliches Andenken sein. Den Verdienst bitte ich dem Sowjetischen Friedensfonds zur Verfügung zu stellen.“ Diese Worte stammen von dem O-Busfahrer Wladimir Schrubow, der die Strecke Flughafen Simferopol—Jalta befährt. 9 Tage im Jahr befestigt Schrubow an der Windschutzscheibe das Schild: „Der Fahrer arbeitet für den Friedensfonds.“ Jeder Tag gilt einem gefallenem Freund.

Man könnte Hunderttausende Beispiele der aufrichtigen, von Herzen kommenden Beteiligung sowjetischer Menschen an der Finanzierung der Friedensarbeit anführen. In diesen Maitagen nahmen Tausende an den „Friedenswachen“ in den Betrieben teil. Die erarbeiteten Mittel wurden an den Friedensfonds überwiesen.

Sofern man natürlich mit üblen Gedanken in die Sowjetunion kommt, kann man die aufrichtigen Gefühle der sowjetischen Menschen und ihre echte Begeisterung für den Friedenskampf ignorieren und sogar behaupten, in der Sowjetunion gebe es gar keinen Friedensfonds. Man kann nach der Heimkehr alles mögliche schreiben, denn Papier ist geduldig. Doch glücklicherweise kommen zu uns auch ehrliche Menschen —, und sie sind in der Mehrzahl —, die alles sehen und deren Aussagen die Lügner überführen.

„Ich war mehrmals in der UdSSR“, sagt der bekannte kanadische Politiker und Öffentlichkeitsarbeiter Mac Macarchuc. „Stets hat mich die ungeheure Arbeit begeistert, die die sowjetische Regierung und die Öffentlichkeit des Landes für den Frieden leisten. Die Politiker des Westens sollten auf die sowjetischen Friedensvorschläge hören.“

Hier der Eindruck des bekannten britischen Politikers und Veteranen der Laburbewegung, Lord Fenner Brockway:

„Die UdSSR sucht aufrichtig den Frieden. Könnte das anders sein bei der Erinnerung an die Tatsache, daß 20 Millionen Russen im zweiten Weltkrieg umkamen? ... Die Regierung der UdSSR hat es nicht nötig, das Friedenskomitee zu subventionieren. Überall im Land geben die Menschen spontan ihre Spenden dafür. Z. B. waren wir in Samarkand in einer Textilfabrik mit 300 weiblichen Arbeitern. Sie erklärten sich spontan bereit, den Verdienst von zwei Tagen für das Sowjetische Friedenskomitee zu spenden. Wir waren beeindruckt von den weitreichenden Aktivitäten im Zusammenhang mit den Friedensproblemen, und wir wünschten sehr, daß das auch in Großbritannien so wäre.“

Derartige Meinungen habe ich während meiner Arbeit im Sowjetischen Friedenskomitee immer wieder gehört. Buchstäblich an jedem Tag kommt es im Komitee zu Begegnungen mit ausländischen Besuchern verschiedener Berufe, mit Arbeitern und Parlamentariern, Studenten und Geistlichen, Schriftstellern und namhaften Wissenschaftlern. Sie haben unterschiedliche politische Anschauungen, sind Kommunisten, Sozialdemokraten oder christliche Demokraten. Immer, wenn sich die Leute eingehend mit der Arbeit unseres Komitees, unseres Millionenaktivs vertraut gemacht haben, gaben sie ihr die höchste Einschätzung.

Man sollte nicht verschweigen, daß manche unserer Gäste, besonders jene, die zum erstenmal zu uns kamen, nicht alles Gesehene gleich richtig einordnen können. Manchmal kommt die Frage: „Wenn die sowjetischen Friedensfreunde die Politik Ihrer Regierung unterstützen, wozu besteht dann Ihre Bewegung? Denn eine Bewegung bedeutet Protest, Sie aber protestieren nicht.“

Es ist schwer, die Denkweise von Menschen zu ändern, die in eine völlig ungewohnte Umwelt geraten. Erst wenn unsere anfangs zweifelnden Besucher mit Hunderten sowjetischen Menschen gesprochen, wenn sie gesehen haben, wie sie leben, und vor allem, wenn sie erfahren haben,

was die sowjetischen Friedensfreunde tatsächlich unterstützen, wenn sie also das Friedensprogramm der KPdSU, die Initiativen des Sowjetstaates in der Welt kennengelernt haben, die sich der so gelobten bürgerlichen „freien“ Presse fast nicht entziehen lassen, begreifen sie allmählich, daß der Protest im Friedenskampf noch nicht alles ist, daß auch Aktionen, die ständige öffentliche Aktivität (Passivität gibt es in der Welt genug!) und die Bereitschaft nötig sind, seinen persönlichen Beitrag zur Zügelung der Kriegsbrandstifter zu leisten. In ebendiesem Geist erzieht unsere Partei die sowjetischen Menschen, ebendas gehört zur ständigen Sorge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, unseres Staatsoberhauptes, Leonid Iljitsch Breschnew, dessen unermüdliches Wirken die hohe Anerkennung aller Friedensfreunde in der Welt gefunden hat.

Der sowjetische Bürger lebt in einem Staat, von dem Lenin sagte: „Beendigung der Kriege, Friede unter den Völkern, Aufhören von Raub und Gewalt — das ist fürwahr unser Ideal.“ In der UdSSR-Verfassung ist fixiert: „Die internationalistische Pflicht des Bürgers der UdSSR ist es, zur Entwicklung der Freundschaft und Zusammenarbeit mit den Völkern anderer Länder sowie zur Aufrechterhaltung und Festigung des Weltfriedens beizutragen.“ Die Kriegspropaganda wurde auf Antrag des Sowjetischen Friedenskomitees schon vor einigen Jahrzehnten bei uns durch das Gesetz verboten.

Wenn unsere zum erstenmal in der UdSSR weilenden Besucher all diese Fakten erfahren, beginnen sie, die ideologische Einheit von Partei und Volk, von Bürger und Staat in den Fragen Krieg und Frieden als natürlich zu begreifen.

Wir sowjetischen Friedensfreunde glauben, daß die unterschiedlichen Formen und Methoden der Betätigung und des Kampfes gegen das Wettrüsten und die Kernkriegsgefahr die Notwendigkeit gemeinsamer Aktionen nicht in Frage stellen können. Im Gegenteil, die Kraft der sich gegenwärtig immer breiter entwickelnden Antikriegsbewegung auf allen Kontinenten besteht gerade darin, daß immer neue Gruppen von Menschen unterschiedlichster politischer und religiöser Anschauungen zu ihr stoßen.

„Sollen wir gemeinsam oder getrennt handeln?“ fragt der Vorsitzende des Sowjetischen Friedenskomitees Juri Shukow. Und antwortet: „Jeder, dem der Friedenskampf wirklich teuer ist, kann auf diese Frage nur die eine klare und deutliche Antwort geben: Nur gemeinsam!“

Bei seinem Auftritt vor Journalisten wurde Billy Graham aus dem Saal zugerufen:

„Das ist undemokratisch! Ihre Antworten sind vorbereitet. Das ist keine Arbeitsweise!“

„Wenn man von Demokratie reden will, habe ich nie mehr Demokratie getroffen. Sie sind mir grob ins Wort gefallen und niemand schafft Sie aus dem Saal“, gab Graham zurück.

Graham war zur Weltkonferenz der Geistlichen nach einer anstrengenden Predigertour durch Städte und Universitäten der USA gekommen.

„Ich bin hier in einer Zeit wesentlicher Spannungen zwischen den USA und der Sowjetunion. Wortgefechte und tiefer Vertrauensmangel von beiden Seiten haben die Atmosphäre außerordentlich verdichtet, und wenn dieser Trend nicht aufhört, kann das zu katastrophalen Folgen für unsere Welt führen.“

Der amerikanische Prediger steht mit dieser Aussage nicht allein da. Hunderte Repräsentanten verschiedener Religionen diskutierten aktuelle Probleme zur Rettung des Friedens auf der Weltkonferenz der Geistlichen vom 10. bis zum 14. Mai. Dieses große Forum war auf Initiative des Patriarchen von Moskau und ganz Rußland Pimen einberufen worden. Seine Teilnehmer erhielten Grußbotschaften vom UNO-Generalsekretär sowie von Staats- und Regierungschefs. Aber auch von Johann



Am 13. Mai startete vom Kosmodrom Baikonur das Raumschiff Sojus T5 mit Anatoli Beresowoi als Kommandant und Valentin Lebedew als Bordingenieur.

Anatoli Beresowoi wurde am 11. April 1942 in dem Dorf Enem im Oktober-Rajon des Adygeischen Autonomen Gebietes (RSFSR) in einer Arbeiterfamilie geboren. Er ab-

DER FRIEDE KOMMT NICHT VON ALLEIN

Paul II., dem Erzbischof von Canterbury Runcie, dem Dalai-Lama und anderen Kirchenoberhäuptern.

Leitmotiv der fünftägigen Diskussionen, Beratungen und Berichte war die Verhütung der Kriegsgefahr und des Waffentrügens und der sich daraus ergebenden Verschlimmerung von Hunger, Armut und Krankheit.

Der Vertreter religiöser Kreise Japans, Shojun Mibu, äußerte bewegt:

„Wir Japaner sind die einzige Nation, die den Atomtod am eigenen Leibe erfahren mußte. Im Namen von Millionen meiner Mitbürger, die sich gegen die Vernichtung des Lebens auf der Erde wenden, verurteilen wir Regierungen, die zwar von Abrüstung reden, aber fortfahren, mit der wahnwitzigen Politik der Reagan-Administration zur Aufstockung der nuklearen Rüstungen zusammenzuarbeiten und sich deren Druck zu unterwerfen.“

Mibu sprach im Namen der japanischen Buddhisten. An der Konferenz beteiligten sich aktiv auch Vertreter anderer Weltreligionen: 72 Moslems, 14 Hindus, 300 Christen, darunter 193 Protestanten und 52 Katholiken. Doch bei einer solchen Begegnung dürfte wohl weniger das zahlenmäßige Ver-

hältnis als vielmehr der einmütige Wunsch der Delegationen wichtig sein, die Menschen vor dem Abgrund zu bewahren, der das Leben auf Erden für immer zu verschlingen droht.

Die Anzahl der Delegierten nahm während des Forums noch zu. Endgültig wurden 590 Teilnehmer gezählt. Einigen von ihnen war die Fahrt nach Moskau nicht leicht gemacht worden.

Graham wurde gefragt: „Hat man Ihnen Hindernisse in den Weg gelegt?“ Er antwortete: „Ja, Druck hat es gegeben. Man hat mir abgeraten, hat eine voreingenommene Meinung über das bevorstehende Forum vertreten und formale Hindernisse geschaffen.“ „Wer hat Sie denn behindert?“ „Leute auf hoher Ebene.“

Man kann sich denken, weshalb. Noch vor kurzem kannte man Graham in den USA als Apologeten des Vietnamkriegs. Doch die Wahrheit setzt sich durch, und nun predigt er für den Frieden.

Im Schlußdokument der Konferenz, das der 2. Abrüstungs-sondertagung der UNO zugeleitet werden wird, appellieren die Delegierten im Namen von Millionen Gläubigen, man müsse die heute für die Rüstung aufgewendeten

riesigen Ressourcen für eine Welt wenden, in der der Mensch ein würdiges Leben führen könne.

„Wir glauben nicht, daß sich der Kernkrieg begrenzen läßt“, erklärten die Teilnehmer in einer Botschaft an die Regierungen der Welt. „Wir richten an alle Staaten den dringenden Aufruf, auf die Politik der militärischen, politischen und ökonomischen Konfrontation zu verzichten.“

Weiter verlangten die Delegierten von den Regierungen aller Länder, ein Moratorium über feindselige Rhetorik zu verhängen.

„Ich hätte nicht alles gesagt“, erklärte Pastor Richard Andriamanjato, der das Internationale Vorbereitungskomitee vertrat, „wenn ich den Staatsmännern und der Regierung der Sowjetunion nicht meinen Dank für die uns gebotene Möglichkeit ausgesprochen hätte, friedlich in Moskau zusammenzukommen und friedlich zu arbeiten... Darin besteht ein weiterer Beitrag des großen sowjetischen Volkes und seiner Staatsmänner für die Schaffung des Weltfriedens. Auch dafür sagen wir von ganzem Herzen Dank.“

Jeder Konferenzteilnehmer nahm das blaue Abzeichen dieser Begegnung mit sich: zwei über einer Ähre gefaltete Hände. Sie wollen das Leben vor der nuklearen Bedrohung bewahren.

B. KOSLOW
NZ-Sonderberichterstatter

SALUT 7 BEMANNT

solvierte 1965 die Offiziershochschule der Luftstreitkräfte Katscha und blieb dort als Instrukteur. Zwei Jahre später trat er in die sowjetischen Luftstreitkräfte ein. 1970 wurde er in die Kosmonautenabteilung aufgenommen.

Seither sind 12 Jahre des Lernens und der Arbeit vergangen. Beresowoi studierte Raumtechnik, absolvierte im Fernstudium die Militärakademie der Luftstreitkräfte „Juri Gagarin“ und wurde schließlich zum Kommandanten der Stammbesatzung von Sojus T5 bestimmt.

Valentin Lebedew ist von Beruf Ingenieur. Er wurde in der Familie eines Panzeroffiziers in Moskau geboren. Seinen ersten Flugunterricht erhielt er an der Luftfahrtschule in Orenburg. 1960 bezog er die Moskauer Hochschule für Flugzeugbau. Danach wurde Lebedew an das Konstruktionsbüro Koroljows delegiert. 1972 wurde er in die Kosmonautenabteilung aufgenommen. Nach einem Jahr beharrlichen Trainings kam er in die Mannschaft von Sojus 13. Zusammen mit Pjotr Klimuk führte er

komplizierte astrophysikalische Untersuchungen auf der Umlaufbahn durch.

Nach dem Weltraumeinsatz promovierte er zum Dr. der Technischen Wissenschaften und erhielt 16 Erfinderpatente.

Am 14. Mai koppelte das Transport-Raumschiff Sojus T5 an die Orbitalstation Salut 7 an. Beresowoi und Lebedew stiegen um. Damit bestand der bemannte Forschungskomplex Salut 7—Sojus T5.

Salut 7 ist eine Station der zweiten Generation. In der Konstruktion ähnelt sie Salut 6. Während der Entwicklung hat Salut 7 jedoch einige Änderungen erfahren. So wurden ihre technischen Möglichkeiten ausgebaut, die Zuverlässigkeit und der Komfort erhöht sowie die Palette der Forschungen und Experimente erweitert.

In den ersten Flugtagen richtete sich die Mannschaft in ihrem kosmischen Haus ein. Die Raumfahrer gewöhnten sich an die Schwerelosigkeit, beschäftigten sich mit dem Entkonservieren der Station und dem

Konservieren des Transport-Raumschiffs und machten Geräte und Anlagen funktionstüchtig.

Dann gingen Beresowoi und Lebedew an die Ausführung des wissenschaftlichen Flugprogramms. Es sieht Untersuchungen der Erdoberfläche und der Atmosphäre im Interesse verschiedener Zweige der Volkswirtschaft vor sowie technologische, technische und medizinisch-biologische Experimente und den Test der vervollkommenen Bord-systeme und Apparaturen.

Am 17. Mai wurde vom Forschungskomplex ein kleiner Erdsatellit „Iskra 2“ ausgesetzt, der von dem Konstruktionsbüro der Studenten der Moskauer Hochschule für Flugzeugbau „Sergo Ordshonikidse“ gebaut worden war.

Der Flugleiter, zweifacher Held der Sowjetunion Rjumin, betonte Journalisten gegenüber, die Mannschaft habe die Schwerelosigkeit adaptiert und arbeite ausgeglichen. Ihr Befinden ist gut.

G. RJABOW

Die Kosmonauten A. Beresowoi und V. Lebedew vor dem Start

Foto: A. Puschkarjow (TASS)

AM 25. MAI WIRD DER TAG DER BEFREIUNG AFRIKAS BEGANGEN, DER TAG DER SOLIDARITÄT MIT DEN AFRIKANISCHEN VÖLKERN, DIE GEGEN KOLONIALISMUS UND RASSISMUS KÄMPFEN.

M. D. NAIDOO: EINHEIT TUT NOT

Unser Korrespondent Boris Assojan sprach mit M. D. NAIDOO, Sekretär des Internationalen Komitees gegen Apartheid, Rassismus und Kolonialismus im südlichen Afrika.

„Wenn die RSA-Behörden keinen hinreichenden Anlaß haben, um jemanden hinter Gitter zu bringen, 'bannen' sie ihn. Ein 'Gebannter' darf keine öffentlichen Veranstaltungen oder selbst die Kirche besuchen, darf sich nicht mit anderen Menschen treffen und auch nicht nach Anbruch der Dunkelheit die Wohnung verlassen. Ein 'Gebannter' stirbt gleichsam für seine Umgebung, obgleich er weiter am Leben bleibt. Der Name eines 'Gebannten' darf in Presse und Rundfunk nicht genannt werden.“

Diese raffinierte Folter wird gegenüber Hunderten Patrioten der RSA angewandt, die ihre Stimme

gegen das unmenschliche Apartheidssystem erheben. Ihr wurde auch M. D. Naidoo, ein namhafter Politiker des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) von Südafrika, unterworfen. Er gilt seit 1962 offiziell als „nichtexistent“.

„Meine 'Frist' endet am 31. Mai des Jahres“, sagte M. D. Naidoo, der kürzlich die UdSSR besuchte. „Doch ich werde den Rassisten kaum den Gefallen tun, sie zu verlängern. Ich werde solange nicht in die RSA zurückkehren, bis mein Heimatland frei sein wird, und für diese Freiheit kämpfe ich weiter.“

M. D. Naidoo oder „Emdee“, wie Freunde ihn nach seinen Initialen

nennen, hat selbst „unter Bann“ den Kampf nicht aufgegeben. 1967 wurde gegen ihn das berüchtigte „Gesetz über die Unterdrückung des Kommunismus“ angewandt und er nach Robben Island geschafft, wo die RSA-Regierung ihre gefährlichsten Gegner gefangenhält.

„Die Rassisten meinen, daß jemand, wenn er im Gefängnis oder 'gebannt' ist bzw. emigrieren muß, aus dem Kampf ausscheidet und die Verbindung zu seinem Volk verliert. Wie naiv! Die Gewalt der Behörden bewirkt das Gegenteil: eine Verstärkung des politischen Bewußtseins der Massen und die Aktivierung des Widerstandes. Heute ist es für das herrschende Regime viel schwerer, den Zorn der afrikanischen Apartheidgegner zu zügeln als noch vor einigen Jahren...“

Die Lage der nichtweißen Südafrikaner verschlechtert sich zusehends. Die Regierung Botha verspricht Reformen der Apartheid, doch in Wirklichkeit festigt sie nur die politische und wirtschaftliche

INTERVIEW

HUMANE MISSION

In diesem Frühjahr fand in Genf die 25. Tagung des UNO-Ausschusses zur Beseitigung der Rassendiskriminierung statt. Prof. Dr. Gleb STARUSCHENKO, der auf der Tagung zum Vizevorsitzenden des Ausschusses gewählt wurde, beantwortete einige unserer Fragen.

Berichten Sie bitte über die Aufgaben des Ausschusses.

Unser Ausschuß kümmert sich vor allem darum, daß möglichst alle Staaten die Internationale Konvention über die Beseitigung aller Formen der Rassendiskriminierung unterzeichnen und einhalten. Und in dieser Hinsicht zeichnet sich ein deutlicher Fortschritt ab: 1970, als unser Ausschuß seine Arbeit aufnahm, hatten nur 37 Staaten die Konvention unterzeichnet, jetzt sind es 113. In den meisten Teilnehmerstaaten der Konvention wurden Gesetze verabschiedet, die die Rassendiskriminierung verbieten und die Gleichberechtigung jedes Menschen vor dem Gesetz ohne Unterschied der Rasse, der Hautfarbe, der nationalen oder ethnischen Herkunft garantieren.

Der Ausschuß, der die diesbezüglichen Erfahrungen verallgemeinert, informiert die Teilnehmerstaaten darüber, welche legislativen und praktischen Maßnahmen durchge-

führt werden können, um Gewaltakte sowie die Ausbreitung von Theorien und die Entstehung von Organisationen zu verhindern, die auf der Idee der Rassenüberlegenheit oder des Rassenhasses beruhen.

Bedeutet das, der Ausschuß würde selbst den realen Stand der zwischenrassischen oder zwischenethnischen Beziehungen in den Teilnehmerstaaten kontrollieren?

Auf keinen Fall. Unser Ausschuß hat die Einhaltung der Konvention zu überwachen. Die Teilnehmerstaaten leiten ihm regelmäßig, alle zwei Jahre, über den UNO-Generalsekretär Berichte über die von ihnen angenommenen Gesetzgebungs-, Gerichts-, Verwaltungs- und anderen Maßnahmen zur Verwirklichung der Konventionsbestimmungen zu. Der Ausschuß, der den Vertretern der Staaten konkrete Fragen stellt und

von ihnen zusätzliche Angaben anfordert, veranlaßt die Regierungen zur genaueren Erfüllung der von ihnen bei Konventionsunterzeichnung übernommenen Verpflichtungen.

Die Ausschußpraxis bestätigt, daß sich die internationale Zusammenarbeit im Bereich der Menschenrechte ohne jegliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten (mit Ausnahme etwa der RSA-Apartheid) erfolgreich entwickeln kann. Eine solche Zusammenarbeit trägt in gewissem Maße zur Festigung der internationalen Rechtsordnung und zur Verbesserung der Weltlage bei. Das ist heute besonders wichtig, da einige Länder, insbesondere die USA, entgegen den allgemein anerkannten Prinzipien der zwischenstaatlichen Beziehungen unter dem falschen Vorwand des Schutzes der Menschenrechte versuchen, sich in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten einzumischen und diese zu destabilisieren. Das bedroht das gesamte System der internationalen Beziehungen.

Während sich die USA gegenüber anderen Staaten als Lehrmeister bei der Verteidigung der Menschenrechte aufspielen, lehnen sie es hartnäckig ab, sich der Konvention anzu-

APARTHEID

Der Kreuz
des Südens



Ein ANC-Plakat

Herrschaft der Weißen. Die Aggressivität des Rassistenregimes nimmt zu.

Die Provokationen der RSA gegen die Frontstaaten und die Seychellen zwingen uns zu besonderer

Wachsamkeit. Heute braucht Afrika die Einheit wie nie zuvor: Nur gemeinsam werden die afrikanischen Völker Gerechtigkeit im Süden des Kontinents durchsetzen können."

M. D. Naidoo flüchtete 1980 aus der RSA. Seitdem lebt er in London und gehört der Führung einer der aktivsten antirassistischen Organisationen an, des Internationalen Komitees gegen Apartheid, Rassismus und Kolonialismus im südlichen Afrika (ICSA).

"Diese Organisation wurde auf Initiative der Führer der Frontstaaten gegründet, die im Juni 1977 an der Lissabonner Weltkonferenz gegen Apartheid, Rassismus und Kolonialismus im südlichen Afrika teilnahmen. Hauptziel des ICSA ist es, die Bewegung gegen die Apartheid zu stärken und die internationale Solidarität mit dem Freiheitskampf der Völker des südlichen Afrika, mit den Frontstaaten zu festigen."

Im April besuchte M. D. Naidoo als Mitglied einer ICSA-Delegation die Frontstaaten Tansania, Moçambique, Sambia, Botswana und Angola und traf mit deren führenden Politikern zusammen.

"Jetzt bereiten wir uns auf eine wichtige Solidaritätskonferenz mit

den Frontstaaten im Juli d. J. in Lissabon vor. Wir messen ihr große Bedeutung bei. Die Frontstaaten sind zunehmend politischen, wirtschaftlichen sowie militärischen Druck der RSA und des Westens ausgesetzt, die versuchen, die Unterstützung der Befreiungsbewegung durch diese Staaten zu schwächen. Die Bedrohung des Friedens im südlichen Afrika hat seit dem Machtantritt der Reagan-Administration, die Kurs auf eine Annäherung an das Rassistenregime genommen hat, bedeutend zugenommen. Gerade mit Duldung der USA verübt Pretoria ständig neue Überfälle auf Angola und die anderen Frontstaaten. Wir meinen, daß eine Bekräftigung der internationalen Solidarität mit den Frontstaaten unter den gegebenen Bedingungen sehr aktuell ist: Den Rassisten und Imperialisten, die eine ihnen vorteilhafte Pseudoregelung in Namibia anstreben, muß eine entschiedene Abfuhr erteilt werden. Ich meine, die Konferenz wird erfolgreich sein: Steht ja die ganze progressive Menschheit auf der Seite des kämpfenden Afrika", sagte M. D. Naidoo abschließend.

schließen, und beschlossen demonstrierend, nicht an der zweiten Weltkonferenz gegen Rassismus und Rassendiskriminierung teilzunehmen.

Zum Erfolg des Kampfes gegen den Rassismus hat in vielem die Schaffung günstiger völkerrechtlicher Voraussetzungen beigetragen.

Eine bedeutende Rolle hat dabei die 1965 durch die UNO-Vollversammlung erfolgte Annahme besagter Konvention gespielt. In ihr wird bekräftigt, daß Ideologie und Politik des Rassismus heute außerhalb von Gesetz und Recht stehen und es die Pflicht aller Staaten ist, zu deren schnellstmöglicher Beseitigung beizutragen. Die 1974 von der UNO gebilligte Definition der Aggression konstatierte noch einmal den gerechten Charakter des Kampfes gegen Rassismus und Kolonialismus mit allen Methoden, darunter mit Gewalt.

Wodurch erklärt sich die Weigerung der USA, an der internationalen Zusammenarbeit zur Beseitigung der Rassendiskriminierung teilzunehmen?

Es wäre wohl merkwürdig, wenn sich die USA an ihr beteiligen wür-

den. Ich stimme voll und ganz der moçambiquischen Zeitung „Noticias“ zu, die meint, daß die Weigerung der USA ein weiteres Mal die Unterstützung Washingtons für das RSA-Rassistenregime zeigt. Und auch in den USA selbst bleibt der Rassismus nach wie vor ein sehr akutes Problem. Nicht nur die Schwarzen, sondern auch die Einwanderer aus Mexiko und den anderen Ländern Lateinamerikas werden brutaler Diskriminierung, nationaler und sozialer Unterdrückung ausgesetzt.

Gibt es neue Aspekte des Rassismus?

Ja. Durch den breiten Einsatz der Arbeit ausländischer Werktätiger in den kapitalistischen Industriestaaten nehmen diese multinationalen Charakter an. So liegt die Zahl der Ausländer in Frankreich bei über 4 Millionen (fast 8 Prozent der Gesamtbevölkerung), in der BRD sind es mehr als 4 Millionen (7,5 Prozent) und in den Niederlanden 0,75 Millionen Personen (4,8 Prozent). Multinational sind auch die meisten Entwicklungsländer. Gegenüber dem 19. Jahrhundert, als der Nationalstaat (nach dem Prinzip „Eine Nation — ein Staat“) zumindest für

Europa die Norm war, ist es jetzt der multinationale Staat geworden.

Die ausländischen Arbeiter werden brutal diskriminiert. Sie erhalten niedrigere Löhne als die Einheimischen, wohnen unvergleichlich schlechter und führen weniger qualifizierte und schwerere Arbeiten aus.

Was meinen die Teilnehmerstaaten der Konvention zu den Erfahrungen der Sowjetunion bei der Lösung der nationalen Frage?

Die Erfahrungen der sozialistischen Staaten, vor allem der Sowjetunion, die in diesem Jahr ihren 60. Gründungstag begeht, sind für alle von großem Interesse. Das wurde insbesondere wieder bei der Erörterung des Berichts der Ungarischen VR auf der letzten Ausschusstagung deutlich. In den Teilnehmerländern der Konvention erinnert man sich daran, daß gerade in der UdSSR erstmals die Prinzipien der Selbstbestimmung und der Gleichberechtigung der Völker und Nationen verkündet wurden. Sie sind die politische und juristische Grundlage des Kampfes gegen rassistische und ethnische Diskriminierung geworden.

WASHINGTONS „NEUE FAKTOREN“

Oleg FOMIN

US-Präsident Reagan, der die antiarabische Stafette von Carter übernommen hat, ging aktiv daran, den von seinem Vorgänger begonnenen Prozeß von Camp David weiterzuführen und zu vertiefen. Er will im Nahen Osten ein Militärbündnis der konservativen arabischen Staaten, in erster Linie Jordaniens und Saudi-Arabiens, mit den Teilnehmern des Handels von Camp David, Israel und Ägypten zusammenzimmern. Bei einem Erfolg dieses Unterfangens hätte der US-Imperialismus eine tiefe Spaltung der arabischen Welt erreicht und sich seinem Hauptziel im Nahen Osten, der Errichtung seiner uneingeschränkten militärisch-politischen Herrschaft in der Region, weitgehend genähert. Der Plan zur Schaffung eines „strategischen Konsens“ zwischen besagten Ländern auf antisowjetischer Grundlage und unter Führung Washingtons setzt eine beispiellose Anheizung des Antisowjetismus in der Region voraus. Eben damit befaßt sich die Reagan-Administration, die den Arabern suggeriert, nicht Israel und die USA, sondern die UdSSR sei der „größte und gefährlichste Feind der arabischen Nation“.

Mit dieser propagandistischen Aufgabe entsandte das Weiße Haus im Mai 1981 US-Außenminister Haig in den Nahen Osten. Der Führer des State Department wurde wie erwartet begeistert in Jerusalem und in Sadats Kairo aufgenommen. Doch die Begegnungen in Amman und Er-Riad enttäuschten den US-Emissär zutiefst. Er vermochte seine Gesprächspartner nicht davon zu überzeugen, daß die Sowjetunion, nicht aber die Politik Israels die Wurzel allen Übels sei. Haig wurde bedeutet, daß nicht eine „sowjetische Bedrohung“, sondern die israelische Expansion und die Besetzung arabischer Gebiete durch Israel die reale Bedrohung von Frieden und Sicherheit im Nahen Osten darstellen. Jordanien und Saudi-Arabien weigerten sich erneut, die Politik von Camp David zu unterstützen. Haigs Versuch, die arabischen Monarchen davon zu überzeugen, für diese Nahostpolitik die Interessen des palästinensischen Volkes zu opfern, scheiterte.

Nach der Unterzeichnung des amerikanisch-israelischen „Memorandums über das gegenseitige Verständnis in der strategischen Zusammenarbeit“ im November 1981 in Washington wurde die Aufgabe, die „gemäßigten“ arabischen Länder in die US-Politik einzubeziehen, noch komplizierter. Selbst jene konservativen arabischen Führer,

die sich traditionell nach Westen orientieren, sahen, wie abstoßend ihr Eintritt in ein Bündnis mit der Achse der amerikanisch-israelischen „strategischen Zusammenarbeit“ wäre.

Doch Washington gab seine Idee eines „Konsens“, die Versuche nicht auf, den Prozeß von Camp David durch die Einbeziehung neuer Teilnehmer aus der Sackgasse zu führen. Kürzlich begann Haig wieder von der „strategischen Übereinstimmung“ zu sprechen. Er verteidigte sie in einem Interview für das Nachrichtenmagazin „Time“, wobei er auf die „Bedrohung Saudi-Arabiens und anderer Länder der arabischen Halbinsel durch radikale Kräfte“ verwies. Der Außenminister gestand ein, daß die Erreichung eines „strategischen Konsens“ wegen des arabisch-israelischen Konflikts problematisch ist, und bekundete die Hoffnung auf eine „Aufweichung“ der Haltung der „gemäßigten“ arabischen Länder durch das Auftreten „neuer Faktoren“.

Was sind nun diese „neuen Faktoren“, die Washington sich zunutze machen will? Einer von ihnen ist die Intensivierung der iranisch-irakischen Kriegshandlungen. Die US-Propaganda, die mit der Fortsetzung des iranisch-irakischen Krieges spekuliert, sucht die Golfstaaten mit einem „drohenden Export der iranischen schiitischen Revolution“ zu erschrecken. Washington, das die Haltung der Sowjetunion völlig verdreht, die stets für eine Beendigung des Bruderkrieges zwischen den beiden nicht-paktgebundenen Ländern eintrat, verbreitet sich über einen angeblichen sowjetischen Einfluß auf die Teheraner Führung. Es unterstellt ferner Syrien antiarabische Absichten, um dieses Land, das in den ersten Reihen des Kampfes gegen Imperialismus und Zionismus im Nahen Osten steht, zu isolieren.

Aktive Hilfe bei der propagandistischen Bearbeitung der arabischen Länder leisten gewisse Kreise in Kairo. Ihre Argumente stammen alle aus dem Arsenal der westlichen Propaganda. Erst Anfang Mai erklärte der ägyptische Verteidigungsminister Abu Ghazala, die Sowjetunion wolle in den Besitz der arabischen Ölquellen kommen, und versuchte, die Golfstaaten mit der „iranischen Gefahr“ einzuschüchtern. Etwa zur gleichen Zeit verkündete der ägyptische Außenminister Kamal Hassan Ali, die Sicherheit der Golfregion sei ein „Teil der arabischen strategischen Sicherheit“, und deshalb sei diese Region, insbesondere die arabische

Halbinsel, für Ägypten das strategische Hinterland. Ali, der sich offen als Verbündeter anbot, erklärte, Ägypten sei „bereit, in jeder Form den interarabischen Verteidigungsvertrag gegenüber den Ländern des Persischen Golfs und der arabischen Halbinsel anzuwenden, wenn diese darum bitten“. Natürlich verschwieg er dabei, daß der im März 1979 unterzeichnete ägyptisch-israelische Separatvertrag Ägyptens Verpflichtungen aus interarabischen Abkommen faktisch annulliert hat.

Bezeichnenderweise verloren beide Minister, die sich über verschiedene Pseudobedrohungen, denen sich die Araber gegenüberstehen, ausließen und in diesem Zusammenhang zur „Wiederherstellung der arabischen Solidarität“, d. h. zur Revision der Beschlüsse der arabischen Länder über die Isolierung Ägyptens aufriefen, dabei kein Wort über die reale, von Israel ausgehende Bedrohung. Hier sei an die Erklärung der Nationalen (linken) Fortschrittspartei der ARÄ zur israelischen Bombardierung Libanons am 9. Mai erinnert. In der Erklärung wird konstatiert, daß die Führung Ägyptens diesen Überfall nicht öffentlich verurteilt hat, und betont: Das Schweigen der ägyptischen Regierung befremdet um so mehr, als der neue Aggressionsakt Tel Avivs mit den ägyptisch-omanischen Gesprächen in Kairo zusammenfiel, bei denen Fragen einer „Wiederherstellung der arabischen Solidarität“ erörtert wurden.

Hier ist der Versuch besonders deutlich, noch einen der „neuen Faktoren“, von denen Haig sprach, zu nutzen. Es geht um die Ersetzung der israelischen Okkupanten auf der Sinai durch die „multinationalen Streitkräfte“, deren Kernstück Verbände der US-Eingreiftruppe bilden. Wie die Pariser Zeitschrift „Afrique-Asie“ zu Recht konstatiert, haben die USA durch die Stationierung der Eingreiftruppe auf der Sinai die einmalige Möglichkeit erhalten, eine direkte „militärische Zusammenarbeit zwischen der Camp-David-Allianz und den arabischen Golfländern“ anzustreben. Doch vor allem müßten die Beziehungen dieser Länder zu Ägypten, die durch die Beschlüsse der gesamtarabischen Konferenzen von Bagdad 1978 und 1979 unterbrochen wurden, wiederaufgenommen werden. Die USA, andere westliche Länder und Ägypten, die eine Aufhebung dieser Beschlüsse erreichen wollen, sind eifrig bemüht, die Präsenz von Truppen der USA und ihrer NATO-Verbündeten auf der Sinai als „Befreiung der Halbinsel“, als „Sieg Ägyptens“ und als „bedeutenden Schritt zu einem Nahostfrieden“ im Ergebnis der Politik von Camp David hinzustellen.

Hatte der israelische Verteidigungsminister Sharon nicht damit gedroht, innerhalb von 24 Stunden erneut die gesamte Halbinsel zu besetzen, wenn Ägypten selbst um ein Jota von Camp

David abgehen sollte?! Das wäre für die israelische Armee geradezu ein Kinderspiel. Während der ägyptische Präsident Gamal Abdel Nasser 1957, als die israelischen Truppen nach der Dreier-Aggression von der Sinai abgezogen wurden, die Forderung Tel Avivs nach Entmilitarisierung der Halbinsel ablehnte, darf Ägypten diesmal gemäß dem ägyptisch-israelischen Vertrag die Halbinsel nicht gegen eine Aggression verteidigen. Die Behauptung, die Sinai-Operation sei „ein Schritt auf dem Weg zum Triumph der Gerechtigkeit“ im Nahen Osten, wird von folgender Erklärung Sharons völlig widerlegt: „Die Räumung der Sinai bedeutet eine rote Linie, die die Grenze der israelischen Gebietszugeständnisse kennzeichnet.“ Angesichts derartiger Erklärungen der israelischen Führung ist klar, daß eine Wiederherstellung des Heimatrechtes der Palästinenser im israelischen Schema des „Camp-David-Friedens“ vollständig fehlt. Für einen Palästinenserstaat ist einfach kein Raum vorgesehen. Tel Aviv denkt gar nicht daran, die syrischen Golan-Höhen oder die Gebiete in Südlibanon, die der israelischen Marionette Major Khaddad überlassen wurden, zu räumen.

In dieser Lage meinen die progressiven Regimes und die nationalpatriotischen Kräfte der arabischen Welt, daß das vollständige Abgehen der ägyptischen Führung von den Camp-David-Vereinbarungen und konkrete Schritte zur Unterstützung des Kampfes der Araber gegen die israelische Expansion nach wie vor unabdingbare Voraussetzung für eine Rückkehr Ägyptens in die arabischen Reihen sein müssen. Die Versuche einzelner arabischer Führer, die Bedeutung des Abzugs der israelischen Truppen von der Sinai hochzuspielen, bewerten sie als Vorbereitung einer Rechtfertigung der Separat-Abmachungen mit dem israelischen Aggressor und mit dessen Beschützern jenseits des Atlantik.

Imperialistische und zionistische Kreise, die auch Libanon in die Sphäre des „strategischen Einvernehmens“ hineinziehen wollen, spielen dort ein kompliziertes Spiel

auf verschiedenen Ebenen. Ihre Hauptzielscheiben sind die palästinensischen bewaffneten Formationen in Libanon, die nationalpatriotischen Kräfte Libanons und die interarabische Friedenstruppe, die aus syrischen Einheiten besteht. Tel Aviv hat wiederholt offen seine Absicht erklärt, die Kräfte, die unter dem Kommando der PLO, des einzigen legitimen Vertreters des palästinensischen Volkes, stehen, physisch zu vernichten. Der Volksaufstand gegen die israelischen Besatzer im Westjordanland und im Ghaza-Streifen, bei dem die Treue zur PLO bekundet wurde, verstärkte den Haß Tel Avivs auf die Avantgarde des palästinensischen Volkes. An der israelisch-libanesischen Grenze und in der von Khaddad kontrollierten Enklave in Südlibanon hat Israel starke Invasionskräfte konzentriert.

Einstweilen beschränkt sich der Aggressor auf die Bombardierung von Palästinenserlagern und libanesischen Ortschaften. Die Zionisten und ihre libanesischen Verbündeten unter den christlichen Rechtskräften warten ab, wie sich die von ihnen provozierten Zusammenstöße zwischen der schiitischen Organisation Al-Amal und den Palästinensern in Südlibanon, zwischen den Anhängern und Gegnern Syriens im Norden, in Tripolis, entwickeln. Israel und die libanesische Reaktion wollen eine Eskalation der inneren Konflikte vor den für September in Libanon geplanten Präsidentschaftswahlen. Sie wollen in diesem Land einen Bürgerkrieg entfesseln und die Tragödie von 1976 wiederholen. Gerade sie verlangen den Abzug der interarabischen Truppe aus Libanon, die sich dort auf Bitte der legitimen Regierung des Landes und mit Billigung der Arabischen Liga befindet, eben um ein neues Aufflammen des Bürger-

krieges zu verhindern. Die Schaffung einer Atmosphäre des Chaos in Libanon könnte als Vorwand für eine Invasion der israelischen Armee benutzt werden. Auch die Möglichkeit, einen alten israelischen Plan, den „Akkordeon-Plan“, zu verwirklichen, wird nicht ausgeschlossen. Er sieht gleichzeitige Schläge in Beirut, Südlibanon und im Bekaa-Tal gegen Kräfte der Palästinenser, der nationalpatriotischen Kräfte und gegen syrische Einheiten vor. Beobachter meinen, daß Israel, das an der Grenze zu Ägypten ein sicheres Hinterland erhalten hat, auch deshalb einstweilen nicht in den Libanon eindringt, um die Bemühungen der USA zur „Versöhnung“ Kairo mit arabischen Ländern nicht zu vereiteln. Haig verhehlte in einem Interview für das Nachrichtenmagazin „Newsweek“ nicht, daß Washington Israel nicht erlaube, eine großangelegte Aggression in Libanon zu beginnen, um ein Zusammenrücken der arabischen Länder um Syrien und die Palästinenser zu verhindern. In Washington meint man, es wäre bequemer, zur Frage der Liquidierung der palästinensischen Widerstandsbewegung und des Sturzes des progressiven Regimes in Damaskus nach der Erreichung des „strategischen Einverständnisses“ zurückzukehren.

Die Pläne der US-Administration werden von den progressiven und demokratischen Kräften in den arabischen Ländern, darunter in Ägypten, entlarvt. Die Hauptbedrohung sehen sie in Washingtons militaristischer Politik und in der wachsenden Aggressivität seines strategischen Verbündeten Israel. Die demagogischen Erklärungen einiger Führer Ägyptens und prowestlicher Kreise anderer arabischer Länder über die „Sicherheit des Persischen Golfs“ sind ein Versuch, die Aufmerksamkeit der Araber von dieser wachsenden Bedrohung abzulenken und ihren Kompromiß mit dem außenpolitischen USA-Kurs auf die Schürung des Antisowjetismus, zur Behauptung der absoluten amerikanischen Hegemonie über die ganze Nahostregion zu rechtfertigen. Doch das ist ein unerreichbares Ziel. Die arabischen Völker überzeugen sich immer mehr davon, daß sie im gemeinsamen Kampf für Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt, für die Beseitigung aller Folgen der israelischen Aggression und des Handels von Camp David, für die Wiederherstellung des legitimen Rechtes des palästinensischen Volkes auf die Bildung eines eigenen unabhängigen Staates unter Führung der PLO solidarisch sein müssen.

Israelische Panzer an der libanesischen Grenze: die reale Gefahr einer neuen Aggression

Foto: Nachrichtenmagazin „Time“ (USA)



TORIES AUF KRIEGSKURS

Von unserem ständigen Berichterstatter Igor TITOW

Der „Falkland-Krieg“ füllt die ersten Seiten der britischen Zeitungen. Im Südatlantik fließt das Blut, werden Schiffe torpediert, Flugzeuge abgeschossen, in der Nacht auf den Falkland-Inseln (Malwinen) britische Marineinfanteristen ausgesetzt. Auf Befehl des 12 000 km weiten Whitehall vernichten sie dort Pisten, Treibstofflager und andere Objekte. Um die Inseln ist eine große Zahl britischer Kriegs- und vom Verteidigungsministerium beschlagnahmter Passagierschiffe konzentriert. Fast täglich verläßt ein Schiff mit Flugzeugen, Marinern oder Munition an Bord einen britischen Hafen in Richtung Südatlantik.

Obwohl offiziell nicht erklärt, ist

der Krieg für jeden Briten Realität. Das konservative Kabinett redet zwar von seinem Wunsch, den Konflikt friedlich beizulegen, stockt jedoch das Rüstungspotential bei den Falkland-Inseln (Malwinen) auf. Das offizielle London geizt nicht mit kampflustigen Parolen. Regierungsmitglieder erlauben es sich sogar, die UdSSR einer „Teilnahme“ am britisch-argentinischen Konflikt zu bezichtigen, obwohl unser Land bekanntlich niemals Anlaß dazu gegeben hat.

Willkürlich und im Gegensatz zum Völkerrecht hat London faktisch den ganzen Südatlantik zu einer Kriegszone erklärt und behindert die normale Schifffahrt in diesem Raum. Ein



Nach einem Luftangriff der Engländer auf Port Stanley (Puerto Argentino)

Telefoto: AP/TASS

Torpedo oder eine Rakete können in einen großen Teil des Weltmeeres auf jedes beliebige Ziel abgeschossen werden. Aber die britischen Behör-

EL SALVADOR

FREIE HAND FÜR ULTRAS

Alexander BARYSCHEW

Bis zu den neuen, für 1983 angesetzten Wahlen ist der als „unabhängig“ geltende Bankier Alvaro Magaña, der eng mit den militärischen Kreisen liiert ist, provisorisch zum Präsidenten El Salvadors geworden.

Sein Team scheint nach dem Prinzip der Arche Noas formiert zu sein: Die „Reinen“ (Christdemokraten) wurden durch offensichtlich „Unreine“ (Extremrechte) ergänzt. Und so besteht Magañas nächste Umgebung, die als Bindeglied zwischen ihm und der Konstituierenden Versammlung gedacht ist, aus drei Vizepräsidenten: zwei von den extremrechten Parteien — der Nationalrepublikanischen Allianz (ARENA) und der Partei der Nationalen Versöhnung (PCN) — und einem Christdemokraten.

Ähnlich wurde das Ministerkabinett aus 15 Mitgliedern gebildet: je 4 Vertreter von jeder der drei erwähnten Parteien und 3 „Unabhängige“. Die wichtigsten Ministerposten gehören den Extremrechten. So ist Mario Rivera der Generalstaatsanwalt und Manuel Isidro der Innenminister, dem von nun an auch die Staatssicherheit unterstellt ist. Beide sind Freunde des Faschisten D'Aubuisson. Dieser ist jetzt der Vorsitzende der Konstituierenden Versammlung, die im März aus den

„Wahlen“ hervorging. D'Aubuisson ist für seine Kontakte mit der CIA und der Mafia bekannt und hat als „pathologischer Killer“, wie ihn der Ex-Botschafter der USA in El Salvador Robert White nennt, große Erfahrungen bei der Leitung von Straforganen gesammelt, als er unter dem 1979 gestürzten Diktator Romero dem Geheimdienst der Nationalgarde vorstand und persönlich politische Häftlinge folterte. Zum Wirtschaftsminister wurde der Repräsentant der Handels- und Industrie-bourgeoisie sowie der Großgrundbesitzer in der PCN José Manuel Pacas berufen. Verteidigungsminister blieb General José Guillermo García, der das Vorgehen der Strafruppe aus der regulären Armee mit dem der extremrechten Banden koordiniert.

Über den Präsidenten, die Schlüsselfigur, schreibt „The Christian Science Monitor“, er solle „einen Ausgleich schaffen zwischen den Extremrechten, ... den Reformanhängern unter den Militärs sowie den gemäßigten Christdemokraten, die noch immer die breiteste politische Kraft der Nation sind“. Schon die ersten Erklärungen Magañas lassen keinen Zweifel darüber, daß

dieser „Unabhängige“ in Wahrheit restlos von Washington abhängig ist.

Man denke an eine so kardinale Frage wie die der Verhandlungen zwischen den US-hörigen Machthabern und den patriotischen Kräften. Die US-Position ist eindeutig: Keine Verhandlungen! Die Junta Napoleón Duarte vertrat denselben Standpunkt. Genauso denkt auch Magaña. Unter Berufung auf seine Rede beim Amtsantritt schrieb „The New York Times“ „... Alvaro Magaña schließt Verhandlungen mit den linken salvadorianischen Rebellen als Mittel, dem Bürgerkrieg hier ein Ende zu setzen, aus.“

Eine weitere für die Zukunft des Landes wichtige Frage ist das Verhalten des vom Kastengeist durchsetzten Militärs, aus dem die „Kaffee-Oligarchien“ und die Großbourgeoisie mit Washingtons Wissen im letzten halben Jahrhundert die Staatsmänner rekrutierten. Als der neue Präsident gefragt wurde, ob die Streitkräfte unter Kontrolle der neuen Zivilregierung kämen, antwortete er: „Diese Frage ist an Politiker zu richten, ich aber bin keiner und weiß nicht, wie sie darüber denken.“

Magaña „weiß nicht“! D'Aubuisson dagegen weiß es. Die Armee sei die einzige organisierte Kraft im

den machen sich nicht viel Sorgen um das Völkerrecht: London führt einen ebensolchen nichterklärten Krieg seit 10 Jahren in Nordirland.

Von Anfang der heutigen Krise an erklärten diejenigen, die die Schritte der Regierung kritisierten, daß die militaristische Politik der Tories in ihrem Bekenntnis zum aggressiven internationalen Kurs Washingtons und in ihrer Angst um das eigene Schicksal wurzelt. Im chauvinistischen Taumel sahen sie ein willkommenes Mittel, die Engländer von den akuten Problemen abzulenken und den Schein zu erwecken, daß die Beschäftigung steige, besonders als Folge von Militärprogrammen. Anders gesagt, rechneten sie mit einem Punktgewinn im Krieg. Viele hiesige Beobachter schließen vorfristige allgemeine Wahlen nicht aus. Für einen Wahlsieg aber brauchen die Tories den Sieg über Argentinien. Eben deshalb reden sie immer wieder von „nebulösen Aussichten“ der Verhandlungen unter UNO-Vermittlung und von der Notwendigkeit, im Konflikt Gewalt anzuwenden, falls diese Verhandlungen nicht zu einer friedlichen Regelung führen. Aber wie

sollen sie es, wenn aus dem Südatlantik fortwährend über militärische Aktionen der britischen Flotte berichtet wird? Das gegenwärtige Vorgehen des Whitehall stimmt mit der Konzeption Washingtons, der zufolge die Hochrüstung zu den Verhandlungen über eine Begrenzung des Wettrüstens „beitrage“, überein.

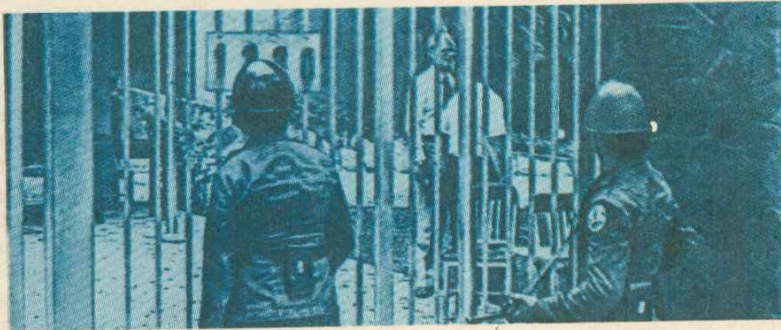
Die britischen Massenmedien haben nicht wenig geleistet, um den Chauvinismus im Lande aufzuwärmen. Schüchterne Versuche einiger Reporter, die Ereignisse objektiv zu beleuchten, stoßen auf eine heftige Abwehr bei den „Hurra“-Patrioten, darunter Regierungsmitgliedern. Mehr noch, Journalisten, die sich an Bord der Kriegsschiffe befinden, mußten zugeben, daß ihre Mitteilungen durch das Oberkommando der „Stoßkräfte“ und das Verteidigungsministerium strengstens zensuriert werden.

In diesen Tagen fanden auf den Britischen Inseln Demonstrationen und Kundgebungen gegen die Regierungspolitik statt. Auf ihnen wird verlangt, daß die Regierung den militaristischen Kurs aufgibt und eine friedliche Beilegung des Konfliktes

unterm UNO-Patronat anstrebt. Organisationen, die sich für den Frieden im Südatlantik einsetzen, beschlossen, jeden Sonntag Massenkundgebungen abzuhalten, bis der Konflikt friedlich beigelegt ist. Eine solcher Demonstrationen fand eben in London statt. Ihre Vertreter überreichten Petitionen an alle großen Zeitungen des Landes mit der Forderung, den Konflikt objektiv zu beleuchten, sofort einen Waffenstillstand im Südatlantik zu schließen, das sinnlose Blutvergießen einzustellen und sich um die friedliche Beilegung des Konfliktes zu bemühen.

Während diese Zeilen diktiert werden, ist es noch immer nicht klar, wie weit die Regierung in ihren militanten Bestrebungen gehen wird. Kommt es zu einer massiven Landung auf den Falkland-Inseln (Malwinen) oder einem Bombardement der Militärstützpunkte auf argentinischem Boden, worauf die hiesige Presse ständig anspielt? Wie dem auch sei, die Tories haben ihr wahres Wesen in der Frage von Krieg und Frieden schon gezeigt.

London, 17. Mai



Landes, sagt er. Und weiter: „Ich will sie ihre Sache machen lassen...“ Was das für eine „Sache“ ist, wissen die Salvadorianer nur allzu gut.

Es gelang Washington nicht sofort, die Kräfte im rechten Lager auszugleichen und sowohl die Extremrechten als auch die Christdemokraten zufriedenzustellen. D'Aubuisson drohte, sie nachgerade zu vernichten. Dem politischen Kompromiß gingen langwierige Unterredungen US-Botschafter Deane Hinton mit Vertretern der drei Parteien voraus. Als die Anhänger D'Aubuissons bei der Wahlfarce im März Sieger waren, suggerierten US-Beobachter ihren Lesern wie aus einem Munde, Washington sei „befremdet und besorgt“ darüber, daß die Extremrechten die Macht an sich rissen. Dann aber brauchte Washington Klarheit auf

Hier, in der von Nationalgardisten bewachten US-Botschaft in San Salvador, laufen alle Fäden des politischen Spiels im Lande zusammen

Aus der Wochenschrift des Senders „Venceremos“

der salvadorianischen politischen Bühne, und so wurde schwere Artillerie aufgeföhren. Hinton zu stützen, traf der Sonderbeauftragte General Walters, ehemaliger stellvertretender CIA-Direktor, zu einem vertraulichen Besuch in San Salvador ein. Nach einigen geschlossenen Treffen mit den Führern der Extremrechten und der Christdemokraten erlangte die schlimmste Reaktion einen „legitimen Status“ und wurde ein „Kompromiß“ eindeutig zugunsten

jener Kräfte erzielt, die unmittelbar die Schuld an der Ermordung nicht nur von patriotischen Kämpfern, sondern auch von Geistlichen und ausländischen Journalisten sowie an der Genozidpolitik tragen. Nunmehr schicken sich die Extremrechten an, den Terror noch zu verschärfen, um die Befreiungsbewegung niederzuhalten. Sie rechnen offen mit einer größeren US-Hilfe, die im laufenden Jahr rd. 220 Mio Dollar (über die Hälfte des jährlichen Staatshaushalts El Salvadors) beträgt. Sie rechnen nicht umsonst, hatte doch Botschafter Hinton kurz vor der Bildung der neuen Regierung in El Salvador gesagt, die Reagan-Administration werde „in jedem Fall die neue Regierung weiter unterstützen und mit jeder Regierung zusammenzuarbeiten trachten“. Vor kurzem beschloß der Answärtige Ausschuß des Repräsentantenhauses, die Bereitstellung von 60 Mio Dollar als Militärhilfe für die neuen salvadorianischen Machthaber gutzuheißen. Aber letztendlich hängt die Zukunft El Salvadors nicht von einer Marionettenregierung ab. Das entscheidende Wort gehört seinem Volk, das entschlossen ist, den Kampf um seine Zukunft bis zum Sieg zu führen.

SCHLACHT UM DIE VERFASSUNG

Wladimir GOLENKOW

Das Gemetzel unter den Teilnehmern der Demonstration am 1. Mai in Porto (2 Tote und über 100 Schwerverletzte) und darauf der 24stündige Generalstreik am 11. Mai, den die Gewerkschaften ausgerufen hatten, haben gezeigt, wie explosiv die Situation im Lande schon ist. Das Wichtigste, worum es jetzt nicht nur in den sozialen, sondern auch in den wirtschaftlichen und politischen Kämpfen geht, ist die Verfassung, in der die fortschrittlichen Er rungenschaften aus der Revolution vom April 1974 verbrieft sind.

Rekapitulieren wir. Vor einem Jahr brachten die Rechten in der Versammlung der Republik einen Entwurf von Verfassungsänderungen ein. Um eine Beteiligung der Werktätigen an der Abfassung des neuen Verfassungswortlautes zu verhindern, setzte die AD (Demokratische Allianz), die Regierungskoalition, durch, daß die Debatte hinter verschlossenen Türen, in einer eigens dafür gebildeten Parlamentskommission, stattfand.

Die AD trug sich mit weitreichenden Plänen: Präsident Ramalho Eanes zu einer rein symbolischen Figur zu machen, die gesamte politische und militärische Macht selbst in die Hand zu nehmen und aus der Verfassung den Passus über die Bodenreform, die Verstaatlichungen und andere soziale und wirtschaftliche Veränderungen zu entfernen, mit anderen Worten, eine Wiederherstellung der Allmacht des in- und ausländischen Kapitals in Portugal juristisch zu untermauern.

Seinen Angriff richtete der regierende Block vor allem gegen den Staatschef, der dank seiner Stellung der oberste politische Richter und der Garant dafür ist, daß die Verfassung befolgt wird. Als ersten Schritt wollte ihm die AD das Recht entziehen, die Regierung aufzulösen

sowie den Generalstabschef und die Oberbefehlshaber der drei Teilstreitkräfte selbständig auszuwählen. Faktisch hätte das die Armee zu einer schlagkräftigen politischen Waffe der Regierungspartei gemacht und, wie das ZK der Portugiesischen Kommunistischen Partei, der PKP, meint, einen Staatsstreich, die Aufhebung des demokratischen Regimes bedeutet.

In geheimen Manövern gelang es der Regierungskoalition anfangs, sich über die meisten Fragen mit dem Generalsekretär der Sozialistischen Partei, Mario Soares, zu einigen. Zu Verfassungsänderungen ist ja eine Zweidrittelmehrheit (d. h. mindestens 167 Stimmen) im Parlament erforderlich. Eine solche Mehrheit hat die AD nicht, und so mußte sie sich denn zu einem Kompromiß wenigstens mit der Hälfte der SP-Fraktion bequemen.

Als die Verhandlungen zwischen AD und SP über die Änderung der Verfassung schon zu Ende gingen, wurde der erste wuchtige Schlag gegen sie geführt, u. zw. aus dem Präsidentenschloß Belem. Im Januar berichtete mein Kollege vom spanischen Rundfunk in Lissabon, Ramon Bove, unter Berufung auf authentische Quellen, Präsident Eanes dürfte seinen Posten niederlegen, falls seine Befugnisse eingeschränkt werden sollten. Diese Mitteilung, die bald darauf offiziell bestätigt wurde, kam wie ein Blitz aus heiterem Himmel, namentlich für Soares. Seinerzeit hatte ja gerade die Weigerung des SP-Führers, sich bei den Präsidentschaftswahlen hinter den kandidierenden Eanes zu stellen, wogegen eine Mehrheit der SP-Mitglieder war, eine tiefe Spaltung unter den Sozialisten verursacht. Bei einem Rücktritt des Präsidenten hätte man wieder Soares die Schuld gegeben, und er wußte ge-

nau, daß ihm dann die SP völlig aus der Hand gleiten würde.

Es folgte ein zweiter Schlag gegen die geheimen Manöver zur Änderung der Verfassung. Eine starke Bewegung zu deren Schutz kam in Gang. Für sie wurde ein Demokratischer Nationalkonvent gebildet, der über 1100 Gewerkschafts-, Frauen-, Jugend- und andere Organisationen, Verbände von Künstlern und Wissenschaftlern sowie einzelne fortschrittliche Politiker, auch sozialistische, ferner unabhängige Demokraten und nicht zuletzt Werktätige erfaßte. Sehr schnell gewann er Ansehen im ganzen Land.

Angesichts dieser Entwicklung stellte die Sonderkommission des Parlaments vorübergehend ihre Tätigkeit ein. Die SP-Führung hielt es für notwendig, ihre Stellungnahme zu ändern. Nach einer Zusammenkunft von Ende März mit Eanes erklärte Soares, daß die SP der AD einer Einschränkung der wichtigsten Befugnisse des Präsidenten sowie einer Veränderung der Wirtschaftsordnung nicht beipflichten werde. Unter anderem wurde die Verstaatlichung als unwiderruflich anerkannt. Das einzige, worin — so Soares — die SP der AD nachzugeben bereit sei, das sei die Stellung des Privatsektors, der aus seiner untergeordneten Rolle in die gleiche Stellung wie der staatliche Sektor versetzt werden solle.

Über die Distanzierung der SP von der Regierungskoalition in diesen Schlüsselproblemen waren die demokratischen Kräfte befriedigt. Doch nach Ansicht der PKP, der konsequentesten Schützerin der Verfassung, war die Gefahr einer Revision des Grundgesetzes im Sinne der Reaktion nicht gebannt, und das Verhalten der SP-Führung war schuld daran.

Soares sprach in Porto vor Vertretern der dortigen Geschäftswelt und versprach ihnen, nach der Verfassungsrevision einem Gesetz über die sogenannte Trennung des privaten und des gesellschaftlichen Sektors zuzustimmen, das der „Privatinitiative“ eine ganze Reihe wichtigster, jetzt vom Staat kontrollierter Wirtschaftszweige zugänglich machen soll. Die Politische Kommission des ZK der PKP bezeichnete es

als äußerst negativ, daß die SP-Führung die Politik der Kompromisse mit der AD und mit dem Großkapital nicht aufgegeben hatte.

Nach dem Scheitern ihrer ursprünglichen Absichten entschloß sich die AD zu einer anderen Taktik. Jetzt bestehen die Regierung Pinto Balsemão und die Parteien, von denen sie unterstützt wird, nicht mehr auf einer baldigen Änderung der Verfassung. Man hat sich darauf umgestellt, sie möglichst in Mißkredit zu bringen und zum Sündenbock für alle Fehlschläge des Kabinetts zu machen.

Es sind nicht wenige. Die Wirtschaftslage hat sich infolge der Methoden der AD-Regierung katastrophal verschlechtert. Portugals Auslandsschulden haben über 700 Md. Escudo erreicht. (71 Escudo = 1 Dollar.) Mit anderen Worten schuldet jeder Portugiese einschließlich der Säuglinge dem Ausland rund 70 000 Escudo.

Hinzu kommt, daß die Außenhandelsbilanz Ende 1981 mit einem Passivsaldo von 345 Md. Escudo und die Zahlungsbilanz mit einem Fehlbetrag von mehr als 140 Md. abschloß. Die Inflation galoppiert. Allein von April v. J. bis April d. J. sind die Preise durchschnittlich um 25,6%, für einzelne Waren noch mehr, gestiegen. Reis ist um 88% teurer geworden, Teigwaren um 98 und Zucker um 85%. Molkereiwaren haben sich um 62% verteuert.

Als Hauptursache von alledem bezeichnet die Regierung Balsemão die Verfassung — sie stehe einer Entwicklung der „Privatinitiative“ im Wege. Zugleich schickt sich die Regierung, trotz der schweren Finanz- und Wirtschaftslage, an, den im Zuge der Aprilrevolution enteigneten Bankiers, Industriellen und Latifundienbesitzern in diesem Jahr 11 Md. Escudo Ablösung zu zahlen. Insgesamt sollen sie 200 Md. bekommen.

Die Versuche der AD, die Bürde der Krise auf die Werktätigen abzuwälzen, haben die sozialen Spannungen sehr verschärft. Sie waren seit der Aprilrevolution noch nie so groß wie jetzt. Eine ernste Warnung für die Behörden war der im Februar von der CGTP-IN (Einheitszentrale der portugiesischen Gewerkschaften) ausgerichtete Generalstreik mit rund 1,5 Millionen Teilnehmern, die energisch den Rücktritt des Kabinetts Balsemão forderten.

Die Situation in der Regierungskoalition ist nach wie vor schwierig. Der Status quo wird in ihr mit Hilfe eines labilen Kompromisses ihrer wichtigsten Bestandteile — der SP und des Demokratisch-Sozialen Zentrums — aufrechterhalten. Für

das letztere ist die Beteiligung an der AD die einzige Möglichkeit, sich an der Macht zu halten. Viele Kommentatoren konstatieren zunehmende politische Anmaßungen des DSZ-Führers Freitas do Amaral, der immer öfter in der Rolle des obersten Führers der ganzen AD auftritt und mit ihrer Hilfe gar den Platz Präsident Eanes' einnehmen zu können glaubt.

Trotz der anwachsenden Spannung wird Präsident Eanes nach Ansicht der meisten politischen Kommentatoren das Kabinett nicht auflösen und keine vorfristigen Parlamentswahlen ansetzen, weil für diese Regierung noch keine reale Alternative vorhanden sei. Wie aber Kommentatoren ausführen, sind vorfristige Wahlen unausbleiblich. Sie würden wahrscheinlich am Jahresende zusammen mit den Gemeindewahlen oder gleich nach diesen stattfinden.

Allem Anschein nach kommt eine solche Entwicklung auch der SP-Führung gelegen, die hofft, bis dahin die Krise in der SP endgültig zu beheben und ihr Ansehen bei den Wählern zumindest teilweise wiederzugewinnen. Indessen liegt es auf

der Hand, daß die SP allein nicht die Alternative für die AD werden kann. Es wird sich zeigen, ob die SP-Führung aus ihren früheren Fehlern eine Lehre gezogen hat und zur Zusammenarbeit mit den anderen demokratischen Kräften bereit ist, oder ob sie sich noch immer um ein Bündnis mit der Reaktion bemühen wird.

Auf einer kürzlichen Kundgebung in Lissabon erklärte Vasco Lorenço, ein Mitglied des Revolutionsrates, daß das portugiesische Volk nach wie vor auf die Bewegung der Streitkräfte rechnen könne, die vor acht Jahren das verhaßte faschistische Regime stürzte. Die Feinde der Revolution sollten sich nicht täuschen, fuhr er fort, die Ideale dieser Bewegung seien beim Militär auch heute wach.

Immer mehr Portugiesen erkennen, daß die Demokratie in großer Gefahr ist und daß auf eine Verständigung aller demokratischen Kräfte hingewirkt werden muß. Nur ihr Bündnis kann die Grundlage einer realen demokratischen Alternative für die jetzige Regierungsmajorität werden.

Lissabon

GEGEN KERNWAFFEN

In Tokio hat eine auf Initiative der SP Japans einberufene internationale Konferenz gegen die Kernwaffen, für Abrüstung und kernwaffenfreie Zonen getagt, zu der Vertreter politischer Parteien, gewerkschaftlicher, religiöser und anderer Organisationen aus 17 Ländern eintrafen. Die UdSSR-Vertreter waren Jewgeni Tjashelnikow, Mitglied des ZK der KPdSU und Leiter seiner Propagandaabteilung, ferner Iwan Kowalenko, stellvertretender Leiter der Internationalen Abteilung beim ZK der KPdSU.

Den Ton gab das Referat Ichio Asukatas an, der dem Zentralexekutivkomitee der SP Japans vorsteht. Er wies darauf hin, daß das Wettüben seinen Fortgang nimmt und daß die Gefahr eines Einsatzes von Kernwaffen im Rahmen der Strategie eines „begrenzten Krieges“ nicht nur in Europa, sondern auch im Fernen Osten anwächst, und rief zu gemeinsamen Bemühungen um gangbare Wege zur Verhütung eines nuklearen Zusammenstoßes auf. Ferner sprach er über die besondere Verantwortung des japanischen Volkes, dieses Massensopfers der Atomwaffen, und darüber, daß die in Japan und in der übrigen Welt anwachsende Bewegung gegen die Kernwaffen und den Krieg zweifellos eine Wirkung auf die Lösung der Schlüsselprobleme von Krieg und Frieden ausübt.

Mit besonderer Aufmerksamkeit wurde Jewgeni Tjashelnikow angehört. Die Konferenzteilnehmer äußerten ihre Hochschätzung für den zielbewußten Kampf der KPdSU um einen festeren Frieden und höhere Sicherheit in der ganzen Welt; ebenso für die Bedeutung der sowjetischen außenpolitischen Initiativen.

Die zweitägige Diskussion ergab eine einstimmig angenommene Erklärung. Als das höchste Ziel des Kampfes sind darin ein völliges Verbot der Kernwaffen und die Bildung kernwaffenfreier Zonen genannt. Die Teilnehmer haben gefordert, daß alle Kernmächte Erklärungen für die UNO-Resolution abgeben, in der die Staaten dazu aufgerufen werden, als erste keine Kernwaffen einzusetzen; ferner für ein völliges Verbot beliebiger Kernwaffentests. Die Konferenz hat zum möglichst baldigen Beginn der Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR über eine Einschränkung und Begrenzung der strategischen Waffen aufgerufen und die Hoffnung ausgesprochen, daß die zweite UNO-Sondertagung für Abrüstung erfolgreich sein wird.

J. TAWROWSKI
Eigenbericht

DER RISIKOGRAD

Das militärische Abenteuer des Tory-Kabinetts im Südatlantik wird nicht nur den britischen Steuerzahler teuer zu stehen kommen, sondern es kann auch die westlichen Bankiers viel Geld kosten.

Zugleich mit der Entsendung der Armada zu den Falkland-Inseln (Malwinen) fror das Tory-Kabinetts die argentinischen Guthaben bei britischen Banken ein. In London rechnete man sich aus, daß Argentiniens große Auslandsverschuldung bei westlichen Banken (32 Md. Dollar) das Land an den Rand des Bankrotts bringen und es zur Kapitulation zwingen würde. Doch diese Rechnung ging nicht auf. Und in der City schlug man Alarm.

Zusammen mit dem britischen Zerstörer Sheffield sank der Kurs des Pfund Sterling, für dessen Rettung die britische Staatskasse ca. 400 Mio Dollar bereitstellen mußte. Anfang Mai waren die Devisenreserven Großbritanniens auf dem niedrigsten Stand der vergangenen drei Jahre. Zudem hat Venezuela an die 2 Md. Dollar seiner Einlagen aus britischen Banken abgezogen. „Kaum ein Bankier kann vorhersagen, was geschehen wird, wenn sich die Falkland-Krise in die Länge zieht“, schrieb die „Financial Times“ in Panik — und tröstete sich damit, daß „US-Banken die Hauptlast der Probleme tragen“ müßten.

Keine leichte Last. Gegen Ende v. J. erreichte die Gesamtver-

schuldung der Länder Lateinamerikas an die Wallstreet über 112 Md. Dollar. Länder wie Chile und Bolivien gelten dort schon seit langem als wenig zuverlässige Schuldner. Die politische Zuspitzung in der westlichen Hemisphäre, nachdem das Weiße Haus seinen NATO-Verbündeten Nr. 1 offen unterstützte, birgt wirtschaftliche und finanzielle Komplikationen in sich. Könnten ja dem Beispiel Venezuelas andere Länder der Region folgen, die um ihre Einlagen nicht nur in der City bangen.

Kürzlich veröffentlichte in New York die „Gruppe der 30“, eine Vereinigung namhafter westlicher Geschäftsleute, einen Bericht über den Risikograd bei internationalen Bankoperationen. Der Zusammenbruch einer Großbank oder einer Bankengruppe, schlußfolgerten die Experten, kann eine Kettenreaktion von Bankrotten im Finanzsystem des Kapitalismus auslösen. Sie appellierten an die Regierungen des Westens, wachsam zu sein und insolventen Finanziers unverzüglich zu helfen.

Und all das, weil man in der Downing Street 10 das Risiko schlecht einschätzt.

F. GORJUNOW



US-„Militärberater“ in El Salvador

Zeichnung

MESELSONS EINWÄNDE

„Ich habe schwerwiegende Einwände gegen die von der jetzigen Administration erarbeiteten Pläne, insbesondere gegen das großangelegte Programm für die Entwicklung und Produktion einer neuen Generation chemischer Waffen...“

Eine solche Erklärung gab kürzlich Malthew Meselson, Biologieprofessor der Harvard-Universität, vor dem Bewilligungsausschuß des Senats ab. Dabei charakterisierte er

sich selbst unwar Berater schen Krieg Administration unter der je und ganz di gen und der nistration, da US-Streitkräfte tung auf der Waffen-Angr Aufmerksamk

SELBSTENTLARVUNG

„Als Außen- und Tourismusminister werde ich mich für die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen und die Entwicklung enger Handelsverbindungen zur RSA ebenso wie zu Taiwan einsetzen. Erst dann wird mein Volk ruhig schlafen können...“

Mit diesem außenpolitischen Programm geht Gaëtan Duval, Führer der Sozialdemokratischen Par-

tei von Mauritius, in die Parlamentswahlen Anfang Juni. Seine Plattform hat er in einem Interview für die RSA-Zeitung „Star“ (Johannesburg) dargelegt. Mauritius ist Mitglied der OAU, die bekanntlich entschieden das Rassistenregime in der RSA verurteilt und jegliche Kontakte zu ihm ablehnt.

Überraschend merkwürdige Vorstellungen von „seinem Volk“ muß dieser mauriti-

sche Politiker haben, wenn er ernstlich meint, „sein“ Volk träume nur davon, enge Beziehungen zu den Rassisten und dazu noch zum Regime auf Taiwan herzustellen.

Gaëtan Duval kam auf außenpolitische Dinge offenbar deshalb zu sprechen, weil er zu gern Außen- und Tourismusminister werden möchte. „Und mit weniger werde ich mich nicht abfinden“, tönte er ambitiös in dem Interview. Diesen Posten gedenkt er in einer Koalitionsregierung seiner Par-

tei mit der jetzt regierenden Labour Party unter dem derzeitigen Premierminister Seewoosagur Ramgoolam zu erhalten.

Doch lauf Duval brauchen die Mauritier nicht nur enge Verbindungen zu den RSA-Rassisten für ihren ruhigen Schlaf.

Auf die Frage des Korrespondenten, ob er eine Kampagne zu sozialen Fragen führen wolle — und gerade sie sind besonders akut in der Inselrepublik [so erfaßt die Arbeitslosigkeit ein Fünftel der erwerbsfähigen Bevölke-

rung] — zialdem ohne U Doch ich nograph phie und Filme wohnern dafür i gänglich Duval durchaus Selbstpo Ob er c ler auf wird!

DER OHRFEIGENFALL

Wie werden Agenten in schlechten Krimis angeworben? Es klopft an die Tür. Auf der Schwelle steht ein Unbekannter, offenbar ein Vertreter, der sich z. B. als „Herr Madler“ vorstellt. Nach zwei, drei Sätzen folgt die Frage, ob der Gesprächspartner sich nicht etwas hinzuverdienen möchte. Ein, zwei Denunziationen, und die Sache sei gelaufen.

Ein solcher „Herr Madler“ klopft bei Peter Jaszcyk, einem Werkzeugmacher bei Opel in Bochum (BRD) an. Zehn Jahre schon ist er Mitglied des Betriebsrates, der die Interessen der Arbeiter gegenüber der Konzernleitung verteidigt. Zudem ist Jaszcyk Kommunist, Vorstandsmitglied der DKP-Bezirksorganisation.

Jaszcyk wußte: Der BRD-Verfassungsschutz bespitzelt intensiv Gewerkschaftsfunktionäre. Doch

daß sich Agentenwerber an ihn, einen erprobten Kommunisten, wenden würden — das hatte er nicht erwartet.

Er beschloß, den Agenten zu entlarven. Zum Schein bat er um Bedenkzeit: „Herr Madler“ solle in zwei Wochen wiederkommen.

Beim zweiten Treffen fragte Jaszcyk direkt, wer und mit welcher Absicht ihn geschickt habe. Der Agent witterte Gefahr und stürzte zur Tür, doch im Korridor versperrten ihm fünf Freunde Jaszcyks, die er als Zeugen gerufen hatte, den Weg.

Bei dem Versuch, über den Balkon zu fliehen — die Wohnung befindet sich im Erdgeschoß — stürzte sich der Agent auf den Hausherrn und erhielt einige Ohrfeigen als Antwort. Aus „Herrn Madlers“ Taschen fielen ein Lotterieschein mit dessen richtigem Namen, Siegfried Köntgen, sowie eine vorgedruckte Verpflichtungserklärung für den Verfassungsschutz.

Man hätte denken können, daß sich die Verfassungsschutzbosse nun sang- und klanglos vom Pechvogel trennen würden. Doch das Bundesamt für Verfassungs-

schutz wollte offenbar selbst aus dem Mißgeschick seines Agenten noch Kapital herausschlagen. Köntgen wurde beauftragt, gegen Jaszcyk wegen angeblicher „schwerer Körperverletzung“ zu klagen. Der Verfassungsschutz bestand dabei darauf, daß der Fall „im öffentlichen Sicherheitsinteresse“ hinter verschlossenen Türen behandelt wurde.

„Die Absicht ist klar erkennbar: Peter Jaszcyk soll zum kommunistischen Gewalttäter und seine Partei, die DKP, zu einer zur Gewalt aufrufenden Organisation gestempelt werden“, schrieb die „Deutsche Volkszeitung“. Dadurch erklärt sich auch das Verhalten des Staatsanwalts, der eine fürwahr drakonische Strafe verlangte — zwei Jahre Gefängnis.

Schließlich wurde Jaszcyk zu einer Geldstrafe von 6000 DM verurteilt. Das Geld soll offenbar dazu dienen, die politische Bespitzelung in der BRD weiter zu verstärken.

K. KARAGESIAN
Eigenbericht

Bonn

Der Professor gehört also keineswegs zu jenen, die allein schon den Gedanken des Einsatzes chemischer Waffen für wahnsinnig halten.

Meselson ist davon überzeugt, daß Artilleriefeuer mit chemischen Geschossen weniger effektiv sei als mit gewöhnlichen Sprengladungen, „was die Verluste des Gegners angeht“, wenn jener mit den entsprechenden Schutzvorrichtungen ausgestattet ist.

Nach Berechnungen der „New York Times“ würden beim Einsatz chemischer Waffen im dichtbesiedelten Europa auf je einen getöteten Soldaten 20 tote Zivilisten kommen.

Mr. Meselson ist darüber beunruhigt, daß „kein NATO-Land den USA gestattet hat, auf seinem Territorium diese Munition zu lagern“. Die norwegische Regierung untersagte kürzlich die Lagerung solcher Waffen in ihrem Land. Ebenso verfuhr die Regierung Hollands, die überhaupt auf jeglichen Einsatz chemischer Waffen verzichtete.

Die US-Streitkräfte verfügen bereits jetzt über mehr als genug Spezialgeschosse zur Führung eines großangelegten chemischen Krieges in Europa im Laufe eines Monats. Ihre Zahl übersteigt deutlich das „Notwendige“ — ca. 200 000. Meselson ist sich der militärischen Qualitäten der vorhandenen chemischen Waffen sicher.

Warum aber soll man das Geld zum Fenster hinauswerfen, fragt der Harvard-Professor, wenn man es in die Entwicklung neuer Massenvernichtungswaffen stecken könnte?

W. SCHELEPIN

KINDER ALS KANONENFUTTER

Diese honduranischen Fallschirmjäger müssen mit einem zusätzlichen Gewicht abspringen: Ein gewöhnlicher Fallschirm ist für eine Person von wenigstens 50 kg bestimmt. Der jüngste Fallschirmjäger aber ist gerade erst 13. Als „Berater“ fungieren amerikanische „Green Berets“.

„An den Kampfhandlungen dürfen sie erst mit 15 teilnehmen“, erläutert ein Ausbilder. „Mit 18 aber werden aus ihnen erstklassige Soldaten“ — genauer gesagt erfahrene Terroristen, die unter Anleitung von US-Geheimdiensten „Strafoperationen“ gegen das benachbarte Nicaragua unternehmen.

G. SIDOROWA

Foto: Nachrichtenmagazin „Newsweek“ (USA)



STRATEGIE DER GLOBALAGGRESSION

Generalmajor Rair SIMONIAN
Doktor der Militärwissenschaften

In letzter Zeit schreibt die Welt-
presse viel über wichtige Verände-
rungen in der US-Militärdoktrin.
Der Pentagon-Chef Weinberger
nannte die neue Militärstrategie für
die 80er Jahre eine Strategie der
„direkten Konfrontation“ zwischen
den USA und der UdSSR auf globa-
ler und regionaler Ebene. Sie wider-
spiegelt die Meinung der heutigen
Administration über die „Notwen-
digkeit, die US-Interessen weit von
der amerikanischen Küste zu ver-
teidigen“, und sei auf die angeblich
wachsende „sowjetische militäri-
sche Bedrohung“ zurückzuführen.

Jede Militärdoktrin hat einen poli-
tischen und einen militärtechnischen
Aspekt. Der erste bezieht sich auf
die politischen Ziele und Aufgaben
eines Staates im Krieg, auf die
Haupttrichtung beim Aufbau der
Streitkräfte und die Vorbereitung
zum Krieg. Der zweite betrifft die
Mittel und Wege, die Kampfhand-
lungen zu führen, den militärischen
Aufbau, die technische Ausrüstung
der Streitkräfte und ihren Kriegsein-
satz zur Erreichung der gesetzten
politischen Ziele.

Die US-Militärdoktrin war und
bleibt in Wesen und Ausrichtung ag-
gressiv. Politisch liegt ihr der Welt-
herrschaftsdrang des US-Imperialis-
mus zugrunde. In dieser Hinsicht ist
sie ebenso unveränderlich wie die
Natur des Imperialismus selbst. Was
sich ändert, sind nur die Mittel und
Wege zur Erreichung der Ziele. Das
veranschaulichen die Strategien der
„massiven Vergeltung“, des „flexi-
blen Reagierens“, der „realen Ab-
schreckung“ und die heutige Strate-
gie der „direkten Konfrontation“.

Jede neue Strategie bedeutet im
Vergleich zur vorausgegangenen
hauptsächlich eine Verschärfung der
antisowjetischen, antisozialistischen
Ausrichtung und offenere Ansprüche
der USA darauf, jeder Region, je-
dem Staat die eigenen Zustände auf-
zuzwingen sowie mit allen — vor
allem militärischen — Mitteln die
revolutionären, Befreiungs- und an-
deren fortschrittlichen Bewegungen
niederzuhalten. Zur Begründung der
neuen Strategie sagte Weinberger
unumwunden: „Wir können es uns
nicht leisten, irgendein Gebiet zu
vernachlässigen, um ein anderes zu
festigen.“ Die US-Interessen seien
„von weltweitem Charakter, weshalb
die Militärpolitik des Landes im
globalen Kontext zu betrachten ist“.
So zieht die US-Administration den

eindeutigen Schluß: Die USA müßten
das stärkste Land der Welt werden,
und dies um jeden Preis.

Einen Aufschluß über diesen
„Preis“ geben die Militärausgaben:
Im Finanzjahr 1983 werden sie über
263 Md. Dollar betragen, und im
Jahrfünft bis 1986 wird sich die für
das Pentagon vorgesehene Summe
auf 1,6 Billionen Dollar belaufen und
sich faktisch gegenüber den voraus-
gegangenen fünf Jahren verdoppeln.
Die meisten Mittel plant Washington
der Hochrüstung, der Entwicklung
noch raffinierterer Waffen für
nukleare wie auch für konventio-
nelle Kriege verschiedener Ausdeh-
nung und Intensität zuzuführen.
Die Pentagon-Strategen rechnen
damit, in diesen Kriegen zu siegen
oder sie für die USA vorteilhaft zu
beenden.

Gemäß der in der Direktive Nr. 59
vorgesehenen Konzeption der „akti-
ven Gegenwirkung“ liegt der Akzent
nach wie vor auf dem vielfältigen
Kriegseinsatz der strategischen
Kräfte: von „begrenzten“ Kernwaf-
fenschlägen („begrenzter“ strategi-
scher Kernwaffenkrieg) bis zu ihrem
massiven Einsatz gegen den gesamt-
ten Komplex von Objekten auf
sowjetischem Boden (totaler Nu-
klearkrieg).

Unter den Zielen eines massiven
Kernwaffenschlages rangieren Ob-
jekte des Rüstungspotentials, der
politischen, staatlichen und militä-
rischen Führung, die wichtigsten Ob-
jekte der Schlüsselindustrien, des
Transports und des Nachrichtenwe-
sens sowie die großen Verwaltungs-
zentren der UdSSR.

Die Pentagon-Pläne eines „be-
grenzten“ Einsatzes der strategischen
Offensivkräfte schließen zahlreiche
Varianten von Kernwaffenschlägen
ein, bei denen einige wenige bis ei-
nige tausend Kernsprengmittel
zum Einsatz kommen sollen. Solche
Schläge sollen zuerst nur gegen im
voraus bestimmte Militärobjekte ge-
führt werden: Raketensilos, Flugzeu-
ge auf Flugplätzen, Führungsstellen,
große Truppengruppierungen, Depots
und andere wichtige Militärobjekte.

Das Hauptziel solcher Schläge
besteht darin, das nukleare
Kriegspotential der UdSSR zu
vernichten und ihr einen Antwort-
schlag gegen das US-Territorium
unmöglich zu machen oder seine
Stärke maximal zu schwächen. Zu
diesem Zweck wird in den USA ein
Potential an Kräften und Mitteln

geschaffen, die die obengenannten
„Punktziele“ treffen können. Gera-
de diesen Plänen dienen die Pro-
gramme zur Entwicklung präzisions-
gelenkter Kernwaffenträger: inter-
kontinentaler ballistischer MX-Ra-
keten, U-Boot-gestützter ballistischer
Trident-2-Raketen und strategischer
Marschflugkörper.

Somit erfanden die herrschenden
US-Kreise die Konzeption der „akti-
ven Gegenwirkung“, um das Spek-
trum der gegen die UdSSR geplanten
Kriege zu erweitern und die Schaf-
fung des Potentials zur Führung eines
„begrenzten“ Nuklearkrieges als
Ergänzung zum Potential des totalen
Nuklearkrieges theoretisch zu unter-
mauern. Der Militär-Industrie-Kom-
plex rechnet mit Milliarden Gewinnen
aus der Realisierung dieses Plans,
während das Pentagon die (illusori-
sche!) Hoffnung hegt, der UdSSR
gegenüber eine Übermacht an strate-
gischen Offensivkräften zu erlangen.

Außerdem wollen die militaristi-
schen Kreise die Wachsamkeit der
Völker der Welt einschläfern, ihnen
die Realität und Vertretbarkeit eines
„begrenzten“ Nuklearkrieges sug-
gerieren und jeden Widerstand ge-
gen das von den imperialistischen
Kräften betriebene hemmungslose
Wettrüsten und ihre Kriegsvorbereit-
ungen unterdrücken.

Das Pentagon versichert, der „be-
grenzte“ Einsatz der strategischen
Offensivkräfte erlaube es, die Ver-
luste der Zivilbevölkerung auf ein
Minimum zu reduzieren und die
allgemeine nukleare Vernichtung zu
vermeiden. Das ist Lüge. Selbst
Admiral Th. Moorer, ehemaliger
Vorsitzender des Komitees der Ver-
einigten Stabschefs der USA, sagte,
er könne sich einen Krieg nicht
vorstellen, der sich auf die Vernich-
tung bodengestützter Raketen be-
schränkt. In der Tat sind beliebige
Kernwaffenschläge gegen Militär-
objekte mit einer Massenvernichtung
der Zivilbevölkerung verbunden. Die
Pentagon-Experten selbst haben ja
errechnet, daß z. B. ein Kernwaf-
fenschlag gegen den Luftwaffen-
stützpunkt Whiteman (Missouri) den
Tod von 10,3 Millionen Personen
verursachen würde. Die Folgen eines
„begrenzten“ Nuklearkrieges können
noch verheerender sein, falls gegen
militärische Ziele massive Kernwaf-
fenschläge unter Einsatz von Hun-
derten, ja Tausenden mächtiger
Sprengköpfe geführt werden.

Auch die Behauptungen der An-
hänger eines „begrenzten“ Nuklear-

krieges, er lasse sich in vorgegebenen Grenzen halten und sogar „lenken“, sind haltlos. Der Einsatz strategischer Nuklearwaffen, und sei es in begrenzter Menge und gegen festgesetzte Ziele, birgt die reale Gefahr in sich, sich auszuweiten und in einen totalen Nuklearkrieg mit katastrophalen Folgen hinüberzuwachsen.

Kriege haben unerbittliche, harte Gesetze. Der Aggressor entfesselt einen Krieg, um sein Opfer in die Knie zu zwingen. Er weiß aber, daß er bei einer Niederlage auf das gleiche Los gefaßt sein muß. Deshalb wird heutzutage jeder kriegführende Staat, ob er Angreifer oder Verteidiger ist, alle ihm verfügbaren Mittel einsetzen. Die Konzeption der „aktiven Gegenwirkung“ bezweckt die Schaffung strategischer Kernstreitkräfte, die den USA die Möglichkeit gäben, einen zuvorkommenden Kernwaffenschlag zu führen und danach zu siegen. Das ist der Sinn dieser Konzeption. Sie dient keineswegs dazu, eine nukleare Sackgasse bzw. das „Gleichgewicht der Angst“ zu sichern, wie im Pentagon behauptet wird, sondern dazu, die USA zum überraschenden Erstschatz zu befähigen. Die Großmacht, die sich an das strategische Counter-Force-Prinzip hält, muß als erste den Schlag führen, denn sonst würden ihre Bomben nur leere Raketenstöcke treffen. Versuche, die Orientierung der US-Strategie auf den Erstschatz zu verhehlen, sind Heuchelei und Lüge.

Neben den Plänen eines „begrenzten“ Einsatzes der strategischen Offensivkräfte enthält die neue US-Militärstrategie die Zielsetzung der heutigen Administration, regionale Nuklearkriege, vor allem in Europa, zu führen. Präsident Reagan bestätigte das offiziell am 17. Oktober 1981.

Diese abenteuerlichen Absichten liegen dem Plan zugrunde, in Westeuropa eine qualitativ neue Komponente der Vereinten NATO-Streitkräfte — die „eurostrategischen Kräfte“ der USA — zu stationieren. Zusammen mit den Kernstreitkräften des Kriegsschauplatzes und den konventionellen Kräften werden sie, wie Weinberger sagte, eine neue Triade bilden, die unmittelbar dem Obersten Befehlshaber der NATO-Streitkräfte unterstellt ist.

Mit der Konzeption eines „begrenzten“ („eurostrategischen“) Nuklearkrieges, die Washington seinen NATO-Partnern aufgezungen hat, verfolgt es weitgesteckte Ziele.

Erstens hofft es, wenn auch grundlos, den Antwortschatz von den USA abzuwenden. In Westeuropa versteht man das und ist sich, wie der „Stern“ (BRD) schrieb, darüber klar, daß man in Washington die Kräfte der UdSSR in einem auf Europa beschränkten Atomkrieg dahinschmelzen sehen möchte. Daß ganz Europa im nuklearen Brand untergehen kann, kümmert die Urheber des Szenarios eines „eurostrategischen“

Krieges aus dem Pentagon herzlich wenig.

Zweitens planen die US-Strategen unter dem Vorwand, „nachzurüsten“ zu müssen, ein zusätzliches Potential an strategischen Offensivkräften der USA zu schaffen, die, in Westeuropa stationiert, auf die Warschauer Vertragsländer und die Innengebiete der UdSSR zielen. So wollen sie in der europäischen Region eine Überlegenheit über die UdSSR erlangen.

Drittens lassen die herrschenden US-Kreise eine grundsätzlich neue Generation von Raketenkernwaffen entwickeln, um das Arsenal des Erstschatzes beträchtlich durch Mittel zu erweitern, die sich stark von interkontinentalen ballistischen Raketen (ICBM) unterscheiden. Der Flug einer Pershing 2 zum Ziel würde nicht wie bei einer ICBM 25–30, sondern nur 5–6 Minuten dauern. Das könnte den Aggressor dazu verlocken, Pershing-2-Raketen überraschend einzusetzen, in der Hoffnung, das Territorium der anderen Seite zu erreichen, bevor diese ihre Raketen starten kann.

Versuche, die Stationierung neuer US-Raketen in Europa unter Berufung auf die notwendige Wiederherstellung des „Kräftegleichgewichts“ zu rechtfertigen, sind ein Betrug an der Weltöffentlichkeit, ebenso wie die Behauptungen, die Ergänzung des Kernwaffenpotentials der NATO durch qualitativ neue Waffen sei „erzwungen“ und eine „Antwort“ darauf, daß die UdSSR die überholten Systeme durch modernere Raketen ersetzt. Eine solche Ersetzung ist natürlich und wird auch in den NATO-Ländern regelmäßig vorgenommen.

Die Stationierung neuer amerikanischer Raketenkernwaffen in Europa zwecks Lösung der Aufgaben, für die früher die auf dem US-Territorium dislozierten strategischen Offensivkräfte bestimmt waren, würde die militärstrategische Situation auf dem Kontinent verändern und die gesamte Weltlage destabilisieren. Das wäre eine reale zusätzliche Bedrohung der UdSSR und ihrer Bündnispartner seitens der USA. Es wäre deshalb nur natürlich, wenn sich die UdSSR und ihre Bündnispartner gezwungen sehen, „Antwortmaßnahmen zu treffen, die die andere Seite in eine ähnliche Lage bringen würden, einschließlich auch unmittelbar der USA, ihres Territoriums“, sagte Leonid Breschnew unmißverständlich.

Die Strategie der „direkten Konfrontation“ orientiert die Streitkräfte — neben Nuklearkriegen — auch auf Kriege unter Einsatz des konventionellen Potentials. Hier laufen die Zielsetzungen der Reagan-Administration auf folgendes hinaus. Sollte der Krieg auf einem Kriegsschauplatz oder in einem kleineren Raum ausbrechen, so müssen die USA und ihre Bündnispartner dazu bereit sein, eine „geographische Eskalation“ in Gang zu setzen, d. h. die Kriegshandlungen unter Einsatz

konventioneller Mittel auf andere Kriegsschauplatze, wo der Gegner „am verwundbarsten“ ist, auszudehnen.

Als die Strategien des „flexiblen Reagierens“ und der „realen Abschreckung“ galten, befolgten die USA entsprechend die Konzeptionen von „zweieinhalb Kriegen“ bzw. „anderthalb Kriegen“. Die erste sah vor, daß die USA zusammen mit ihren Verbündeten zwei große Kriege (einen in Europa, gegen die UdSSR und die anderen Warschauer Vertragsländer, und einen in Asien, gegen China) und einen kleinen („halben“) Krieg, gegen jede nationale Bewegung, wo auch immer, führen. Da Peking von einem „wahrscheinlichen Gegner“ zu einem „potentiellen Bündnispartner“ avancierte, verschob Washington den Akzent auf die Konzeption von „anderthalb Kriegen“, auf der die US-Pläne bis Anfang der 80er Jahre beruhten: Zusammen mit den Bündnispartnern führen die USA einen großen Krieg in Europa und einen „halben“ in jedem anderen Raum, insbesondere in Asien oder der Karibik.

Die Reagan-Administration verwirft diese beiden Konzeptionen. Im Juli 1981 erklärte der US-Verteidigungsminister, der Begriff „anderthalb bzw. zweieinhalb Kriege“ sei nicht mehr angebracht: „Die USA müssen bereit sein, beliebige Kriege in jeder für uns lebenswichtigen Region zu führen.“ Das wäre für die USA „praktisch jeder Raum der Erde“. Anders gesagt, kann ein konventioneller Krieg, wie das Pentagon es sich vorstellt, nicht nur Europa, das nach wie vor als der wichtigste Kriegsschauplatz betrachtet wird, sondern auch den Nahen, Mittleren und Fernen Osten und alle Weltmeere erfassen. Deshalb lehnt die Reagan-Administration die Beschränkungen der „geographischen Eskalation“ ab und nimmt Kurs darauf, einen langen totalen Krieg gegen die UdSSR und ihre Bündnispartner auf mehreren Kriegsschauplatzen und in mehreren Regionen zugleich vorzubereiten. Seine praktische Verkörperung fand dieser Kurs im Programm der radikalen Modernisierung der Streitkräfte in den 80er Jahren. Seine Bestandteile sind: Erhöhung ihrer strategischen und taktischen Mobilität, der Gefechtsbereitschaft und Kampffähigkeit, Vorbereitung auf langwierige Kampfhandlungen, Aufstockung von Vorräten an Material, Erweiterung der Mobilisationskapazitäten der Rüstungsindustrie und des Landes als Ganzes.

Die Strategie der „direkten Konfrontation“ stützt sich voll und ganz auf die Konzeption vorgelagerter Stützpunkte. Der Generalstabschef des Heeres, General Meyer, sprach sich im Verteidigungsausschuß des Repräsentantenhauses direkt dafür aus, die militärische US-Präsenz in den wichtigsten Regionen der Welt zu erweitern: Das sei „notwendig, damit sich alle darüber klar sind, welche Position wir beziehen wer-

den, und wissen, daß wir sie durch Kraft zu halten bereit sind". Heute unterhalten die USA in 32 Staaten über 1500 Objekte und Stützpunkte, auf denen sich ständig über 500 000 Militärangehörige befinden.

Als Hilfe für die stets „vorgeschobenen“ Gruppierungen hat das Pentagon die „schnelle Eingreiftruppe“ aufgestellt. Gegenwärtig befindet sie sich in den USA und setzt sich aus interventionistischen Elitverbänden zusammen. Ihre Ist-Stärke wurde ursprünglich mit 100 000, dann mit 200 000 angegeben. Jetzt aber sollen bei einem Konflikt (z. B. im Nahen Osten oder den angrenzenden Regionen) 325 000 US-Soldaten dorthin verlegt werden. Allein in den ersten 16 Tagen des „Ausnahmestandes“ sollen 50 000 Mann gelandet werden. Ein Mitarbeiter des Institute for Policy Studies in Washington schrieb, daß die Eingreiftruppe „für die Invasion fremder Staaten und für deren Okkupation bei einer Änderung ihrer politischen Stellung bestimmt ist“. Sie könne auch benutzt werden, „um feindliche Mächte einzuschüchtern“.

* * *

All diese Tatsachen bezeugen: Die neue Militärdoktrin der USA widerspiegelt im Grunde die alten Ziele des US-Imperialismus: auf militärische Stärke, Hochrüstung und Militärabenteuer zu setzen, um die unerwünschte weltweite Entwicklung zu unterbinden oder wenigstens zu bremsen, die Geschicke der Völker zu bestimmen und der Welt den eigenen Willen zu diktieren. Aber diese aggressiven Pläne werden scheitern.

Unerfüllbar sind auch die Träume der US-Strategen, eine militärische Überlegenheit über die UdSSR und die gesamte sozialistische Gemeinschaft zu erlangen. Auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU sagte Leonid Breschnew: „Das entstandene militärstrategische Gleichgewicht zwischen der UdSSR und den USA, zwischen dem Warschauer Vertrag und der NATO dient objektiv der Erhaltung des Friedens auf unserem Planeten. Wir streben und streben keine militärische Überlegenheit über die andere Seite an. Das ist nicht unsere Politik. Freilich werden wir auch nicht zulassen, daß es zu einer solchen Überlegenheit über uns kommt. Solche Versuche sowie Gespräche mit uns von der Position der Stärke aus sind absolut aussichtslos!“

ZWICKMÜHLE TAIWAN

Viktor WASSILJEW

Die neuerliche scharfe Polemik zwischen Washington und Peking wegen der Absicht der USA, Taiwan eine Partie Ersatzteile für seine Luftwaffe zu verkaufen, hat beide in eine sehr heikle Lage gebracht. Sie sind gewissermaßen in einer Zwickmühle und können nicht hinaus.

Es sei daran erinnert, daß Peking sofort, nachdem die US-Regierung den Kongreß offiziell von ihrer Absicht unterrichtet hatte, Taiwan für 60 Mio Dollar Ersatzteile für Kampfflugzeuge zu liefern, mit einer Note des Außenministeriums reagierte. Darin hieß es, daß die chinesische Regierung „entschieden gegen diesen Akt protestiert, der die Souveränität Chinas verletzt“.

Die Peking Spitzpolitiker setzten ihr Ansehen aufs Spiel, als sie sich öffentlich zum Verkauf amerikanischer Waffen an Taiwan äußerten. So z. B. erklärte Deng Xiaoping, die Ausführung des geplanten Abschlusses wäre eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas, auf die es brüsk reagieren würde. Li Xiannian, stellvertretender Vorsitzender des ZK der KP Chinas und stellvertretender Premier des Staatsrats der VR China, hob, als er Chinas Hauptaufgaben im laufenden Jahr darlegte, hervor: „Wir werden niemals dulden, daß irgendwer die Souveränität unseres Landes verletzt, sich in unsere inneren Angelegenheiten einmischt und die Vereinigung unseres Landes verhindert.“

Peking erklärt, die amerikanisch-chinesischen Beziehungen hätten jetzt eine schwere Zeit, und es bestehe „eine reale Möglichkeit ihrer Verschlechterung“. Es klagt, Washington sei unnachgiebig und wolle das Problem um augenblicklicher Vorteile willen nicht von höherer Warte sehen.

Washington wiederum klagt, Peking sei kurzfristig. Es räumt ein, daß die entstandene Situation heikel ist. Zugleich aber wundert es sich über die Überempfindlichkeit Pekings. Die US-Presse erinnert daran, daß die früheren Geschäfte der USA mit Taiwan ansehnlicher gewesen sind. So hätten sie Taiwan 1980 Waffen, militärische Ausrüstungen und Ersatzteile für 847 Mio Dollar geliefert, und Peking habe es ziemlich gelassen hingenommen. Washington beruft sich ferner darauf, daß es

Peking bereits ausführliche Erläuterungen über die Lieferung der Partie Ersatzteile nach Taiwan gegeben habe. Unter anderem heiße es da, daß der Abschluß mit Taiwan vor den amerikanisch-chinesischen Verhandlungen über den Waffenverkauf an Taiwan getätigt wurde, die im vergangenen Dezember begannen und noch andauern.

Aber die Schroffheit Pekings ist, ebenso wie übrigens auch die Unnachgiebigkeit Washingtons, nicht schwer zu begreifen. Die Befreiung Taiwans wurde schon in den ersten Tagen nach dem Sieg der Volksrevolution in China zu einer höchst wichtigen Sache der KP Chinas und des chinesischen Volkes erklärt. Das entsprach dem Sinnen und Trachten des Volkes und den nationalen Interessen Chinas. Später aber machten Mao und seine Nachfolger am Staatsruder die Taiwan-Frage wiederholt zum Gegenstand politischer Ränke, was der US-Imperialismus weidlich ausnutzte. Ganz gleich, wer der Herr im Weißen Haus war, betrachtete Washington Taiwan immer als „eine China an die Brust gesetzte Pistole“, als ein gutes Mittel, Peking unter Druck zu setzen.

Nachdem die 7. US-Flotte zu Beginn des Koreakriegs zur Verteidigung Taiwans ausgerückt war und besonders nach Abschluß des „Sicherheitspaktes“ zwischen den USA und Taiwan im Dezember 1954 konnte Peking die Befreiung Taiwans gar nicht im Ernst zur Sprache bringen. Es setzte sie aber nicht von der Tagesordnung ab, mehr noch, im Herbst 1958 begann auf Maos Weisung ein Artilleriebeschuß der Küsteninseln Mazu und Jinmen, auf denen sich die Chang-Kaishi-Leute verschanzt hatten. Peking gab sich den Anschein, als handle es sich um eine große Invasion auf diese Inseln und sogar auf Taiwan. Es suchte den Eindruck zu erwecken, als tue es das nach Absprache mit der UdSSR, um einen Konflikt zwischen ihr und den USA auszulösen. In Wirklichkeit war die UdSSR nicht einmal von dem Beschluß in Kenntnis gesetzt worden, in der Taiwan-Straße Kampfhandlungen einzuleiten. Aber trotz der provokanten Politik Pekings nahm die UdSSR China in Schutz und tat alles, um den imperialistischen Kreisen, die sich Maos Abenteuerumtun zunutze

machen wollten, einen Dämpfer aufzusetzen.

Da schickten die USA eine Riesenslotte aus 50 Flugzeugträgern, Kreuzern und Zerstörern an die Küste Chinas. Die amerikanischen Admiräle drohten, China „hinwegzufegen“. Unter solchen Umständen warnte die UdSSR Washington, sie werde einen Überfall auf China als Überfall auf sich selbst ansehen und pflichtgetreu alles aufbieten, um gemeinsam mit Volkschina die Sicherheit beider Staaten und den Frieden im Fernen Osten, ja in der ganzen Welt zu wahren. Dank dieser energischen, grundsätzlichen Haltung der Sowjetunion konnte ein großer Waffenkonflikt verhütet werden.

Später stellte es sich heraus, daß Peking gar nicht beabsichtigt hatte, sich auf einen bewaffneten Kampf um Taiwan einzulassen. Dafür rechnete es darauf, die allgemeine politische Atmosphäre in der Welt verschlechtern und die UdSSR und die USA gegeneinander hetzen zu können. Damals verkündete Mao ja gerade seine Idee, daß ein neuer Weltkrieg annehmbar und sogar nützlich wäre. Außerdem glaubte er die Zuspitzung in der Taiwan-Straße benutzen zu können, Washington zu veranlassen, seine Einstellung zur Taiwan-Frage zu ändern und in einen Dialog mit Peking einzuwilligen.

Dann stand die Taiwan-Frage für Peking und Washington sehr ernst zu Anfang der 70er Jahre, als sich die amerikanisch-chinesischen Beziehungen anbahnten.

Damit, daß Peking Washington nähertrat, verfolgte es vielerlei Absichten: wirtschaftliche, politische und militärische. Nach dem Leitspruch Maos, daß ein Weltkrieg unvermeidlich sei, strengte sich Peking aus Leibeskräften an, einen sowjetisch-amerikanischen Dialog zu vereiteln und die internationale Entspannung zu hintertreiben. Sehr verlockend war ihm die Rolle des unbeteiligten Beobachters eines Zusammenstoßes der „beiden Supermächte“.

Von diesen globalen Kalkülen ausgehend, beschloß die chinesische Führung, die Taiwan-Frage zeitweilig beiseite zu legen. Das bestimmte Maos Verhalten bei der Zusammenkunft mit Präsident Nixon. Er machte den Erfolg der Verhandlungen nicht von einer Lösung dieser Frage abhängig. Umgekehrt, er erklärte, deren Lösung könne 100 Jahre warten. Sie sei „unwichtig. Wichtig ist die Frage der Weltlage... Taiwan ist unwichtig, wichtig ist die Welt.“

In die Sprache der Politik übersetzt, bedeutete das, die maoistische Führung sei bereit, um einer gegen

die UdSSR gerichteten Blockbildung mit den USA willen die nationalen Interessen Chinas zurückzustellen. Dem chinesischen Volk konnte sie das natürlich nicht offen sagen. Deshalb erklärte Peking öffentlich auch weiter, Taiwan sei „das Schlüsselproblem, das normalen Beziehungen zwischen China und den USA im Wege steht“; Peking sei „entschieden gegen beliebige Schritte zur Bildung ‚eines Chinas und eines Taiwans‘“ und sehe dieses als eine Provinz Chinas an, die „schon lange dem Heimatland zurückgegeben“ sei. Diese Worte setzten die Chinesen in das am 27. Februar 1972 von Zhou Enlai und Nixon unterzeichnete Schanghai-Kommuniqué ein. Washington wurde sich aber nach Gesprächen der amerikanischen Delegation mit Mao darüber klar, was von solchen Erklärungen zu halten ist, und steuerte ziemlich gelassen seinen Kurs auf eine Isolierung Taiwans von der VR China weiter.

In seinen Memoiren gibt der frühere US-Staatssekretär Kissinger zu, daß die Taiwan-Frage Washington beim Anbahnen einer Annäherung an Peking große Sorgen machte. Die Annäherung war als „Druckmittel gegen die UdSSR“ gedacht, und Taiwan blieb ein Stein des Anstoßes. Amerikanische China-Experten äußerten die Ansicht, man solle die Verbindungen mit Taiwan um besserer Beziehungen zur VR China willen aufgeben. Das wurde jedoch abgelehnt, weil man, wie Kissinger schrieb, der Meinung war, daß Peking auch ohne dieses Zugeständnis einen Anreiz zur Annäherung an die USA hätte, da es „ein Gegengewicht für die UdSSR“ suchte.

Davon ausgehend, daß Peking an Beziehungen zu den USA interessiert sei, gab sich Washington alle Mühe, seine Einstellung zur Taiwan-Frage so darzulegen, daß es Spielraum für weitere Manöver behielt. In dem Kommuniqué wurde gesagt: Die USA „sehen ein, daß alle Chinesen zu beiden Seiten der Taiwan-Straße der Auffassung sind, daß es nur ein China gibt und daß Taiwan ein Teil Chinas ist“. Weiter hieß es da, daß die USA „ihr Interesse an einer friedlichen Bereinigung der Taiwan-Frage durch die Chinesen selbst“ bestätigen.

Je weiter Peking mit dem Anschluß an den weltpolitischen Kurs Washingtons ging — einen Kurs, dem wie stets der Kampf gegen die Kräfte des Sozialismus, der nationalen Befreiung und des sozialen Fortschritts zugrunde liegt —, desto mehr neue Aspekte nahmen die amerikanisch-chinesischen Beziehungen an. Doch die Taiwan-Frage erschwerte diese Beziehungen sehr,

trotz der beiderseitigen Bemühungen, nicht das Augenmerk darauf zu lenken.

Der Beschluß, am 1. Januar 1979 diplomatische Beziehungen aufzunehmen, zu dem beide Seiten nach Eilverhandlungen in Washington und Peking gelangten, sah einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Taiwan und eine Annullierung des „Sicherheitsvertrags“ zwischen den USA und Taiwan vor. Bei diesem Schritt erklärte Washington, die USA und Taiwan würden auch weiterhin „auf nichtdiplomatischer Grundlage kommerzielle, kulturelle und andere Beziehungen“ unterhalten.

In einer Erklärung der chinesischen Regierung zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu den USA hieß es: „Die Taiwan-Frage war das größte Hindernis für die Normalisierung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen. Jetzt ist diese Frage zwischen der VR China und den USA bereinigt.“ Es hat sich aber gezeigt, daß diese Feststellung übereilt war.

Noch während der Verhandlungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen erklärten die amerikanischen Vertreter, die USA würden auch weiterhin Verteidigungswaffen nach Taiwan liefern. Wie Hua Guofeng, der damalige Vorsitzende des ZK der KP Chinas und Premier des Staatsrates der VR China, sagte, könne sich Peking „auf keinen Fall damit einverstanden erklären“, wovon sich Washington aber nicht aufhalten ließ.

Präsident Carter sagte in einem Interview auf die Frage nach einer eventuellen gewaltsamen Befreiung Taiwans, China habe „kein ausreichendes Potential“ für einen Angriff gegen Taiwan, das „gut befestigt und bewaffnet“ sei. Außerdem teilte er folgendes mit: „Wir haben der Volksrepublik angedeutet, daß wir nach diesem Jahr, wenn der Vertrag abläuft, Taiwan auch weiter Verteidigungswaffen verkaufen werden.“ Carter betonte ferner, Peking wisse, daß Washington für eine friedliche Beilegung der Differenzen zwischen der VR China und Taiwan sei, und ein Verstoß gegen diese Auffassung „würde eine Vernichtung sämtlicher Vorteile bedeuten“, die die VR China von den neuen Beziehungen zu den USA habe.

Faktisch bedeutete die Stellungnahme Washingtons, daß es die Rückkehr Taiwans in den Schoß Chinas auch weiter zu verhindern gedachte. Es ist ja klar, daß das Fortbestehen und die Festigung der wirtschaftlichen und anderen Verbindungen mit den USA und folglich auch mit anderen kapitalisti-

schen Staaten Taiwan eine Fortentwicklung auch außerhalb der VR China ermöglicht. Washingtons Erklärung über eine friedliche Bereinigung der Taiwan-Frage ist nichts weiter als eine Aufforderung an Peking, jeden Gedanken an eine Befreiung Taiwans aufzugeben. Ende Januar, Anfang Februar 1979 besuchte Deng Xiaoping die USA. Er spielte allem Anschein nach bei der Normalisierung der amerikanisch-chinesischen Beziehungen die führende Rolle. Es sei gesagt, daß die Normalisierung dieser Beziehungen an sich bei der Weltöffentlichkeit mit Befriedigung aufgenommen wurde. Wie Leonid Breschnev in einem Antwortschreiben an Jimmy Carter betonte, ist die Aufnahme normaler Beziehungen zwischen zwei souveränen Staaten etwas Natürliches. Die Sowjetunion sei stets gerade für solche Beziehungen zwischen allen Ländern eingetreten und tue es auch jetzt. Eine andere Frage sei es, auf was für einer Basis die Normalisierung vor sich gehe, was für Ziele sich die Partner setzen.

Dengs Besuch zeigte, daß der Normalisierung der amerikanisch-chinesischen Beziehungen auch der Antisowjetismus zugrunde gelegt war. Das ließ nichts Gutes erwarten. In der Tat führte es zu einer Steigerung der Streitbarkeit bei den aggressivsten Kreisen des amerikanischen Imperialismus, die darauf Kurs nahmen, das Wettrüsten aufzuschaukeln und es zu einer Konfrontation mit der sozialistischen Staatengemeinschaft zu bringen. Es führte zu einer Aktivierung des Peking-Hegemonismus: zum bewaffneten Überfall auf das sozialistische Vietnam, zum Aufputschen der Überbleibsel der Pol-Pot-Banden zu weiteren Überfällen auf Kampuchea und zum gemeinsamen Aufziehen des unerklärten Krieges gegen Afghanistan durch Washington und Peking. Die Annäherung zwischen China und den USA hatte jedoch noch eine negative Folge, u. zw. für Peking selbst. Es handelt sich um die Taiwan-Frage.

Washington, das die Aufrufe des chinesischen Gastes zur Bildung einer „internationalen Front“ gegen die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder als etwas Selbstverständliches nahm, wollte keineswegs die Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas aufgeben und ihm Taiwan zurückerstatten. Ein Gesetz über die neuen Beziehungen zu Taiwan wurde im Kongreß durchgebracht. Darin verpflichteten sich die USA, die Behörden Taiwans mit einer „ausreichenden Menge von Verteidigungswaffen“ zu beliefern und die Insel „verteidigungsfähig“ zu halten.

Als das Gesetz in Washington verabschiedet wurde, begnügte sich Peking mit ziemlich kleinlauten Protesten, die denen in Übersee beim einen Ohr hinein- und beim anderen wieder hinausgingen. Als aber Ende vorigen Jahres die Absicht der Regierung Reagan bekannt wurde, Ersatzteile für die Luftwaffe nach Taiwan zu liefern, brauste Peking auf und erklärte, daß „in den chinesisch-amerikanischen Beziehungen ein kritischer Augenblick eingetreten“ sei.

Dafür, so schroff zu reagieren, lagen verschiedene Gründe vor. Man darf ja nicht vergessen, daß die Rückkehr Taiwans in den Schoß Chinas tatsächlich eine ureigene Angelegenheit des chinesischen Milliardenvolks ist. Das ablehnende Verhalten der Behörden Taiwans zu Pekings neuen Initiativen vom Herbst v. J. hat nur bestätigt, daß die Rückkehr Taiwans keine realen Aussichten angenommen hat. Mehr noch, die fortdauernden amerikanischen Waffenlieferungen nach Taiwan rücken dieses Ziel in noch weitere Ferne. In China gärt es im Zusammenhang damit, daß die Annäherung an die USA weder den erwarteten raschen wirtschaftlichen Aufstieg noch die endgültige Lösung der Taiwan-Frage gebracht hat. Denkt man außerdem an die fortdauernden Machtkämpfe in der chinesischen Führung selbst, so erkennt man, warum Peking derart empfindlich auf den Plan reagiert hat, Ersatzteile für Taiwans Kampflugzeuge zu liefern.

Auch Deng, der die Hauptverantwortung für Pekings Kurs innerhalb des Landes und auf dem weltpolitischen Schauplatz trägt, mußte sich dem Protest anschließen. Die britische „Financial Times“ schrieb, die Härte Chinas erkläre sich u. a. damit, daß Deng, von dem die Initiative zu den engeren Verbindungen mit den USA ausgegangen war, ins Kreuzfeuer einer Kritik derjenigen Führungsmitglieder geriet, die nicht mit ihm einverstanden waren. Ohne jeden Zweifel mußte er in dieser heiklen Lage versuchen, seine Gegner in der Führung noch zu übertrumpfen.

Peking drohte ein niedrigeres Niveau der diplomatischen Vertretung an und behauptete, nicht China brauche die USA, sondern diese hätten China nötig. In der „Renmin ribao“ hieß es, falls der geplante amerikanische Abschluß mit Taiwan ausgeführt werde, würde das gegen das Prinzip der Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten verstoßen, was „die Aufrechterhaltung des Status quo unmöglich machen würde, ganz zu schweigen von einer Fortentwick-

lung“ der chinesisch-amerikanischen Beziehungen.

Zugleich erregt die Aussicht auf schlechtere Beziehungen zu den USA bei denen, die für Dengs Kurs sind, ernste Besorgnis. Sie möchten sowohl ihr „Gesicht wahren“ als auch den Bogen möglichst nicht überspannen. Deshalb bemüht sich Peking, Washington den Gedanken nahezulegen, daß die Auseinandersetzung wegen der Waffenlieferungen an Taiwan und die eventuellen Folgen sich nicht auf die wirtschaftlichen und politischen Verbindungen der VR China mit den USA auswirken dürften. Sie werde jedenfalls nicht die Einstellung „auf den Kampf gegen den Hegemonismus“ aufgeben, womit sie die UdSSR meint.

In den USA ist Pekings Verhalten zur Taiwan-Frage ziemlich umstritten, so daß Washington lavieren muß.

Die einen meinen, Peking habe seine Wirtschaftspläne so sehr auf die amerikanische Hilfe abgestellt und sei in den weltpolitischen „Parallelaktionen“ schon so weit gegangen, daß es nicht mehr zurück könne. China gewinne mehr als die USA bei den neuen Beziehungen, deshalb könne Washington — so der „Christian Science Monitor“ — „alles Mögliche an Taiwan verkaufen, ohne daß Peking etwas anderes tun könnte, als sich höchstens aufzuregen und zu protestieren“.

Andere sind der Ansicht, man müsse, um Peking im Hinblick auf die antisowjetische Ausrichtung seiner Politik bei der Stange zu halten, eine Kehrtwendung machen und Taiwan China zurückerstatten. Besondere Besorgnis äußern sie über den immer heftiger werdenden Kampf innerhalb der chinesischen Führung zwischen den Anhängern Dengs einerseits und den wenn auch geschwächten, so doch noch ziemlich einflußreichen Gruppierungen der durch die „Kulturrevolution“ Hochgekommenen, die nach wie vor Hua Guofeng Gefolgschaft leisten, und den hinter Marschall Jianying stehenden sogenannten Altgedienten andererseits. So werde, wie Senator Jackson meint, der Waffenverkauf an Taiwan große Unannehmlichkeiten für Washington nach sich ziehen. Eines Tages könne dieses erfahren, daß „in Peking ein neues Regime anstelle der mit uns befreundeten Regierung zur Macht gekommen ist und sich um eine Einigung mit Moskau bemüht“.

Washington scheint sich in der Tat Sorgen darüber zu machen, wie es ein Absinken der Beziehungen zu Peking verhüten und China als Juniorpartner in der Weltpolitik behalten könnte. Zugleich aber glaubt es, den „Hebel Taiwan“ nicht aus

SCHMUTZIGES SPIEL

Sergej GOLJAKOW

der Hand lassen zu dürfen, mit dessen Hilfe es Peking zu Aktionen gegen die UdSSR, die anderen sozialistischen Länder und die für nationale Befreiung und sozialen Fortschritt kämpfenden Völker veranlassen zu können glaubt. Deshalb orientiert man sich darauf, die Wiedervereinigung Taiwans mit China auch weiter zu verhindern. Daher die verschiedenen Versprechungen.

Allem Anschein nach hatte US-Vizepräsident Bush diese Weisungen mitbekommen, als er unlängst im Sonderauftrag des Präsidenten Peking besuchte. Er drang darauf, daß die chinesische Führung Washington verstehen müsse — es könne seine „alten Freunde doch nicht im Stich lassen“. Dabei führt Washington dasselbe Argument wie seinerzeit Mao und später Deng ins Treffen: Die Waffenverkäufe an Taiwan seien „unwichtig“, wichtig bleibe die „bilaterale und strategische Zusammenarbeit“.

Bush sagte rundheraus, Washington und Peking hätten „nicht nur gemeinsame Interessen, sondern auch eine gemeinsame Verantwortung“. Damit meinte er Gegenaktionen gegen die vielstrapazierte „hegemonistische Expansion“, eine Fortsetzung der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans und Kampuchas und das Einspannen Chinas bei den Versuchen der USA, sich in die Angelegenheiten Polens einzumischen.

Die US-Presse räumt ein, daß die Ergebnisse des Besuchs von Bush „dürftig“ sind. Peking hat nicht von seiner offiziellen Forderung Abstand genommen, die Waffenlieferungen nach Taiwan einzustellen, während Washington seine Absicht, sie fortzusetzen, nicht aufgegeben hat. Dennoch sind politische Kommentatoren der Auffassung, daß es höchstwahrscheinlich wieder zu einem Kompromiß kommen wird.

Wie aber die Praxis gezeigt hat, führen Kompromisse in grundsätzlichen Fragen zu nichts. Früher oder später machen sich die Gegensätze wieder bemerkbar.

Was nun die Einstellung der UdSSR zur Taiwan-Frage betrifft, so fußte sie immer grundsätzlich auf der Respektierung der nationalen Rechte des chinesischen Volkes. Daran hat sich selbst bei den kompliziertesten Wechselfällen in den sowjetisch-chinesischen Beziehungen nichts geändert. Leonid Breschnew sagte: „Wir haben nie die sogenannte Konzeption der zwei Chinas unterstützt und unterstützen sie in keiner Form. Die Souveränität der VRCh über die Insel Taiwan haben wir voll anerkannt und erkennen sie immer noch an.“

Jeder Schritt des sozialistischen Polen zur Normalisierung der Lage und Stabilisierung der Volkswirtschaft bringt seine Feinde in Rage. Das der US-Regierung gehörende Radio „Free Europe“ (RFE) schürt tagaus, tagein konterrevolutionäre Leidenschaften, provoziert politische Verbrecher und sendet Szenarios für neue Ausschreitungen.

Dabei versicherte die „New York Times“ durch ihren Münchener Korrespondenten, „Free Europe“ mische sich in die inneren Angelegenheiten Polens nicht ein. Das einzige, was die Mitarbeiter der polnischen RFE-Sektion zugeben: In der ersten Woche nach Verhängung des Ausnahmezustands in Polen begann der Sender mit einer Arbeit rund um die Uhr statt der üblichen 19stündigen.

Das bestätigt auch die „Washington Post“: Das RFE habe in der Tat seine Sendungen für Polen verlängert, später jedoch „wegen Mittelmangels und der Müdigkeit der Mitarbeiter den alten Zeitplan wieder eingeführt“.

In Washington hat dieser Schritt zurück eine Verwirrung ausgelöst. Außenminister Haig richtete an Präsident Reagan einen vertraulichen Brief, in dem er aufforderte, sofort „Sonderfonds für Sendungen bereitzustellen, um das versklavte Polen zu erreichen“. Die Schreiber des Briefes, Haig und Charles Wick, Direktor der internationalen Kommunikationsagentur, übrigens ein alter Freund des Präsidenten, verlangten mindestens 15—20 Mio Dollar für die Modernisierung der Studios in München und die Einstellung neuer Kräfte. Zugleich baten sie um weitere 280 Mio Dollar zum Ausbau von Stationen für „Liberty“ und „Free Europe“ sowie für „Stimme Amerikas“.

Die Zeitung schloß mit den Worten, daß „der Nutzen von diesen Beträgen, die nur einen kleinen Teil des Preises eines amerikanischen B-1-Bombers ausmachen, nicht geringer sein könnte als von sämtlichen B-1-Bombern“.

Der Gedanke ist nicht so ohne. Er veranlaßt zumindest zu zwei Fragen. Wenn „Free Europe“ sich nicht in die polnischen Angelegenheiten einmischt, warum benötigt es gerade jetzt die Dollarhilfe, die auf so hoher Ebene angefordert wird? Und: Wenn dieser Sender mehr Nutzen bringen kann als alle Bomber der USA, womit befleißt er sich und welcher Nutzen ist es?

In allen amtlichen Berichten des sogenannten Board for International Broadcasting, eines Organs, das die Münchener Rundfunkzentrale formal verwaltet, wird stets betont: „Liberty“ und „Free Europe“ wirken in einem Geist, der nicht mit den weit aufgefaßten außenpolitischen Aufgaben der USA unvereinbar sein darf.“ Zu diesen Aufgaben gehört jedoch, wie man weiß,

keineswegs die Festigung der sozialistischen Länder und die Vervollkommen der sozialistischen Zustände. Die Klasseninteressen des US-Imperialismus liegen ganz woanders. Es geht ihm darum, den Sozialismus unter Einsatz beliebiger Mittel als Weltsystem abzubauen. Da keine Möglichkeit besteht, zum Sturz der sozialistischen Ordnung in Polen Bombergeschwader und sonstige höchst moderne Militärtechnik einzusetzen, soll die Waffe der psychologischen Kriegführung ihre Zerstörungskraft ersetzen. Seit seinem ersten Tag war und bleibt „Free Europe“ in diesem Rüstzeug ein schweres Kaliber. Die Versuche der „New York Times“, den Sender in dieser Hinsicht zu maskieren, bestätigen nur diese Wahrheit. Sonst hätten sie ja zugeben müssen, daß sie in den internationalen Angelegenheiten skrupellos die Rechtsordnung und Gesetzlichkeit, zu denen sich Washington so gern öffentlich bekennt, mit den Füßen treten.

Die grobe Einmischung von „Free Europe“ und folglich auch der US-Regierung in die inneren Angelegenheiten des sozialistischen Polen begann nicht erst gestern. Schon zu Anfang der 70er Jahre wurden bei den Lesungen im Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten nicht wenig Beispiele dafür genannt. Als besondere Errungenschaften wurde u. a. hervorgehoben, daß „Free Europe“ als erstes Massenmedium über die Unruhen sozialer Elemente in Gdansk im Dezember 1970 berichtete. Das Geheimnis einer so operativen Arbeit ist einfach. Der Sender informierte nicht nur über die Unruhen, er hatte sie selber in Gang gesetzt. Wie die US-Presse damals schrieb, waren die Hetzsendungen von „Free Europe“ „zweifelloso dazu bestimmt, die regierungsfeindlichen Aktivitäten von Gdansk auf andere Gegenden auszuweiten und später eine Ablösung der Führung in Warschau zu erreichen“.

Das Fiasko dieses Unterfangens hat den Sender nicht von seinem Ziel abgebracht. M. Lach, ein ehemaliger langjähriger Mitarbeiter von „Free Europe“, erzählte vor kurzem den polnischen Fernsehzuschauern, wie es weiterging. „Free Europe“ hob die antisozialistische Organisation KSS-KOR, die zum Kernstück von „Solidarność“ werden sollte, aus der Wiege. CIA-Residenten in Warschau deichselten 1976 das erste Treffen E. Lipińskis, eines Ideologen der Konterrevolution, mit dem Leiter der polnischen Sektion von „Free Europe“ J. Nowak. Beide waren der Meinung, daß die Lage in Polen die Schaffung einer Opposition begünstige, und besprachen auch organisatorische Fragen. Dann reiste A. Michnik nach dem Westen. In Paris kam er mit einem Mitarbeiter des Senders zusammen und schlug vor, in Polen ein „Komitee für den Arbeiterschutz“ (KOR) zu gründen.

Im Dezember desselben Jahres verhandelte Michnik in Rom mit D. Morawski, einem Agenten des Senders, über abzustimmende Informationskanäle und Spendensammlungen. Es wurde ferner eine Liste von Personen aufgestellt, die an illegaler Arbeit teilnehmen. Zu den Informanten von „Free Europe“, die aus Polen nach München kamen, rechneten B. Lis, B. Toruńczyk, M. Chojceki und andere „Solidarność“-Extremisten und KSS-KOR-Führer.

Für die oppositionellen Gruppierungen und antisozialistischen Organisationen wurde der Sender zu einer Zentrale, dort landeten Informationen, die nicht nur für Sendungen bestimmt waren, dort erhielt man den Segen des US-Spionagedienstes und Weisungen betreffs Wühlaktionen.

Maßnahmen, die die polnischen Behörden am 13. Dezember 1981 trafen, brachten die Pläne der polnischen Konterrevolution und ihrer Hintermänner durcheinander. Die Entwicklung in Polen überraschte die Reagan-Regierung. Schon wenige Tage nach Verhängung des Ausnahmezustands sprach man in Washington von einem „kollektiven Fiasko“. Zu den Sündenböcken wurde auch „Free Europe“ gerechnet. Der Sender unterschätzte in seinen Spionageberichten nach Washington offenbar die Entschlossenheit der Polen, selbständig Ordnung in ihrem Heim zu schaffen. Diesen Fehler mußte ein gewisser Graf Michalowski, Leiter der polnischen RFE-Sektion, büßen. Mit seiner Karriere war es aus. Seinen Posten bekam Z. Najder, ein alter CIA-Agent, der auch für die britischen Geheimdienste keine unbekannte Größe ist. Wie die „Trybuna Ludu“ schrieb, war Najder 1959—1981 wiederholt von verschiedenen amerikanischen und britischen Universitäten eingeladen. Aber seine eigentliche Praxis absolvierte er in der von der CIA in Paris herausgegebenen Emigrantenzeitschrift „Kultura“, die nach Polen eingeschleust wurde.

Der britische Journalist René McCall, der die Redaktion einmal besuchte, staunte nicht wenig über die dortigen Zustände: Wachhunde hinter der Eingangstür, ein Verhör gleich beim Pförtner und eine sorgfältige Überprüfung von Personalien; Fragen: „Wie haben Sie von uns erfahren?“, „Warum haben Sie sich nicht angemeldet?“. In dieser Höhle also machte Najder seine Universitäten durch und hoffte insgeheim, mit der Zeit zum Chefredakteur von „Kultura“ aufzurücken. Aber seine Brotgeber entschieden anders. Wie die „Trybuna Ludu“ schreibt, hatte die CIA offenbar gewichtige Gründe, zum Chef der polnischen RFE-Sektion einen Mann zu machen, der lange Zeit „im Feindesland“, lies: in Polen, gewirkt hatte. Der Sender war ja immer bestrebt, sich als Stimme „polnischer Patrioten“ auszugeben. Neben Najder spielen sich jetzt auch die ehemaligen „Solidarność“-Führer, die nach dem 13. Dezember nach Westeuropa übergewechselt sind, ebenfalls als solche „Patrioten“ auf. Selbstverständlich läßt der Sender keine ihrer Erklärungen unbeachtet. Es gehört zu seinen altbewährten Methoden, ein X für ein U vorzumachen.

In amtlichen Publikationen von „Free Europe“ wurde wiederholt betont, es schlage keine endgültigen Lösungen, keine fertigen Rezepte vor. Das ist eine glatte Lüge. Denn Rezepte und Weisungen werden sehr wohl gegeben, aber im Unterschied zu alten Zeiten befiehlt man sich jetzt einer Taktik, sich auf Zwischenfälle zu berufen, die angeblich stattgefunden haben.

Wenn z. B. ein neues Flugblatt mit Weisungen für die Pogromhelden gesendet werden soll, wird so getan, als wären solche Flugblätter schon lange in Umlauf und als wolle „Free Europe“ nur eines, von einem Wohlmeinenden der Redaktion zugesandt, als Beispiel vorlesen.

Der Sender teilt mit, daß in Gdańsk eine „zweite“ polnische „Solidarność“-Kommission wirke, deren Ziel vor allem darin besteht, in den Betrieben Untergrundgewerkschaften, ferner Spendensammlungen für die „gewerkschaftliche Tätigkeit“ aufzuziehen, Kontakte zu Internierten herzustellen, im Lande antisozialistische Schriften zu verbreiten sowie Sabotage und Diversionen zu treiben. Der Sinn einer solchen Information besteht darin, die Konterrevolutionäre zu ermuntern und sie anzufeuern: „Macht es denen in Gdańsk nach.“

Um solchen Materialien einen authentischen Anstrich zu geben, beruft man sich auf einen Namen, z. B. auf Kuroń. Wiederholt sandte „Free Europe“ seine persönlichen „Aufrufe an die Landsleute“, obwohl man aus ihnen den CIA-Akzent ohne weiteres heraushörte.

Selbstverständlich schließen all diese Umgehungsmanöver auch Frontalangriffe nicht aus. Propagandistische Unverfrorenheit ist immer dabei, wenn ein Schlag gegen die PVAP geführt, wenn die Autorität der Partei- und Staatsführung der VR Polen untergraben werden soll. Da ist der Sender in der Wahl nicht gerade wählerisch und schreckt auch nicht vor dem Slang notorischer politischer Banditen zurück.

19 Stunden Sendezeit am Tag genügen vollauf, um die Intelligenz, die Jugend, Gläubige, Bauern, Arbeiter und Angestellte anzusprechen. Der Sender übergeht niemanden und sucht nach einem Schlüssel zu jeder sozialen Gruppe. Differenziertes Herangehen an die Hörschicht ist eiserne Regel. Die zahlreichen Grünschnäbel unter den Teilnehmern der Unruhen vom Mai in Polen sind eine direkte Folge des Umstands, daß „Free Europe“ jetzt besonders die heranwachsende Generation einer massiven Bearbeitung unterzieht.

Auf einer vor kurzem abgehaltenen Sitzung des Politbüros des ZK der PVAP hieß es, daß die Straßennunruhen von Anfang Mai durch Zentralen, die dem sozialistischen Polen feindselig gegenüberstehen, provoziert wurden und sich gegen die Lebensinteressen des polnischen Volkes, gegen die Stabilisierung und öffentliche Ruhe richteten. Wie sehr man sich im Westen auch müht, diese Aktivitäten als „Unzufriedenheit der Polen“ hinzustellen, verraten sie unverkennbar das Etikett: „Alle Urheberrechte bei ‚Free Europe‘“.

BRITISCHE KOMPONENTE DER NULL-OPTION

London unterstützt aktiv die „Null-Lösung“ des US-Präsidenten Reagan, schweigt sich jedoch über die britischen „unabhängigen nuklearen Eindämmungskräfte“ aus. Dabei ist ihr Anteil an den gesamten Kernstreitkräften durchaus relevant.

Gegenwärtig hat Großbritannien seinem Polaris-System 64 Raketen. Je davon hat drei Kernsprengköpfe von rd. 200 kt, was das 16fache der von den Amerikanern auf Hiroshima abgeworfenen Bombe ausmacht. Somit sind britische Kernsprengköpfe gegen die UdSSR gerichtet.

Die von den Tories beschlossene Modernisierung der Kernstreitkräfte schließt nach Ansicht einiger Experten eine qualitativ neue Situation. Bei der Erneuerung der Polaris durch das amerikanische Trident-System wird jedes der neuen U-Boote mit 12 Raketen (nach anderen Angaben mit 14 und sogar 16) ausgerüstet; jede Rakete hat zumindest 8 Sprengköpfe von je 300—350 kt. In den 90er Jahren werden die Engländer

Die nuklearen Raketenstreitkräfte Frankreichs sind nicht in die NATO integriert. Andererseits nahmen die früheren und die jetzige Regierung des Landes in militärpolitischen Fragen der Gesamtlinie der NATO-Staaten vorwiegend ähnlich gelagerte Haltungen ein. Auf alle Fälle blickten die französischen Waffenbesitzer der Nuklearkonfrontation auf dem europäischen Kontinent wie die britischen oder amerikanischen in die gleiche Richtung. Kennzeichnendweise führt der britische „Economist“ in einer Tabelle der nuklearen Fähigkeiten die französischen und die britischen nuklearen Raketenstreitkräfte in der Rubrik „NATO“.

Wie sieht das französische Potential aus?

Es besteht aus 18 landgestützten S 2 und S 3 Raketen und aus 5 Atom-U-Booten mit 80 M 20-Raketen von Megatonnenleistung sowie aus 46 Mirage IVA. Damit besitzt Frankreich bereits jetzt 144 Beförderungseinheiten: 98 Raketen und 46 Bomber.

Nach Angaben von Sprechern des Verteidigungsministeriums soll in nächster Zukunft neue französische strategische Systeme hergestellt

WAS WIRD AUSGEKLAMMERT?

Am 20. Mai wurden in Genf die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über die Begrenzung der Kernwaffen in Europa wiederaufgenommen. Die „Null-Option“ der USA sieht bekanntlich wie folgt aus: Die UdSSR müsse all ihre Mittelstreckenraketen vernichten, d. h. abrüsten, und zwar als Gegenleistung für das Versprechen der USA, in Westeuropa keine Pershing 2 und Cruise Missiles zu stationieren. Die NATO wird auch die auf die UdSSR gezielten amerikanischen Forward-Based-Missiles beibehalten.

Überdies bleibt dem Westen das britische und das französische Kernwaffenpotential, das die NATO-Strategen eifrig „übersehen“ und das sie ausklammern möchten, voll erhalten. Unsere Leser fragen, wie die Kernstreitkräfte dieser beiden Länder aussehen. Nachstehend unsere Antwort darauf.

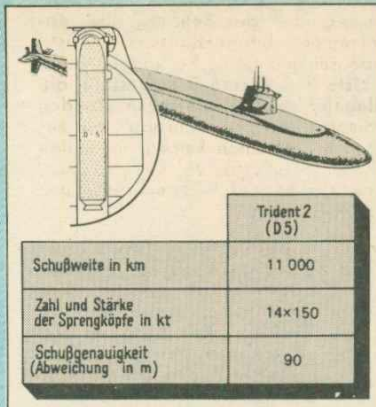
so über 384 Sprengköpfe von einer Zerstörungskraft verfügen, die etwa einmal so hoch wie heute (Polaris-System) und etwa 10 000mal so hoch wie die Hiroshima-Bombe ist.

10 000 Hiroshimas aus der nuklearen Bilanz auszuklammern ist nicht so einfach. Die „New York Daily News“ schrieb: „Die Pläne Großbritanniens, von den USA Trident-2-Raketen zu kaufen, werden ihm ein nukleares Potential geben, das die UdSSR auslöschen kann.“

Hinzuzufügen wäre, daß die britische

Regierung den sowjetischen Vorschlag an die KSZE-Staaten, einen Vertrag über die Nichtanwendung sowohl der nuklearen als auch der konventionellen Waffen für den Erstschatz gegeneinander zu schließen, mehr als kühl aufnahm.

Das Stockholmer Institut für Internationale Friedensforschung führt dazu aus: Angenommen, zusätzlich zu den sowjetischen Raketen seien auf die US-Städte auch nukleare Raketen etwa aus Südamerika gezielt. Niemand würde sich wundern, wenn Washington



auch diese Raketen in Rechnung zöge. Durchaus logisch.

Trotzdem redet der britische Verteidigungsminister John Nott immer wieder davon, daß das Trident-System die beste Variante der nuklearen Eindämmungskräfte für das 21. Jahrhundert sei. Zugleich erklärt er: „Ausgewogene und kontrollierte Abrüstung ist der Weg zu einer Welt in Sicherheit.“

Aber wie wollen die britischen Tories ihre Abrüstungsfloskeln mit dem Streben vereinbaren, die eigenen nuklearen Vorräte unangetastet zu lassen?

W. LARIN

DIE FRANZÖSISCHE KOMPONENTE

werden, die eine „dem technologischen Stand der USA und der UdSSR entsprechende nukleare Schlagkraft“ schaffen werden. Eine wichtige Etappe der Modernisierung der Kernstreitkräfte wird die Umrüstung aller Raketen mit Sieben-Sprengköpfen bis Mitte der 80er Jahre.

Wenn der Westen heute von Verhandlungen über Mittelstreckenraketen spricht, werden die französischen

Mit Nuklearraketen bestückte französische „Mirage“.

Foto aus: „Der Spiegel“ (BRD)



Kernwaffen bislang sorgfältig umgangen. Dieses Potential aber ist keineswegs so harmlos, wie das manche westliche Strategen hinstellen wollen.

Der französische Verteidigungsminister Hernu erklärte im Institut für Landesverteidigungsstudien offen, die französischen Kernstreitkräfte seien gegenüber den Kernwaffenarsenalen der UdSSR und der USA gering, ihre Zerstörungskraft jedoch beeindruckend. Der bekannte französische Journalist und Militärexperte Paul-Marie de La Gorce bemerkte, die UdSSR könne bei einer Aufrechnung der Kräftebalance die französischen und britischen Systeme nicht außer acht lassen.

Sowjetische Experten verweisen tatsächlich darauf, daß das Kernpotential des Westens 270 französische und britische Mittelstreckenraketen und -flugzeuge einschließt. Eine Analyse des nuklearen Gleichgewichts wäre unausgewogen, wollte man diese Waffen unbeachtet lassen.

W. WJASOW

SCHAUFENSTER SINGAPUR

Igor BULAI

Daß die kapitalistische Gesellschaft nach dem Motto „Ohne Reklame keine Prosperität“ lebt, ist bekannt. Kunstvoll geschmückte Schaufenster ziehen an, locken, drängen sich auf. Aber Reklame beschränkt sich nicht auf den Handel.

In der Politik der heutigen Washingtoner Administration zeigt sich immer offener der Wunsch, anderen Völkern die „amerikanische Lebensweise“ aufzudrängen. Die Schaufenster des Kapitalismus in der Entwicklungswelt sind für Washington ein Mittel, seine dortigen Positionen zu verstärken. Den jungen freien Staaten werden die Ideen des unbeschränkten Privatunternehmertums aufgezwungen, damit transnationale Konzerne sie leichter ausbeuten und diese Völker darüber hinaus in die imperialistische Politik einbezogen werden können. Schon während seiner Wahlkampagne betonte Reagan die Notwendigkeit, den US-Einfluß auf die Entwicklungsländer zu verstärken, und warf den bürgerlichen Massenmedien vor, nicht energisch genug die Erfahrungen Singapurs bei der Lösung sozialökonomischer Probleme und bei der Anwendung der kapitalistischen Methoden in einem Land der dritten Welt zu propagieren.

Das wurde sofort von den westlichen Periodika aufgegriffen: Das Singapur-Modell sei das Rezept, eine früher rückständige Kolonie zu einem modernen Industriestaat zu entwickeln.

Der US-Politologe W. Rostow erklärt sogar, Singapur stehe „an der Schwelle dessen, was Wirtschaft der ersten Welt genannt werden kann“, wie er auf chinesische Weise die kapitalistische Welt bezeichnet.

Doch müssen die westlichen Propagandamacher dem Umstand Rechnung tragen, daß der Kapitalismus mit all seinen Lasten und Mängeln die Völker der Entwicklungsländer immer weniger anzieht. Deshalb wiederholen die westlichen Massenmedien immer wieder, das Singapur-Modell sei nicht nur der universelle Entwicklungsweg für die jungen Staaten, sondern auch ein Weg, der zur Aufhebung der Klassenantagonismen führe. So schreibt die US-Zeitschrift „Time“ zu den heutigen Beziehungen zwischen der Regierung und den Gewerkschaften Singapurs, die Konfrontation der Klassen, die diese Beziehungen früher prägte, sei „verschwunden oder nahe daran“.

Was steckt nun in Wahrheit hinter all dieser Reklame? Was zeichnet die sozialökonomische Entwicklung Singapurs aus?

Im letzten Jahrzehnt hatte dieser Staat ein jahresdurchschnittliches Wirtschaftswachstum von 9,5%. Der Inselstaat mit einer Bevölkerung von 2,4 Millionen, der keine eigenen Naturreichtümer besitzt, hat dem Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt nach die meisten Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas überholt. Die Arbeitslosigkeit in Singapur macht weniger als 4% und damit weit weniger als in den anderen Staaten Asiens aus. Dabei hat Singapur ein höheres Bildungsniveau.

Ohne den Fleiß der Singapur Arbeiter in Abrede zu stellen, muß man doch hervorheben, daß die beschleunigte Entwicklung des Landes in den 70er Jahren auch durch andere Faktoren bedingt war, u. a. durch Investitionen, die sich aus den kapitalistischen Industriestaaten (USA, Großbritannien, Japan, BRD) ergossen. Innerhalb des Landes bestehen günstige Bedingungen für ausländisches Kapital: relativ billige Arbeitskräfte sowie Steuergesetze, die ausländischen Investoren entgegenkommen.

Singapur liegt an einem Schnittpunkt wichtiger See- und Luftstraßen und hat eine entwickelte Infrastruktur. Sein Hafen z. B. ist dem Umfang des Güterumschlags nach an den zweiten Platz in der kapitalistischen Welt (nach Rotterdam) gerückt. Die US-kontrollierten transnationalen Konzerne haben Singapur zu einem Mittelpunkt ihrer Industrie- und Finanztätigkeit in einem ausgedehnten Raum Asiens und des Pazifik gemacht. Die dortigen US-Investitionen betragen über 3 Md. Dollar. In Singapur haben über 500 Vertretungen und Betriebe von US-Firmen ihren Sitz. Besonders hoch ist das US-Kapital an der Erdölverarbeitung und der Elektronik beteiligt.

Singapur ist ein wichtiges regionales Finanzzentrum. Auf Empfehlung der kalifornischen Bank of America erlaubte seine Regierung 1968 den eigenen Banken, Einlagen in fremder Währung anzunehmen. Das war der Anfang des Marktes des „Asien-Dollars“. Die Guthaben der Singapur Bank betragen rd. 65 Md. US-Dollar. Die Entstehung des Devisenmarktes verwandelt Singapur in ein „Zürich des Ostens“ und erleichtert dem US-Kapital die



Kontraste des heutigen Singapur

Foto: ADN/TASS

Unternehmer- und Finanztätigkeit. Der industrielle Boom der 70er Jahre fand seinen Niederschlag im Massenexport von Erzeugnissen der Leichtindustrie, von Spielzeug und Unterhaltungselektronik aus Singapur.

Aber gegen das Ende des Jahrzehnts begannen die wirtschaftlichen Wachstumsraten zu sinken. Die fast gänzlich exportorientierte Industrie bekam es mit den Folgen der Erdölkrise sowie der Rezession in den kapitalistischen Industrieländern zu tun. Der Export unterlag immer mehr dem Protektionismus des Westens. Zudem stieß er auf die zunehmende Konkurrenz der Entwicklungsländer, die über zahlreiche und noch billigere Arbeitskräfte verfügen.

Überlebensmaßnahmen taten not. Seit 1979 orientiert die Regierung die Wirtschaft von arbeits- auf kapitalaufwendige Zweige um. Gefördert wird die Entwicklung von Branchen, die einen hohen technologischen Stand erfordern: die Elektronik, die Produktion von optischen und medizinischen Geräten, von Erdölbohrergeräten, Komponenten des Automobil- und des Flugzeugbaus, die Pharmaindustrie. Nach wie vor wird dabei auf ausländisches Kapital gesetzt, dem neue Privilegien gesichert werden. Als Ergebnis machten 1981 die ausländischen Investitionen 86% aller Investitionen aus.

Die US-Gesellschaften benutzen Singapur als Sprungbrett für eine großangelegte Unterwanderung der Märkte der dritten Welt. Ebenso wie den anderen „neuen sich industrialisierenden Staaten“ ist ihm die Rolle eines Vermittlers zugedacht, der die Polarisierung zwischen dem Westen

und der Entwicklungswelt in Fragen einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung abschwächen soll.

Die USA beziehen Singapur auch in ihre aggressive Politik ein. Sie wollen es zu einem Transitpunkt für US-Flugzeuge machen, die vom Pazifik zum Indik fliegen. Singapur wird von Schiffen der 7. US-Flotte angefahren. Immer mehr wird es zum regionalen Zentrum für die Produktion neuester Militärtechnik und für ihre Verbreitung in Südostasien. Laut Pressemeldungen wird dort ausrangierte US-Militärtechnik generalüberholt, darunter Skyhawk-Flugzeuge, die dann an andere Länder verkauft werden. Die Presse erwähnte ein CIA-Dokument, enthaltend eine Prognose über die wachsende Rolle Singapurs als Waffenlieferant der Länder Südasiens. Die Nachbarländer sollen von der Belieferung mit Ersatzteilen und Munition abhängig und demnach gefügiger gemacht werden. Begreiflicherweise paßt ein solches Entwicklungsmodell für Singapur sowohl dem Pentagon als auch den transnationalen Konzernen.

Welchen Preis hat aber besagtes Modell unmittelbar für die Bevölkerung des Inselstaates? Die US-Zeitschrift „Fortune“ verweist darauf, daß sich die Einkünfte seiner Einwohner in den letzten 10 Jahren verdoppelt haben und daß die Stadt die größte Zahl von Mercedes-Wagen pro Kopf der Bevölkerung in Asien hat. Selten wird jedoch in der westlichen Presse erwähnt, daß z. B. allein 1981 die Nahrungsmittelpreise um mehr als 15% und die Mieten um 38% stiegen. Wie eine vom Genfer Ausschuß für internationales Geschäftsleben 1982 angestellte Studie ergibt, steht Singapur an 11. Stelle unter den „teuersten“ Städten der Welt und an 4. Stelle unter den Ländern des asiatisch-pazifischen Beckens. Dem Wachstumstempo der Preise nach ist es sogar New York und den westeuropäischen Hauptstädten voraus.

Nichts weniger als wahr ist auch der Mythos von der sozialen Harmonie. Im Oktober 1981 nahm das Parlament ohne Erörterung einen „Zusatz zu Arbeitskonflikten“ an, der die Formen des gewerkschaftlichen Kampfes begrenzt. Einer Reuter-Meldung zufolge wurde den Arbeitern von Singapur erklärt, daß sie die gewerkschaftliche Tätigkeit aufzugeben und die „Harmonie in der Industrie“ zu unterstützen haben. Zudem leben dort gegenwärtig über 150 000 ausländische Arbeiter aus Malaysia, Indonesien, Thailand, Bangladesch, Indien und Sri Lanka. Sie werden noch mehr als die einheimischen Arbeiter ausgebeutet, ihre sozialen Rechte sind beschnitten, ihre Löhne niedriger als die der Singapur.

In diesem Schuljahr wurde in den chinesischen Schulen Singapurs der Unterricht des Konfuzianismus eingeführt. Diese Lehre von Staat und

Gesellschaft läßt bekanntlich keinen Platz für eine Opposition. Auf jeden Fall halten es die Politiker von Singapur mit Konfuzius und betonen: Da im Land eine „gute Regierung“ sei, habe man hier keine Opposition nötig.

Der westliche Soziologe J. Clammer stellt fest, daß auf der Insel bewußt eine Atmosphäre der „äußeren Verwundbarkeit“ und sozialen Unsicherheit aufrechterhalten wird. Seinerzeit verglich Ministerpräsident Lee Kuan Yew Singapur mit einer „winzigen Garnele in einem Meer voller hungriger Fische“. Außenminister Dhanabalan sagt: „Entweder schreiten wir voran, oder wir werden aus unserer heutigen Stellung verdrängt.“ Clammer erläutert: Durch Aufrechterhaltung des ständigen Gefühls einer Krise versuchen die herrschenden Kreise die Niederhaltung des Kampfes der Werktätigen zu rechtfertigen.

Das Streben nach dem Erfolg um jeden Preis ist für Singapur recht aufwendig. Das Treiben im Fahrwasser der imperialistischen Politik gar trägt keineswegs zur Normalisierung der Lage in Südostasien bei.

Die Entwicklung auf dem von Washington gepriesenen kapitalistischen Weg bringt auch andere Probleme im Lande hervor. In einer Ansprache in der dortigen Universität stellte Ministerpräsident Lee Kuan Yew sogar betrubt fest, daß er in den Wohnungen seiner Landsleute niemals Bücherschränke sehe. Der zweite Stellvertreter des Ministerpräsidenten S. Rajaratnam nannte sein Land sogar eine „Kulturwüste“. Er gab zu, daß „der Erfolg ebenfalls seine Widersprüche hat“, und sprach beunruhigt über das Konsumdenken der jungen Generation.

Die Tatsache, daß dem ausländischen Kapital bei seinem Eindringen in die Wirtschaft keine Schranken gesetzt werden, führt also nicht nur zur Verstärkung der wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeit Singapurs vom Westen und zu seiner höchsten Empfindlichkeit gegen die kapitalistische Krise, sondern zerstört auch, wie die Erfahrung zeigt, die traditionellen ethischen Lebensnormen.

BIOGRAPHISCHES



PRÄSIDENT DER REVOLUTIONÄREN VOLKSREPUBLIK GUINEA AHMED SÉKOU TOURÉ

sitzenden des Allgemeinen Verbands der Werktätigen Schwarzafrikas, 1959 zum Vorsitzenden des Allgemeinen Bundes der Werktätigen Schwarzafrikas gewählt.

Sékou Touré gehört zu den Begründern der Demokratischen Partei Guineas, die in diesem Monat ihren 35. Jahrestag begeht. Seit 1952 ist er ihr Generalsekretär.

Nach Verkündung der Unabhängigkeit Guineas am 2. Oktober 1958 stand Sékou Touré der Regierung vor, im November desselben Jahres wurde er Präsident der Republik, in den Jahren 1961, 1968, 1974 und 1978 wurde er zum Staatsoberhaupt wiedergewählt. Gemäß der Verfassung ist er zugleich der Oberbefehlshaber der Streitkräfte.

Die von Sékou Touré geführte Partei und die Regierung Guineas setzen sich für Beziehungen zu

allen Ländern auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der Respektierung der Souveränität und der Nichteinmischung ein und steuern den Kurs auf Festigung des Friedens und der Völkersicherheit, die endgültige Abschaffung aller Formen von Kolonialismus und Rassendiskriminierung, auf Festigung der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit des Landes.

Im April 1961 erhielt Sékou Touré den Internationalen Leninpreis „Für Festigung des Völkerfriedens“.

Sékou Touré tritt für den Ausbau der freundschaftlichen Beziehungen und der Zusammenarbeit mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern ein. Er besuchte unser Land 1959, 1960 und 1965.

DIE WUNDERWELT DER MAKONDE

Wladislaw ORLOW

Die Chaussee aus dem Zentrum von Daressalam zu den Hotels und sonnigen Badestränden am Nordrand der tansanischen Hauptstadt ist von üppigem Grün gesäumt. Hier und da unter den riesigen Bäumen am Chausseerand hocken primitive Hütten mit Dächern aus Palmwedeln. In ihrem geheimnisvollen Halbdunkel hausen Wunderwesen, entstanden aus der reichen Phantasie und unter den geschickten Händen von Meistern einer einmaligen Kunst. Hier arbeiten Angehörige des Makonde Stammes, die diese Wunderwesen aus Holz schnitzen und zum Verkauf aufstellen.

Poesie und Leben

Ein unter einer schweren Last gebeugter Greis. Ein Mosaikrieger mit Speer und Schild. Eine Mutter mit Kind. Eine Ujamaa, eine vertikal angeordnete Komposition aus verflochtenen menschlichen Körpern, die die Folge der um den Häuptling des Clans — der Familie — grup-

pierten Generationen symbolisiert. Daneben Dinge, die in scharfem Kontrast zu den realistischen Motiven stehen. Das ist eine ganze Welt ausdrucksvoller, gleichsam das Stakkato der afrikanischen Tänze wiedergebender Phantasiegebilde, eine Welt guter und böser, komischer und tragischer Märchengestalten. Da ist auch eine ganze Galerie abstrakter Formen, von denen die meisten vollkommen im Aufbau und vorzüglich in der Ausführung sind. Blankpoliertes Ebenholz ist der Werkstoff der Makonde. Es glänzt warm und weich wie die Körper der Meister selbst, die direkt am Chausseerand emsig schnitzen. Ihre Werkbank ist die mit kohlschwarzen Spänen bedeckte Erde.

Die Kunst des Schnitzens ist eine uralte Tradition des kleinen Volks der Makonde, das auf den dünnen, steinigen Hochplateaus im Süden Tansanias und im Norden Moçambiques lebt. Noch heute kennt dort jeder eine poetische Legende, die die Liebe dieses Volkes zur Kunst zum Ausdruck bringt. Ihr zufolge soll der Stamm von einer Frau gegründet worden sein, die ein menschenähnliches Wesen aus einem Baumstamm geschnitzt haben soll. Als das vom Standpunkt seiner wilden Artgenossen aus komische Wesen, das sich einer völlig unnützen Beschäftigung widmete, das Holz zum letzten Mal mit seinem steinernen Meißel berührte, soll die Statue lebendig geworden sein. Die schwarze Eva war ihrem unbewußten Schöpfer sehr dankbar. Sie verlieh ihm die Fähigkeit, zu denken und zu sprechen. So wurde der primitive Bildhauer für seinen Schönheitssinn und Fleiß damit belohnt, daß er ein Mensch (und der Überlieferung nach der Ehemann der Urmutter der Makonde) wurde.



Seit unvordenklichen Zeiten gab es bei diesem talentierten Volk Künstler, die sich bemühten, Alltagssituationen und sogar abstrakte Begriffe in einer lakonischen Bildhauerkunst darzustellen. In dieser Gesellschaft, die kein Schrifttum hatte, waren die Ton- und Holzfigürchen neben der mündlichen Überlieferung ein wichtiges Mittel zur Weitergabe von Informationen, Traditionen und der von den früheren Generationen gesammelten Erfahrungen. Sie bildeten eine Art Lehrbehelf bei der Vorbereitung der Jugend auf die feierliche Einführung ins Leben der Erwachsenen. Die Figürchen gehörten auch zum Ahnenkult.

Heute sind die Meister der Makonde auch weit über die Grenze ihrer Heimat hinaus bekannt. Die zierlichen Statuetten namenloser Künstler aus der Umgegend von Daressalam und Mtwara werden in

anderen Erdteilen in Privatsammlungen aufgenommen und von Museen vieler Länder angekauft. In den primitiven Ateliers unter mit Palmwedeln und Blättern gedeckten Schutzdächern irgendwo am Rande von Bagamoyo sind bei den schwarzen Bildhauern, von denen viele weder lesen noch schreiben können, Studenten europäischer Kunstschulen anzutreffen, die die rätselhafte Welt der Makondekunst kennenlernen und ihre feine Technik der Holzbearbeitung erlernen wollen.

Über die Kunst der Makonde wird viel geschrieben. Sachverständige sprechen von einem „rätselhaften ostafrikanischen Phänomen“ und disputieren darüber, in welchem Verhältnis Tradition und Moderne in dieser Kunst stehen und inwiefern sie von einheimischen Glaubensbekenntnissen, vom Islam und vom Christentum beeinflusst ist; sie forschen in der Weltsicht der Volkskünstler nach Spuren des Zerfalls der traditionellen Gemeinde und des Reagierens auf die neuen Lebensumstände beim raschen und manchmal schmerzhaften Wachstum der



afrikanischen Städte.

Möglicherweise liegt in allen diesen Vermutungen ein Körnchen Wahrheit. Unzweifelhaft aber ist, daß in den letzten beiden Jahrzehnten ein neuer Zweig der Kunst Schwarzafrikas zur Blüte gelangt ist, der von den Säften des Kunst-erbes dieses Volkes gespeist wird und zugleich mit neuen Vorstellungen, mit einem unterbewußten Empfinden für die modernen Lebensrhythmen bereichert ist, die über die jahrhundertealten Begriffe von der Umwelt hinweggehen.



Die zunehmende Berühmtheit der Makondekünstler hat allerdings auch eine Kehrseite, sie führt unvermeidlich zu einer gewissen Standardisierung, zur Massenproduktion nach den bei ausländischen Touristen beliebtesten Mustern, vor allem, weil das die Gegenstände verbilligt. Es entstehen Werkstätten für kunstgewerbliche Massenproduktion, z. B. für die Herstellung völlig gleicher Figürchen eines pfeiferauchenden Alten, grobgearbeiteter Afrikanerköpfe, primitiver Masken und anderer Dinge. Glücklicherweise widersetzen sich talentierte Künstler hartnäckig einer solchen Entartung ihres individuellen Stils. Mit primitivem Werkzeug — ein paar Meißeln, einem kleinen Holzhammer und einem Raspel — schaffen sie echte Kunstwerke, die für das Niveau der modernen Makondebildhauerei bestimmend sind. Ein glücklicher Zufall führte mich mit einem solchen Künstler zusammen, so daß ich sein individuelles Schaffen näher beobachten konnte.

„Shetanis, wie sie sind“

Nafasi Mpagua heißt der bemerkenswerte Mann. Vor etwa 25 Jahren siedelte er auf Arbeitsuche ins zentrale Tansania über. Er arbeitete auf Sisalhanfplantagen in der Nähe von Daressalam. Als die „Sisalhausse“ vorüber war, stand er wieder ohne Arbeit da und entschloß sich zu einem Versuch, seinen Unterhalt mit Schnitzen zu verdienen.

„Das hatte ich von meinem Vater gelernt, er von Großvater und Großvater von seinem Vater“, erzählte mir Nafasi. „So vererbten die Männer diese Kunst von Generation zu Generation. Bei uns im Dorf schnitzten viele Figürchen aus schwarzem und weißem Holz. Vater hob die Muster auf, deshalb mußte er nicht jedesmal etwas neu erfinden. Ich aber stand mit leeren Händen da. Manche Figürchen hatte ich in Erinnerung, aber die meisten mußte ich mir selbst ausdenken. Es ging anfangs ganz gut, besonders gefielen meine Arbeiten Europäern. Ein Däne kaufte mir viele Figürchen



Nafasi Mpagua: „Ich mache Shetanis, wie sie sind.“

Foto des Verfassers

ab. Später gab er ein Buch heraus, da waren sie alle abgebildet.“

Er zeigt mir ein prächtiges Album und betrachtet mit Vergnügen sein eigenes Bild und die Fotos seiner Arbeiten. Eine genaue Nachbildung der einen steht jetzt vor uns: Ein drolliges, glotzügiges Wesen mit Hörnern und einem Mund, der breiter als das ganze Gesicht ist, jongliert lässig mit zwei Antilopen, von denen die eine beim Hochfliegen eine Schlange frißt. Wunderbar plastisch und leicht, bis in die kleinsten Details durchdacht und von jedem Blickpunkt aus vollkommen. „Das ist ein Shetani, ein Tierzüchter. Er hat Tiere gezähmt und freut sich unbändig darüber“, sagt Nafasi.

Shetani ist das etwas abgewandelte arabische Wort Schaitan — Satan —, das vor vielen Jahrhunderten dorthin gekommen ist und in den überlieferten Mythen der Makonde eine der wichtigsten Gestalten bezeichnet. Ähnlich ist es dem arabischen Wort Dschinn ergangen. Bei den Makonde lautet es Dschini. So nennt man die großen Familien der guten und bösen Geister, die die Phantasie des Volkes hervorgebracht hat. Aus dieser schöpfen die Volkskünstler der Makonde ihre Ideen. Sie stellen Ukundukas, Adinkulas, Mbilikas, Korongos und Hunderte andere Phantasiegestalten her, von denen die einen als gute Ratgeber und Helfer des Menschen gelten, andere Unglück bringen und dritte nur unter Lebensgefahr angesehen werden dürfen. Es gibt eine systematisierte Folge von Zentauren, Sphinxen, Gorgonenhäuptern, Nixen usw., alles den

einheimischen Legenden entnommen. Es gibt Raub- und andere Tiere, Erdesser und Kannibalen; Bewohner des Meeres und des Waldes; Wesen, die unter Steinen und in der menschlichen Behausung leben. Alle lassen sich gar nicht aufzählen. Und jedes dieser Wesen gibt der Phantasie des Künstlers reiche Nahrung.

Vielleicht aus Gutmütigkeit verleiht Nafasi allen seinen Shetanis etwas Menschliches.

„Sie sind nur scheinbar so schrecklich, in Wirklichkeit sind sie gut. Sie stehen dem Menschen immer bei. Wenn jemand einen als Amulett hat, weiß er immer, was er tun muß. Sagen wir, man wird krank, dann rät einem der Shetani, was für Kraut man suchen und wie man daraus ein Heilmittel machen muß. Und das hier ist ein Sitogua. Er lebt im Meer und ernährt sich von Fischen. Warum er nur einen Arm hat? Ein Shetani ist eben anders als ein Mensch. Die Shetanis haben aber auch viel Menschliches. Sie kommen zusammen, halten Freundschaft, lieben einander oder zanken sich. Ihre Sprache verstehen wir nicht. Deshalb kann ich nicht immer sagen, warum sie etwas so oder anders machen. Ich stelle sie einfach so dar, wie sie sind.“

Das hat sich der Künstler pfiffig ausgedacht, dieser bequeme Standpunkt gibt ihm völlige Schaffensfreiheit, er braucht sich an keinerlei strikte Regeln zu halten. Während des Krieges zwischen Tansania und Uganda sah ich in einer Werkstatt ein ungewöhnliches Figürchen, einen Mann mit Militärmütze und Schlangen statt der Arme. Auf dem Untersatz war in Suaheli eingemeißelt: „Idi Amin, die große Schlange“. Die politische Karikatur auf den Diktator Ugandas, geschnitten von einem fast unwissenden Meister im traditionellen Makondestil, ist ein beredtes Muster der organischen Verschmelzung von Tradition und Moderne.

Der Staat hilft

Die Herstellung der Skulpturen ist sowohl für den Künstler als auch für einen Zuschauer höchst unterhaltend. Makondekünstler sagen, daß sie gewöhnlich ohne eine bestimmte Idee an die Arbeit gehen. Der Werkstoff, die natürliche Formung und Maserung des Holzes legt ihnen Formen und Aufbau ihrer Werke nahe. Ein zufälliger Knorren oder ein helles Einsprengsel im schwarzen Holz bringt den

Künstler nicht in Verlegenheit, im Gegenteil, er benutzt sie und erzielt dadurch oft eine ganz besondere Wirkung.

Von dem knochenharten Holz hackt der Künstler mit sicheren Schlägen des Holzhammers auf den Meißel alles Überflüssige ab, bearbeitet die Oberfläche mit der Raspel und poliert sie.

Diese aufreibende Arbeit bringt die zierlichen Statuetten der Makonde hervor. Einmal beklagte sich Nafasi bei mir:

„Nicht immer kann ich meine Arbeiten an Touristen verkaufen. Manchmal muß ich sie billig Aufkäufern abgeben, die sind frech und geldgierig — richtige Ausbeuter. Ohne den Staat ginge es uns sehr schlecht.“

Wie für jeden Makondekünstler ist die Kunst auch für Nafasi kein Hobby. Er verdient sich damit seinen Lebensunterhalt. Die kleine Parzelle, auf der er Mais und Maniok pflanzt, wofür er sich die Zeit absparen muß, zählt kaum. Die tansanische Regierung hilft diesen Künstlern, so gut sie kann. Schon in den ersten Jahren der Unabhängigkeit entstand eine Organisation zur Entwicklung der Kleinindustrien, die es übernahm, die Handwerker und Gewerbetreibenden nach einem gut durchdachten gesamtstaatlichen Förderungssystem zu unterstützen.

Romanus Ojunga, Leiter des Amtes für die Förderung des Handwerks, sagte mir, das Ministerium für Naturschätze und Fremdenverkehr liefere den Bildhauern das Holz, und sein Amt gebe Anfängern Darlehen zum Kauf von Werkzeug und für den Bau von Werkstätten. Ein Programm für die Ausbildung von Kunstgewerblern unter Leitung bedeutender Künstler ist angelaufen. In dem halben Jahr der Ausbildung bekommen die Eleven Stipendien und außerdem den Erlös für ihre auf dem Markt verkauften Erzeugnisse.

„Wir bemühen uns auch darum, daß eine in der Kunstschule gebildete Gemeinschaft nachher nicht auseinanderläuft, sondern den Stamm einer Genossenschaft bildet“, fährt Ojunga fort. „Es geht uns besonders um ein höheres Kunstniveau der Skulpturen unter Beibehaltung der traditionellen Makondemethoden. In Gemeinschaften ist das viel leichter erreichbar, weil sich da der Wett-eifer glücklich mit einer kameradschaftlichen gegenseitigen Hilfe verbindet.“

Daressalam—Moskau



Ich habe in Ihrer Zeitschrift gelesen, daß die Partei „Die Grünen“ erstmals im Landtag des BRD-Bundeslandes Niedersachsen vertreten ist. Wie entstand diese Partei, und welche Ziele setzt sie sich!

J. BARABANOWA

Minsk, Belorussische SSR

Als „Grüne“ werden in der BRD die Teilnehmer und Anhänger der Umweltschutzbewegung genannt. Sie traten Ende der 70er Jahre, als die Aktionen gegen die Verschmutzung der Umwelt sowie die Proteste gegen die US-Pläne für eine Produktion der Neutronenwaffe und für deren Stationierung auf BRD-Territorium breite Dimensionen annahmen, im politischen Leben des Landes hervor.

Im Sommer 1978 wurde das „Grüne Manifest“ aus 30 Punkten proklamiert, in dem das ungefähr Programm der künftigen Partei dargelegt wurde. In seinem außenpolitischen Abschnitt hieß es insbesondere, daß die „Grünen“ für die Politik der Partnerschaft und der friedlichen Zusammenarbeit mit allen Völkern, darunter mit den Völkern Osteuropas, sowie für die Schaffung kernwaffenfreier Zonen in Europa und für die nukleare Abrüstung eintreten.

Als offizielles Entstehungsdatum der Partei gilt der Januar 1980 — damals fand in Karlsruhe der erste Parteitag statt. In den Parteitagebschlüssen hieß es, daß „Die Grünen“ (so heißt die Partei seitdem) nach einer Veränderung der sozialen Beziehungen durch eine Reorganisation des wirtschaftlichen, staatlich-politischen und kulturellen Lebens der Gesellschaft streben. Eines der Hauptprinzipien der Partei ist Erklärungen ihrer Führung zufolge ein Gewaltverzicht. Die sozialen Aspekte des Programms der „Grünen“ sind weitgehend utopisch. In der Außenpolitik wendet sich die Partei gegen neue US-Raketen in Westeuropa.

Heute sind die „Grünen“ in den Landesparlamenten dreier Bundesländer (Bremen, Baden-Württemberg und Niedersachsen) vertreten. Die Partei hat an die 20 000 Mitglieder.

Führende sowjetische Politiker erklären, es habe keine gefährlichere Weltlage gegeben als jetzt. Und der kalte Krieg der 50er Jahre! Und die Karibikkrise von 1962, als die Welt am Rande eines Nuklearkrieges stand! Meiner Meinung nach dramatisieren Sie die derzeitige Lage zu stark.

J. VOGLER
Bremen, BRD



Es diskutiert
NZ-Kommentator
Andrej
STEPANOW

Ich bestreite nicht, geehrter Herr Vogler, daß die internationale Lage in den 50er Jahren, d. h. auf dem Höhepunkt des kalten Krieges, gespannt war. Unsere Zeitschrift berichtete insbesondere über den amerikanischen „Dropshot“-Plan, der gerade zu jener Zeit Nuklearschläge gegen militärische, industrielle und zivile Objekte der UdSSR vorsah. Durch Schuld der herrschenden Kreise der USA, die eine Politik der „nuklearen Einschüchterung“ der Sowjetunion verfolgten, war die Welt damals tatsächlich einem Nuklearkrieg nahe, der viele Millionen Menschenleben gekostet hätte. Äußerst ernst war die Gefahr eines Nuklearkonfliktes auch während der Karibikkrise von 1962. Dank der festen und prinzipiellen Haltung der Sowjetunion, dank ihres Machtpotentials konnte der unausweichlich erscheinende Zusammenstoß verhindert werden.

Ist denn die jetzige Weltlage wirklich gefährlicher als damals? Ja, weil seitdem die Militärtechnik weit vorangeschritten ist. Systeme von Massenvernichtungswaffen, vor allem von Nuklearaketen, wurden entwickelt und aufgestellt, die bereits nicht einzelne Länder oder Regionen, sondern die ganze Menschheit bedrohen. Die Welt hat heute so viele Nuklearwaffen, daß alles Leben auf Erden 20mal vernichtet werden könnte.

Nach Meinung von Experten würde ein nuklearer Schlagabtausch nicht mehr als eine halbe Stunde dauern.

Zeigen denn diese halbe Stunde, die uns vom Tod trennt, diese Overkill-Nuklearpotentiale nicht deutlich genug, daß die Gefahr für die ganze Menschheit so akut wie nie zuvor ist?

Das ist eine Seite. Die andere ist, wer über das entsetzliche Vernichtungspotential verfügt. Die UdSSR hat stets

Friedensinitiativen vorgebracht. Wir schlagen vor, alle Nukleararsenale nicht nur zu begrenzen und dann zu reduzieren, sondern diese vollständig zu vernichten. Eine solche Haltung wird voll und ganz den Interessen der Völker, der Idee der bevorstehenden zweiten Abrüstungs- und Tagung der UNO-Vollversammlung gerecht. Die UdSSR war nie der Initiator neuer Runden des Wettrüstens, sondern antwortete nur immer auf die Herausforderung durch den US-Imperialismus. Wir meinen, daß das seit Mitte der 70er Jahre bestehende nukleare strategische Gleichgewicht voll und ganz ausreicht, um die eigene Sicherheit und die Sicherheit unserer Freunde zu gewährleisten.

Sie mögen da einwenden: Das ist ja ein Gleichgewicht des Schreckens, nicht aber des Vertrauens. Ja, ein Gleichgewicht des Schreckens ist eine schlechte Garantie gleicher Sicherheit. Die UdSSR tut alles, um den militärischen Konfrontationsstand zu senken, die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen von gegenseitigen Verdächtigungen zu befreien und sie auf das Fundament der gemeinsamen Sorge um die Erhaltung des Weltfriedens zu stellen. Gerade vom Geist des Vertrauens waren die in den 70er Jahren unterzeichneten sowjetisch-amerikanischen Dokumente, die das Wettrüsten begrenzen und die Gefahr des Ausbruchs eines Nuklearkrieges verringerten, weitgehend durchdrungen. Wir betrachteten sie als erste Schritte zur realen Abrüstung, was zweifelsohne im Interesse aller Völker liegt.

Doch in Washington legte man den Rückwärtsgang ein. Dort will man um jeden Preis eine militärische Oberlegenheit gegenüber der UdSSR erlangen und mit uns „von einer Position der Stärke“ sprechen. SALT II wurde nicht ratifiziert. Weitere Milliarden Dollar werden jetzt in den Nuklearmoloch gestopft. Die USA wollen mit weiteren Tausenden Nuklearsprengköpfen, Hunderten Raketen und Bombern aufrüsten. Die Serienproduktion der Neutronenwaffe, dieser bestialischsten Massenvernichtungswaffe der Geschichte, wurde aufgenommen. Die Massenproduktion einer neuen Generation chemischer Waffen ist in Vorbereitung.

Die USA wollen ferner zur einseitigen Veränderung des Kräfteverhältnisses Westeuropa mit neuen nuklearen Mittelstreckenraketen, den „Eurorake-

ten“, bespicken. Eine Pershing-2 braucht von Westeuropa aus nur 5 Minuten, um sowjetisches Territorium zu erreichen. Die Pershing-2 ebenso wie die Cruise Missiles sollen offenbar als Erstschlagswaffen dienen. Doch die Westeuropäer ahnen wohl, daß ein Gegenschlag auch nur fünf Minuten brauchen würde. So werden die Einwohner Westeuropas zu Geiseln der US-Nuklearstrategie. Furchtbare Aussichten!

Zweifelsohne würde ein Nuklearkrieg das Ende der Menschheitsgeschichte bedeuten. Die Internationale Konferenz „Ärzte der Welt für die Verhütung eines Kernwaffenkrieges“ hat überzeugend nachgewiesen, daß die entsetzlichen Folgen einer thermonuklearen Katastrophe — radioaktive Niederschläge, die Zerstörung der Ozonschicht, Seuchen und schwerste genetische Schäden — jedes Land, jeden Winkel der Erde berühren würden. Die Überlebenden würden die Toten beneiden.

Und da ist es mehr als befremdend, aus Washington Überlegungen über die „Begrenzbarkeit“ eines Nuklearkrieges zu vernehmen. Und daß ein solcher Krieg gar nicht so furchtbar sei, wie die „unpatriotischen Pazifisten“ ihn hinstellten, die übrigens von Moskau gelenkt würden, ja daß ein Nuklearkrieg sogar gewonnen werden könne und man dem Vergeltungsschlag sozusagen beim Picknick im Grünen entgehen könne. Die Menschen sollen daran gewöhnt werden, einen Nuklearkrieg als zur Rettung der „abendländischen Werte“ unausweichlich und sogar sinnvoll (!) zu halten. Eben da liegt die Hauptgefahr.

Weitaus nicht alle lassen sich von diesen Sirenenklängen aus Washington beeindrucken. In Westeuropa ist eine machtvolle Bewegung für die Beendigung des nuklearen Wettrüstens, gegen die Stationierung von „Euroraketen“ entstanden. Und die USA erfaßte eine breite Bewegung für die Einfrierung der Nuklearpotentiale.

Unsere Feststellung, daß die jetzige Lage außerordentlich gefährlich ist, soll ein Appell an den gesunden Menschenverstand der Politiker des Westens, ein Aufruf an Vernunft und Gewissen von Millionen sein. Die Menschheit soll vor dem nuklearen Alptraum gewarnt sein. Wir wollen eine friedliche Zukunft für unsere und für künftige Generationen.

Ich hoffe, Herr Vogler, Sie werden jetzt unsere Besorgnis und die Beweggründe Leonid Breschnews verstehen, als er erklärte: „Niemals nach dem zweiten Weltkrieg war die Lage so ernst.“

PS

Im Versprechen groß



Wie die „New York Times“ schreibt, erklärte Ronald Reagan einen Monat, nachdem er die Präsidentschaft angetreten hatte, wie er dem Fehlbetrag im Bundesetat ein Ende bereiten werde. Er versprach, dem Land einen mit Rosen bestreuten Weg zu bahnen: „Der Bundesetat wird 1985 faktisch einen Aktivsaldo von 7 und 1986 von 30 Md. Dollar haben.“ Jetzt dagegen werde geschätzt, daß der Haushalt nächstes Jahr mit einem Fehlbetrag von 182 Md. Dollar abschließen und daß es danach noch schlimmer kommen wird. Bis 1985 werde der Fehlbetrag weit über 200 Md. Dollar liegen.

... von draußen rein

Die chinesische Presse schreibt immer öfter über die Korruption, die Schiebung und die „Wirtschaftsverbrechen“ im Land. Die „Hungqi“ hat vor kurzem gestanden, daß es jetzt in China keine einzige Provinz gibt, in der das nicht ein akutes Problem wäre. Auf den Schwarzmärkten bekäme man zu überhöhten Preisen Fernsehgeräte, Kassettenrecorder und Pornos. Unter der Jugend grassiere die Sucht und die Prostitution. Die Beamenschaft stecke in einem Sumpf der Bestechung. Woher das alles kom-

me? Die britische „Times“ antwortet auf diese Frage so: durch die „Tür“, die China nach dem Westen hin geöffnet hat.

Ein Knigge für Fahrer

Wie man sich für einen Theaterbesuch kleidet, das hänge vom Inhalt des jeweiligen Stückes ab. Bei manchen Stücken sei Alltagskleidung das Gegebene. Derartige Ratschläge sind in dem kürzlich in der BRD erschienenen Buch „Gute Manieren heute“ in großer Zahl enthalten, z. B. auch folgender: Im Wagen habe der Eigentümer, der selbst fährt, seine Frau neben sich zu setzen, weil das der gefährlichste Platz ist. Anderen Damen habe er die hinteren Sitze zu überlassen.

Schießen noch leichter gemacht



In den Massenmedien der USA wimmelt es von Mitteilungen über Schießereien und bewaffnete Raubüberfälle. Viele Organisationen der USA fordern, daß der Schußwaffenhandel eingeschränkt wird. Die Todesverschleißer aber wollen das Gegenteil, und der Senat hört genau hin, was die Geschäftswelt verlangt. Sein Rechtsausschuß hat eine Vorlage abgefaßt, laut der die An-

schaffung einer Schußwaffe noch erleichtert werden soll. Da wird beispielsweise empfohlen, solche Waffen auf Bestellung zu liefern, auch von einem Bundesstaat in den anderen, was früher nicht zulässig war.

Fisches Kommentar



Die Machthaber der RSA mußten eine Gruppe von Söldnern auf die Anklagebank setzen, die einen Staatsstreich in der Republik Seychellen versucht hatten. Sonst hätten sie die Putschisten den Seychellen ausliefern müssen. Statt für diese Milde dankbar zu sein, packte der Rädelsführer, ein gewisser Oberst Hoare, vor Gericht aus, die Operation sei unter Beteiligung des südafrikanischen Geheimdienstes (NIS) und Militärarmes vorbereitet worden. Dieses habe ihm z. B. 75 Gewehre nach Haus zugestellt. Reporter erbaten bei Ministerpräsident Botha eine Aufklärung über den Fall, aber er schwieg, und der Verteidigungsminister Malan brummte als sein Vertreter nur: „Kein Kommentar.“

Geistige Nahrung für die Elite

In Rom ist Heft 1 einer Zeitschrift für die Creme der Gesellschaft erschienen, wie es die Mode will, unter dem englischen Titel „You are the best“ — „Sie sind die Besten“. An den Kiosken würde man sie vergeblich suchen. Sie wird nur Auserwählten ins Haus zugestellt, z. B. den Sprößlingen der Römer Fürstenfamilie Torlonia. Die Redakteure verschmähen auch pornographische Beiträge nicht, höchstwahrscheinlich.

weil sie dem Geschmack der Leser entsprechen.

Post ins Jenseits

Seit Ende vorigen Jahres besteht in Kalifornien eine sogenannte Himmlische Gesellschaft, die Post sachen ins Jenseits befördert. Will jemand einem verstorbenen Verwandten oder Prominenten schreiben, dann muß er ein Formular ausfüllen und, je nach Länge und Dringlichkeit des Schreibens, zwischen 40 und 125 Dollar Porto zahlen. Alles übrige erledigt die Firma. Bedingung ist, daß die Briefe keine Grobheiten enthalten oder in die Hölle adressiert sind. In einem Interview für die „Washington Post“ erklärte der Firmenchef, seit einigen Monaten hätten über 500 Kunden diese Post in Anspruch genommen. An Leuten, die mit jemandem im Jenseits korrespondieren möchten, fehle es nicht.

Unter den Hammer



Das alte Schloß Hever Castle, das das schönste in England sein soll, wird, wie die „Frankfurter Rundschau“ berichtet, unter den Hammer kommen. Lord Astor, der Besitzer, kann es nicht mehr unterhalten und hat sich entschlossen, es zusammen mit den antiken Möbeln und der berühmten Waffen- und Kunstsammlung zu verkaufen. Er verlangt dafür 13,5 Mio Pfund Sterling. Bekannt ist schon, daß sich kein englischer Käufer gefunden hat. Anwärter werden vermutlich reiche Amerikaner oder Ölscheichs sein.

Zeichnungen:
W. Tschakiridis

NEUE ZEIT

НА НЕМЕЦКОМ ЯЗЫКЕ

„Aeroflot“ bringt die „Neue Zeit“ prompt in jedes Land

АЭРОФЛОТ